Stenographisches Protokoll.

35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode. **Donnerstag, 5. Dezember 1946.**

Inhalt.

1. Personalien.

Krankmeldungen (S. 871).

2. Regierungsvorlage.

Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz (262 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 871).

3. Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (225 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 (256 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe I, umfassend Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes und Kapitel 3a: Rechnungshof, des Bundesvoranschlages 1947.

Spezialberichterstatter: Abgeordneter Dr. Häuslmayer (S. 871).

Gruppe II, umfassend Kapitel 7: Bundeskanzleramt, und Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei.

Spezialberichterstatter: Abgeordneter Dengler (S. 872).

Redner: Abgeordnete Dr. Pittermann (S. 873 und S. 882) und Ludwig (S. 877).

Ausschußentschließungen, betreffend die Verwaltungsreform und den Ausbau des staatlichen Pressedienstes (S. 873).

Minderheitsentschließung Dr. Pittermann, betreffend die Errichtung von Verwaltungsakademien (S. 873).

Gruppe VII, bestehend aus Kapitel 14: Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.

Spezialberichterstatter: Abgeordneter Ing. Kottulinsky (S. 883).

Redner: Abgeordnete Elser (S. 884), Ing. Waldbrunner (S. 886), Aichhorn (S. 891), Probst (S. 895), Grubhofer (S. 897) und Dr. Margaretha (S. 893).

Gruppe III, umfassend das Kapitel 8: Äußeres.

Generalberichterstatter: Abgeordneter Müllner (S. 901).

Redner: Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Gruber (S. 902), Abgeordnete Fischer (S. 903), Ludwig (S. 907), Brachmann (S. 910), Ing. Schumy (S. 912) und Scharf (S. 913).

Gruppe IV, bestehend aus Kapitel 9: Inneres, und Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen.

Spezialberichterstatter: Abgeordneter Dr. Häuslmayer (S. 914).

Redner: Abgeordnete Hackenberg (S. 915) und Prinke (S. 919).

Ausschußentschließung, betreffend das Paßwesen (S. 915).

In der Sitzung eingebrachte Anträge

der Abgeordneten Dr. Gorbach, Ludwig und Genossen, betreffend bevorzugte Erteilung der österreichischen Staatsbürgerschaft an politisch einwandfreie Personen aus dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie (59/A);

der Abgeordneten Brunner, Ludwig, Dr. Nemecz und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend die Einfügung eines Absatzes (5) zum § 7 des Wirtschaftssäuberungsgesetzes (60/A).

Eingelangt ist die **Antwort**

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Kapsreiter und Genossen (38 A. B. zu 57/J).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten.

Präsident **Böhm** eröffnet die Sitzung.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Stemberger und Dinkhauser.

Von der Bundesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

Bundesgesetz über die Anpassung der Leistungen in der Sozialversicherung an die wirtschaftlichen Verhältnisse (Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz) (262 d. B.).

Die Vorlage wird dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen.

Präsident **Böhm**: Wir kommen zur Tagesordnung, das ist die **Spezialdebatte** über die Regierungsvorlage (225 d. B.): **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947** (256 d. B.).

Zur Beratung gelangt zunächst die **Gruppe I** mit dem Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3a: Rechnungshof.

Spezialberichterstatter Dr. **Häuslmayer**: Die zur Beratung kommende Gruppe I wurde in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses vom 19. November 1946 in Verhandlung gezogen. Wesentliche Änderungen sind gegenüber dem Voranschlag 1946 nicht zu verzeichnen. Die Erhöhungen der einzelnen Budgetposten sind der Hauptsache nach auf die Gehaltserhöhungen zurückzuführen, die zeitbedingt sind. Die Ausgaben

bewegen sich im Rahmen absolut notwendiger Sparsamkeit. Von den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechtes, dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, ist zu erwarten, daß sie wieder wie ehemals Zierden der österreichischen Rechtssprechung werden und daß ihre Tätigkeit allmählich wieder die Gewähr für eine klaglose Verwaltung und verfassungmäßige Handhabung aller öffentlichen Einrichtungen bieten wird, um die chaotischen Verhältnisse aus der Welt zu schaffen. Dem Rechnungshof dem derzeit eine entprechende Anzahl erfahrener Fachberater fehlt, stehen besonders schwierige Aufgaben bevor. Noch ist seine Tätigkeit infolge der Unselbständigkeit Österreichs gehemmt.

Auf Grund des Ergebnisses der Ausschußberatungen unterbreite ich dem Hohen Hause den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei,

dem Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung,

dem Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und

dem Kapitel 3 a: Rechnungshof,

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1947 in der Fassung der Regierungsvorlage (225 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt."

*

Da sich niemand zum Wort meldet, gelangt die **Gruppe II**, bestehend aus Kapitel 7: Bundeskanzleramt, und Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei, zur Behandlung.

Spezialberichterstatter **Dengler:** Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich mit dem Etat des Bundeskanzleramtes und der diesem unterstellten Staatsdruckerei in seiner Sitzung am 19. November 1946 befaßt.

Das Kapitel Bundeskanzleramt enthält die finanzgesetzlichen Ansätze für das Bundeskanzleramt im engeren Sinne, das heißt die auswärtigen Angelegenheiten sind in diesem Kapitel nicht inbegriffen.

Die Personalausgaben sind gegenüber dem Vorjahr nur um ein Geringes gestiegen; dies gilt auch für das Archivwesen, die Administrative Bibliothek und das Statistische Zentralamt. Die Steigerung ist durch die neuen Gehaltsansätze bedingt.

Eine Personalvermehrung ist lediglich beim Statistischen Zentralamt erfolgt. Sie war notwendig, da eine Reihe von statistischen Erhebungen von alliierten und österreichischen Dienststellen angeordnet wurden, die mit dem bisherigen Personal nicht bewältigt werden konnten.

Auch der Sachaufwand im Rahmen des Bundeskanzleramtes hat gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Verschiebungen erfahren.

Im amtlichen Pressedienst ist gegenüber dem Vorjahre eine Änderung durch die Übernahme der früheren Amtlichen Nachrichtenstelle durch die Austria-Presse-Agentur (APA) zu verzeichnen.

Die Amtliche Nachrichtenstelle wurde für das Jahr 1947 nicht mehr budgetiert. Einige Aufgaben der Amtlichen Nachrichtenstelle in pressepolitischer Richtung gehen auf das Bundeskanzleramt selbst über und werden dort — allerdings in geringerem Maße — den Sachaufwand belasten.

Die im aktiven Staatsdienst verbleibenden Redaktionsbeamten der Amtlichen Nachrichtenstelle wurden zum Teil über eigenes Ersuchen mit Karenz der Gebühren beurlaubt, teils finden sie bei der „Wiener Zeitung", im staatlichen Pressedienst und bei der APA Verwendung.

Im Kapitel 28 sind die finanzgesetzlichen Ansätze für die Bundesbetriebe enthalten, darunter im Titel 6 jene der Staatsdruckerei.

Die Staatsdruckerei, deren Bombenschäden an Gebäuden und Maschinenpark auf über 1,500.000 S zu schätzen sind, hat Hochbetrieb und kann neben ihren staatswichtigen Druckaufträgen — wie Briefmarken und so weiter — kaum allen staatlichen Druckaufträgen nachkommen.

Es zeigt sich daher pro 1947 eine bedeutende Zunahme der präliminierten Betriebsausgaben und -einnahmen. Gegenüber einem kassenmäßigen Abgang pro 1946 von 488.400 S ist für 1947 nur ein solcher von 180.600 S vorgesehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bis zum Jahre 1938 die Staatsdruckerei einen jährlichen Zuschuß von 500.000 S erhielt, der seit 1945 gestrichen ist.

Das Mehrerfordernis für den Personalaufwand erklärt sich folgendermaßen:

1. Ein Großteil der Angestellten — 60 Personen —, deren Aufwand bisher im Sachaufwand ausgewiesen wurde, wurde auf den Personalaufwand übernommen.

2. Aus der Bezugsregelung für die pragmatischen Bediensteten in Anlehnung an die Ansätze des künftigen Gehaltsgesetzes.

3. Aus der Gewährung von Teuerungszuschlägen.

4. Aus der Gewährung der vollen Ruhe- und Versorgungsgenüsse.

Im Sachaufwand ist eine Ausgabensteigerung von 1½ Millionen Schilling gegenüber 1946 vorgesehen, die vor allem die Posten 22 und 29 betrifft.

Bei der Erhöhung des Postens 22 handelt es sich hauptsächlich darum, daß für die Arbeiterschaft eine teils über 30 Prozent betragende Erhöhung der Löhne erfolgte. Im August 1946 trat das neue Lohnschema für die Arbeiter der privaten graphischen Betriebe in Kraft, und daher wurde auch für die Arbeiter der Staatsdruckerei die entsprechende Angleichung vorgenommen.

Die Erhöhung bei den Betriebswerkstoffen (Posten 29) beruht auf einer allgemeinen Preiserhöhung fast aller für den Betrieb der Staatsdruckerei notwendigen Stoffe, wie Papier, Farben, Chemikalien und so weiter, aber auch auf einem Mehrbedarf an Betriebsstoffen, hervorgerufen durch die Steigerung der Produktion.

An der Debatte über die Gruppe II des Bundesvoranschlages für 1947 im Ausschuß beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Pittermann, Ludwig und Honner sowie der Bundeskanzler Ing. Figl, der die an ihn gerichteten Anfragen beantwortete.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt demnach den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 7: Bundeskanzleramt, und dem Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1947 in der Fassung der Regierungsvorlage (225 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt."

Ebenso beantrage ich die Annahme der Ausschußentschließungen, die auf zwei Anträge, und zwar der Abgeordneten Ludwig-Dr. Pittermann, betreffend die Verwaltungsreform, und des Abgeordneten Ludwig, betreffend Ausbau des staatlichen Pressedienstes, zurückgehen. Sie lauten (liest):

1.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ohne Verzug an die Vorbereitung einer modernen Verwaltungsreform zu schreiten, um dadurch Mißstände und schleppenden Amtsgang, der von der Bevölkerung als unerträglich empfunden wird, zu beseitigen. Zu diesem Zweck ist eine Kommission einzusetzen, die aus Parlamentariern und Vertretern der Wirtschaft (Kammern) besteht. Ihr ist ein kleines beamtetes Büro zur Durchführung der legistischen Arbeiten anzuschließen. Die Festsetzung der Mitgliederzahl der Kommission und deren Zusammensetzung obliegt dem Verfassungsausschuß des Nationalrates."

2.

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Gedanken eines Ausbaues des staatlichen Pressedienstes näherzutreten, dem die überparteiliche geistige Vorbereitung und Interpretation aller Regierungstätigkeit für In- und Ausland zu obliegen hat.

Österreich ist bis heute beinahe der einzige Staat, der über ein derartiges schlagkräftiges Instrument nicht verfügt. Die rasche Inangriffnahme und Durchführung ist umso dringender, als Österreich vor entscheidenden internationalen Auseinandersetzungen steht und eine rasche objektive Informationstätigkeit im In- und Ausland mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Bis zur Durchführung dieses Planes sind dem im Bundeskanzleramt tätigen Bundespressedienst entsprechende Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit wenigstens die primitiven Voraussetzungen der ihm obliegenden Aufgaben geschaffen werden können."

Ferner liegt folgende Minderheitsentschließung der Abg. Dr. Pittermann, Wedenig und Gumplmayer dem Hohen Hause vor:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, in jedem Bundesland am Sitze der Landesregierung eine Verwaltungsakademie zu errichten. Sie dient der beruflichen Ausbildung der öffentlichen Angestellten aller Art ohne Unterschied des Geschlechts, wobei Opfer des Faschismus und deren Hinterbliebene zuerst zum Besuch zugelassen sind. Die Zeugnisse über die erfolgreich bestandenen Prüfungen ersetzen je nach Art und Umfang der Prüfungen, für die Zwecke der dienstlichen Einreihung, die Mittel- und Hochschulzeugnisse."

Abg. Dr. **Pittermann**: Hohes Haus! Die Behandlung des Kapitels Bundeskanzleramt gibt Gelegenheit, sich mit einer Frage zu beschäftigen, die heute außerhalb dieses Hauses Gegenstand allgemeiner Erörterung ist, mit der Frage der Verwaltungsreform. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bevölkerung mit dem Funktionieren der Verwaltung heute nicht zufrieden ist. Diese Unzufriedenheit aber ist ein Mangel, den die Volksvertretung besonders schwer empfinden muß, denn der einzelne Verwaltungsakt im Alltag ist es, den man als „Demokratie des kleinen Mannes" bezeichnen kann. An dem Verwaltungsakt, an der Lösung seiner kleinen Frage bemißt der einzelne Staatsbürger den Wert oder den Unwert der staatlichen Einrichtungen, und von der Art, wie die Verwaltung funktioniert, hängt auch die Geringschätzung oder die Hochachtung der Massen der Staatsbürger vor den demokratischen Einrichtungen überhaupt ab.

Die Erörterungen darüber liegen eigentlich jenseits aller parteipolitischen Stellungnahmen. Es wird daher auch mir bei meinen Ausführungen nicht möglich sein, jene gute Sittennote zu verderben, die der Abgeordnete Raab anläßlich der Rede meines Kollegen Koref meiner Partei zugeteilt hat. Ich möchte, bevor ich mich mit den einzelnen Gebieten der Verwaltung und der Verwaltungsreform beschäftige, auf jenes akute Problem eingehen, das eigentlich gegenwärtig in Österreich soviel zu den mit Recht bekrittelten Mißständen der Verwaltung beiträgt, und das ist die noch immer offene Lösung des Nationalsozialistenproblems in Österreich. Es gehört dies auch sachlich in dieses Kapitel, denn das Nationalsozialistengesetz war im abgelaufenen Jahr zweifellos das wichtigste Gesetz, das bei dieser Gruppe zur Behandlung stand.

Gestatten Sie mir einen ganz kurzen Überblick über die Entwicklung zu geben. Es wird wahrscheinlich der Redner der Österreichischen Volkspartei auch über die Frage des Informationsdienstes sprechen wollen. Über kaum eine österreichische Frage ist das Ausland so schlecht, ich möchte vielleicht hinzufügen, so falsch informiert, wie über die Frage der Lösung des Naziproblems. Wir wissen, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben. Als die Alliierten in den April- und Maitagen des vergangenen Jahres mit vereinten Kräften, nach Zonen getrennt, die Befreiung Österreichs vollzogen haben, brachten sie vielleicht eine gemeinsame Vorstellung von der Lösung der Frage mit, aber in der Praxis kamen sie zu einer ganz verschiedenartigen Handhabung, und wir hatten daher, sobald die Zonen hermetisch voneinander abgeriegelt waren — und das war das erste nach der Befreiung —, in den vier Zonen Österreichs viererlei verschiedene Rechtssysteme, mit denen die Nazifrage gelöst wurde. Es ist meines Erachtens eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit hervorzuheben, daß in der östlichen Zone den österreichischen Instanzen bei der Lösung dieser Frage die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Wir haben uns daher hier sehr rasch bemüht, mit dem Verbotsgesetz einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Es ist in Österreich zu keiner gewaltsamen Liquidation dieser Frage gekommen. Wir haben uns hier vom ersten Moment an bemüht, den Boden des Rechtes und der Gesetzmäßigkeit nicht zu verlassen. Als aber im Herbst vergangenen Jahres die erste Länderkonferenz zusammentrat, mußten wir zu unserer Überraschung konstatieren, daß die Lösung dieses Problems in den einzelnen Zonen nach ganz verschiedenen und völlig zueinander in Widerspruch stehenden Grundsätzen erfolgt ist. An diesem Zustand, der sich nun einmal eingefressen hatte, konnte auch dann nichts Entscheidendes geändert werden, als sich allmählich in Österreich das gleiche Rechtssystem durchzusetzen begann.

In dieser politischen Situation haben sich die drei Parteien dieses Hauses zusammengetan und haben in langwierigen Beratungen einen gemeinsamen Entwurf ausgearbeitet. Ich glaube, wir sind zu bescheiden gewesen, wir haben viel zu wenig hervorgehoben, welches Ausmaß von politischer Reife die junge, wiedererstandene österreichische Demokratie dadurch bewiesen hat, daß sie gerade in dieser schwierigen Frage bei den verschiedenen parteipolitischen Ansichten zu einer gemeinsamen Lösung gekommen ist. (Zustimmung.) Ich möchte hervorheben, daß kaum ein Gesetz in Österreich so lange der öffentlichen Diskussion ausgesetzt war wie gerade der ursprüngliche Parteientwurf über die Lösung der Nationalsozialistenfrage, und ich glaube, es hätte auch zu den Pflichten der verschiedenen politischen Abteilungen der diversen alliierten Mächte in Österreich gehört, von dem Entschluß der Parteien über die Lösung der Nazifrage schon im Frühjahr dieses Jahres Kenntnis zu nehmen, als dieser Entschluß veröffentlicht wurde. (Zustimmung.) Wir haben dann, als wir an die Endredaktion dieses Gesetzes schritten und dabei alle uns aus den Reihen unserer Wähler und Mitglieder zugekommenen Anregungen wieder zu einem gemeinsamen Vorschlag verwerteten, ja den grundsätzlichen Aufbau des Nazigesetzes nicht mehr verändert. Die Veränderungen, die vorgenommen wurden, betragen im großen und ganzen Milderungen, die einzuführen schließlich allen Parteien als staatspolitisch notwendig erschien.

Ende Juli hat dieses Haus das Nationalsozialistengesetz einstimmig beschlossen, und gestatten Sie mir, darauf hinzuweisen, daß es in Österreich Hunderttausende gegeben hat, die damals erleichtert aufatmeten und sich sagten, nun sei endlich auch ihre persönliche Existenz auf eine solide Rechtsgrundlage gestellt, nun wüßten sie, was sie zu leisten hätten und was ihnen an Möglichkeiten im österreichischen Staat offenstünde. Seit diesem Beschluß des Nationalrates im Juli sind fast fünf Monate vergangen, ohne daß die davon Betroffenen etwas anderes erhalten hätten als Versprechungen. Man muß schließlich ja auch den Zweck berücksichtigen, den wir mit diesem Gesetz verfolgten: wir wollten scheiden zwischen denen, die ihrer gerechten Strafe zugeführt werden sollten, und der

Masse jener, die wir allmählich in das österreichische Staatsleben wieder einbauen wollen. Welchen Eindruck können diese Menschen von der Demokratie erhalten, wie, unter welchen Aspekten vollzieht sich ihr Eintreten in das staatspolitische Leben! Sie werden sagen, daß sie es hier mit einem System zu tun haben, das zur Lösung solcher Fragen unfähig sei, und gerade wir in Österreich haben in unserer Rechtssphäre den Beweis geliefert, daß wir auch zur Lösung dieser so schwierigen Frage die volle politische Reife besaßen. Also äußere Umstände sind es, die uns daran hindern. Bei diesem Kapitel möchte ich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht nur dieses Landes sondern auch darüber hinaus auf die Tatsache lenken, daß das österreichische Volk, daß seine Volksvertretung in rascher Arbeit das Beste getan hat, um durch den allmählichen Einbau dieser Menschen in ein geordnetes staatspolitisches Leben den inneren Frieden nicht nur hier in diesem Lande zu sichern, sondern damit auch einen künftigen europäischen Brandherd auszuschalten. Wenn uns dies bisher nicht gelungen ist, dann möge man im Ausland in Hinkunft nicht den österreichischen Behörden, nicht dem österreichischen Volk die Schuld dafür anlasten. (Beifall.)

Nun aber will ich mich dem Kapitel Verwaltungsreform zuwenden. Wenn wir die österreichische Verwaltung betrachten und die Kritik, die daran geübt wird, so können wir hier vielleicht zwei Kategorien unterscheiden, gegen die sich diese Kritik richtet: einerseits die Vorschriften und andererseits die Menschen. Bei den Vorschriften müßte man gerechterweise unterscheiden zwischen den eigenen Vorschriften, den landesüblichen, oder wenn man der wahren Stimmung des Volkes Ausdruck verleihen will, möchte ich sagen, den landesüblen Vorschriften, und den anderen, die ich vielleicht mit einem Fremdwort als die Displaced-Vorschriften bezeichnen möchte, die aber durchaus dazu angetan sind, uns das Leben ebenso sauer zu machen wie die landesüblichen.

Wie kommt es dann zur Funktion der Verwaltung? Sie vollzieht sich, sie soll sich auf Grund der Verfassung, auf Grund der Gesetze vollziehen, für deren interne Handhabung Amtsvorschriften gelten, die nicht aus unserer Zeit stammen, Amtsvorschriften, die gründlich zu ändern sich eigentlich bisher in Österreich kein politisches System entschließen konnte. So haben wir also Amtsvorschriften aus einer weit zurückliegenden Epoche der österreichischen Vergangenheit, gemischt mit modernen, und Hofkanzleidekrete mischen sich nun eng zusammen mit Kontingentierungsvorschriften, ohne daß bisher versucht worden wäre, von der einen wie von der anderen Seite das Überflüssige abzubauen. Dazu kommt nun der Umstand, daß man aus Erfahrungen, deren Vortrefflichkeit für andere Länder ich keineswegs bezweifeln möchte, den österreichischen Verwaltungsbehörden ebenfalls Vorschriften gibt.

All dies führt zu einer völligen Unübersichtlichkeit, einer Unübersichtlichkeit nicht nur für den einzelnen Staatsbürger, sondern darüber hinaus auch für den Verwaltungsapparat. Zu all dem aber hat das 20. Jahrhundert nicht nur die Waffen zu gigantischer Wirkung ausgebaut, sondern auch die Waffe des Verwaltungsapparates, den Fragebogen, bekommen. Wir haben geglaubt, daß der Fragebogen eine Erfindung des Nationalsozialismus sei, und haben uns manchmal in jene Zeiten zurückgesehnt, in der der Fragebogen noch den Namen, den Fremdnamen „Formular" trug. Wir haben aber mittlerweile feststellen können, daß der Ersatz des einsprachigen durch den viersprachigen Fragebogen keineswegs zu einem Abbau geführt hat. Es ist nunmehr fast schon eine üble Gewohnheit geworden, daß man alle gesetzlichen Vorschriften in der Praxis irgendwie in die Form des Fragebogens kleidet, und, Hohes Haus, ich sehe, wenn wir diese Entwicklung nicht abstoppen, mit Schaudern den Tag kommen, an dem wir bei den Gesetzen die Vollzugsklausel werden ändern müssen, so daß sie in Hinkunft etwa lauten wird: „mit der Vollziehung dieses Gesetzes wird das Bundesministerium für ..... im Einvernehmen mit der Papierverbrauchslenkungsstelle betraut." (Heiterkeit.) Der mit dem Fragebogen so viel geplagte Staatsbürger hat das Gefühl, dem man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann, daß heute die Amtstätigkeit des einzelnen Beamten nach der Zahl der in seinem Papierkorb deponierten ausgefüllten Fragebogen beurteilt wird. Man möge also zu einem System zurückkehren, das den Angaben des Staatsbürgers auch dann glaubt oder nicht glaubt, wenn sie mündlich gemacht werden. Ein eidesstättiges Bekenntnis allein gewinnt nicht dadurch an innerem Wahrheitswert, wenn es schriftlich und womöglich viersprachig niedergelegt wird. Dies alles aber bedeudet eine gewaltige Belastung und Aufblähung unseres Wirtschaftsapparates, und ich muß schon sagen, gerade angesichts der Tatsache, daß die Alliierten gelegentlich der Budgetverhandlungen die personelle Aufblähung unseres Verwaltungsapparates so tadeln, möchte ich sagen: die Zahl der Beamten im Staate ist gerade proportional der Zahl der Fragebogen, die die staatlichen Behörden ausgeben.

Nun aber auch zu den Menschen: Natürlich spielt auch der Mensch in der Verwaltung eine große Rolle, wenngleich ich gegenüber den vielen Angriffen, die von West, Süd und Nord gegen die Zentralbürokratie erhoben werden und als deren Verteidiger ich mich weder fühle noch berufen bin, feststellen möchte, daß es angesichts der Amtsvorschriften dem besten Beamten kaum möglich wäre, zu anderen Leistungen zu kommen. Es wirkt manchmal etwas komisch, wenn man die Länderpresse liest und dabei erfährt, daß die Zentralbürokratie an dem und an jenem schuld sei, und das einzig Versöhnliche in diesem Gefühl des ständig Angegriffenseins ist eine Nachricht, die ich einer steirischen Tageszeitung unter der fettgedruckten Überschrift las: „Oberösterreich verursacht Fettkrise in der Steiermark." Es beginnt also bereits auch der Länderverwaltungsapparat des einen Landes gegen das andere Land vorzugehen, eine Entwicklung, Hohes Haus, die absolut zu bedauern ist, die ebenso bedauerlich ist, wie das viele Reden und das viele Schreiben der Beamten. In dieser erwähnten Nummer des Steirerblattes ist ein Bericht des Ernährungsausschusses wiedergegeben, nach dem ein Beamter darlegte, die Weinkrise in der Steiermark sei offenkundig dadurch hervorgerufen worden, daß bei der Wiener Messe etwa 600.000 Hektoliter Wein ausgetrunken worden seien. Darnach kämen also bei einer Million Messebesucher auf den Kopf 60 Liter. Das kann man sich nur so erklären, daß entweder dem Journalisten die Angaben des wahrheitsgemäßen Berichts zu niedrig waren oder aber der betreffende Beamte bei der Nennung der Zahlen in die alte Bruttoregistertonnen-Ideologie zurückgefallen ist. (Heiterkeit.) Wir müssen also auch in der Verwaltung darauf sehen, daß mit Zahlenangaben sparsam gewirtschaftet wird. Denken Sie daran, wie es wirken muß, wenn die Bevölkerung möglicherweise in derselben Nummer von zwei verschiedenen Ämtern, Ministerien oder Landesämtern über dieselbe Sache zwei vollständig widersprechende Zahlenangaben liest. Dies trägt nicht dazu bei, das Vertrauen zur Sauberkeit des Staatsapparates innerhalb der Bevölkerung zu heben.

Nun aber zu anderen Erscheinungen: Es ist nicht zu leugnen, daß nicht nur Vorschriften, sondern da und dort aus einer grauen Vorzeit auch menschliche Erscheinungen übernommen wurden. Ich möchte fast sagen, daß die geographische Ansicht von der Erstreckung der österreichischen Kalkalpen nun auch einer gewissen Revision zu unterziehen sein wird. Wir finden nämlich Kalk vielfach dort, wo die geologische Karte keine Kalklandschaft verzeichnet. Sogar in der Inneren Stadt finden sich da und dort erhebliche Kalkstücke. Auch mit diesen Verkalkungserscheinungen der menschlichen Natur wird aufgeräumt werden müssen, und ein Weg dazu scheint eben das Hineinnehmen neuer Menschen in die Verwaltung zu sein.

Wenn man sich überlegt, woher das Gros der Beamten und vor allem der höheren und leitenden Beamten kommt, ist eindeutig zu sagen: nur auf dem Wege über die Hochschulen. Ich glaube nicht, daß man den Universitäten und den anderen Hochschulen dieses Landes einen guten Dienst damit erweist, daß man aus Stätten der freien wissenschaftlichen Forschung „Hofratsfabriken" macht. Man könnte sich vorstellen, daß im 20. Jahrhundert die Erneuerung des Beamtenapparates sich nicht nur über diesen Weg vollzieht, und man darf sich, wenn man daran festhält, auch nicht beklagen, daß Beamte, die nur über die Hochschulen in den Verwaltungsapparat gelangen, angesichts der Lehren, die dort noch immer nicht ganz ausgestorben sind, vielfach zum österreichischen Staat nicht jene Einstellung an den Tag legen, die wir uns wünschen. Diese Erfahrung, wie rasch Beamte imstande sind, sich von Österreich auf etwas anderes um- und gleichzuschalten, wurde in einem noch nicht lange zurückliegenden Zeitpunkt der österreichischen Geschichte gemacht.

Es scheint mir fast wie ein Überbleibsel des alten Ritterideals: dem Pagen entspricht das Gymnasium, dem Knappen die Universität und mit dem Rigorosum erhält der Studierende sozusagen den Ritterschlag für die Beamtenkarriere. Diese alte Vorstellung vom Dienst der Ministerialen, vom Hofdienst, hat sich über alle Zeiten hinweg und trotz der Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erhalten. Die österreichische Verwaltung ergänzt sich auch heute noch über den gleichen Weg wie am Ausgang des Mittelalters beim Umbau des Ritterstaates in den Beamtenstaat. Dies birgt aber heute auch noch besondere Gefahren, und ich muß sagen, ich habe es eigentlich nicht verstanden, warum man jenen Antrag, den meine Fraktion eingebracht hat, ablehnte. Betrachten Sie einmal die Menschen, die von der deutschen Wehrmacht zurückgekommen sind. Man hat ihnen dort eingetrichtert und teilweise auch bewiesen, daß man ohne jede Vorschulung, wenn man — wie hieß denn das hübsche Wort? — sich bewähre, auch zu den höchsten Stellen in der deutschen Wehrmacht gelangen könne. Gewiß wird man mir einwenden, es war dies bei den Ritterkreuzträgern mit einer im allgemeinen beschränkten Lebens-

dauer leichter als bei Beamten, die einmal auf ihre Pension Anspruch erheben. Aber aus den Menschen, die durch die Wehrmacht gegangen sind, werden sie diesen Gedankengang nicht wieder herausbringen, vor allem draußen in den Ländern unter der bäuerlichen Jugend. Wenn Sie aber, wie es heute leider in Österreich noch immer der Fall ist, in der soziologischen Struktur gesellschaftliche Achtung nur dem Menschen bezeugen, der am Schreibtisch sitzt, und die gleiche gesellschaftliche Achtung nicht dem entgegenbringen, der hinter dem Schraubstock steht oder hinter dem Pflug einhergeht, zwingen Sie die Jugend der Arbeiterschaft wie der Bauernschaft auf die Hochschulen. Dann dürfen Sie sich nicht beklagen, wenn die Hochschulen in einer Weise überfüllt sind, wie es das österreichische Staatswesen nicht verträgt.

Man muß daher darnach trachten, auch von anderen Gebieten her jungen begabten Menschen den Weg in die staatliche Beamtenlaufbahn zu öffnen. Das Beamtenüberleitungsgesetz hat sich bemüht, einen solchen Weg zu weisen. Ich habe aber in der neuen Vorlage zum Gehaltsgesetz gefunden, daß die Verwendungsgruppe A nur Menschen mit voller Mittel- oder Hochschulbildung offen sein, jenen Menschen aber verschlossen bleiben soll, die nach einer wirtschaftlichen Tätigkeit in den Staatsdienst eintreten. Vergessen wir nicht, was es gerade für den Verwaltungsbeamten bedeutet, wenn ihm jener innige Zusammenhang mit der lebendigen Wirtschaft fehlt. Bei seinem heutigen Studiengang kann er diesen Zusammenhang nicht finden, denn weder in der Mittelschule noch an der Universität besteht auch nur die geringste Möglichkeit, sich jene praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, wie sie die heutige Wirtschaft verlangt. Wenn wir nun daran denken, die Wirtschaft dieses Staates auch staatlich zu lenken, dann sind wir geradezu darauf angewiesen, Menschen zu haben, die ihre Kenntnisse von der Tätigkeit in dieser Wirtschaft und nicht von der Theorie des Schreibtisches her beziehen. Darum war unser Antrag so gemeint, jenen Menschen, die auf Grund des Beamtenüberbereits irgendwo im öffentlichen Dienst steleitungsgesetzes oder anderer Vorschriften hen, die aber von der Schulbank weg in die produktive Arbeit eintraten, sich dort ihre Kenntnisse und Fähigkeiten erwarben, durch den Besuch einer Verwaltungsakademie auch jenes gesellschaftliche Ansehen zu geben, das man nun einmal in Österreich bei einem Beamten fordert und voraussetzt.

Ich würde Sie daher sehr ersuchen, Ihre Meinung darüber einer Revision zu unterziehen. Es würde, glaube ich, eine andere Stellungnahme auch bei Ihren Wählern und bei Ihren Mitgliedern nicht verstanden werden. Denn der Ruf, den jungen Menschen aus der Wirtschaft gegebenenfalls den Weg in die Beamtenlaufbahn zu öffnen und sie dort gleichberechtigt den Mittelschülern oder den Hochschulakademikern einzureihen, dieser Ruf ist keineswegs einer, der sich auf junge Menschen der Sozialistischen Partei beschränkt.

Wenn es uns aber gelingt, aus dem Leben heraus den Nachwuchs unserer Beamtenschaft zu ergänzen, dann werden wir auch der Beamtenschaft jenes Gefühl für die Nöte des Volkes verleihen, dessen Fehlen heute der Gegenstand so umfangreicher und so berechtigter Kritiken ist. Wenn wir so weit sind, wenn wir diese notwendigen Ergänzungen vornehmen — ich betone Ergänzung, ich bin nicht der Ansicht, daß dies der einzige Weg sei, auf dem wir den Nachwuchs für die Beamtenlaufbahn heranholen —, dann werden wir vielleicht dazu kommen, daß im neuen demokratischen Staat Österreich die letzte Unterscheidung unter den Staatsbürgern fällt, nämlich die Unterscheidung in Staatsbürger, die vor dem Amtsschalter stehen, und solche, die dahinter sitzen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Der **Präsident** hat inzwischen den Vorsitz übernommen.

Abg. **Ludwig:** Hohes Haus! Das Bundeskanzleramt und die Voranschläge, die für das Bundeskanzleramt bestimmt sind, scheinen mir trotz der Geringfügigkeit der Ziffern als Mittelpunkt der Budgetdebatte. Denn schließlich und endlich wird vom Bundeskanzleramt die gesamte Politik des Staates dirigiert, das Bundeskanzleramt ist die Zentrale des staatlichen, sowohl des politischen wie des wirtschaftlichen Lebens. Wenn wir heute das Kapitel Bundeskanzleramt genehmigen, so liegt in dieser Genehmigung nicht nur der Ausdruck des Vertrauens für den Regierungschef und seine Mitarbeiter, sondern es liegt in dieser Genehmigung auch der Ausdruck des Dankes für den Bundeskanzler! (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Ich möchte gleich in diesem Zusammenhang auf ein schon gestern erwähntes Kapitel übergehen, auf die Behandlung der Forderung nach Neuwahlen. Es steht mir natürlich nicht zu, ein absolutes Urteil abzugeben, schon aus dem einfachen Grund, weil ja verschiedene andere autoritative Frauen und Männer bereits darüber gesprochen haben. Aber trotzdem, glaube ich, wird es vorteilhaft sein, mit einigen Worten noch einmal auf dieses Thema zurückzukommen. Es wird von

einer Seite des Hauses die absolute Forderung nach Neuwahlen aufgestellt. Mit dieser Forderung verbindet sich zugleich eine schwere und scharfe Kritik an der Tätigkeit der Regierung, und darüber hinaus auch besondere Kritik an der Tätigkeit des Parlaments.

Wenn ich in einem Blatte lese: „Der Schatten eines unfähigen Parlaments liegt über Österreich", so heißt das, diese demokratische Institution, die auf Grund gleicher, geheimer, direkter und vor allem reiner Wahlen ins Leben gerufen wurde, bei unserer Bevölkerung in unzulässiger Weise herabsetzen. Gewiß, ich gehöre nicht zu den Leuten, die diesem Parlament absolute Unfehlbarkeit zusprechen, denn jede menschliche Institution hat ihre Schwächen, hat ihre Nachteile, aber ich möchte die Institution finden, die eine bessere Form wirklicher Demokratie ausprägt als dieses österreichische Parlament! (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Es geht nicht an, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der einen Seite ununterbrochen über die Demokratie zu sprechen und auf der anderen Seite die demokratischen Institutionen in einer solchen offensiven Weise herunterzusetzen. (Zustimmung.) Bitte, ich lasse mir ohne weiteres Parteipolitik und Parteipolemik gefallen. Das ist ja der Vorteil und das Wesen der Demokratie. Aber ich lese zum Beispiel: „Es fordern so und soviel tausende Menschen Neuwahlen. Nur Neuwahlen können Heinl durch einen Minister ersetzen, der eine vernünftige Handelspolitik betreibt, nur Neuwahlen können Krauland zur Demission zwingen und damit die Voraussetzungen für eine planmäßige Wirtschaft in Österreich schaffen, nur Neuwahlen können Graf aus dem Innenministerium entfernen, nur Neuwahlen können Gruber zum Rücktritt zwingen. Sollen diese Herren mit dem Reaktionär Raab an der Spitze Österreich so lange regieren, bis die Besatzung aufgehoben wird?" Bitte, das Wort „Reaktionär" ist schließlich und endlich eine Sache der Interpretation. Über die wirtschaftliche Gestaltung kann man dieser oder jener Ansicht sein, die Praxis wird ja die Richtigkeit dieser Interpretation erweisen. Aber hier eine Reihe von Männern, von denen man nicht behaupten könnte, daß sie bei dem Aufbau der Demokratie untätig waren, in den Vordergrund rein subjektiver persönlicher Angriffe zu stellen, das finde ich für ungerecht, und solche Angriffe müssen mit aller Energie zurückgewiesen werden! (Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Ja, ich gehe noch weiter. Schauen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir schon von Neuwahlen sprechen, wir, die Vertreter der Österreichischen Volkspartei, haben ja gar keine so besonderen Sorgen oder Befürchtungen. Wenn es notwendig ist, gehen wir in den Wahlkampf hinein, und ich bin überzeugt, daß diejenigen, die heute die Neuwahlen fordern, vielleicht, wie schon einmal, aus diesem Wahlkampf mit schwerer Enttäuschung zurückkehren werden.

Wir von der Österreichischen Volkspartei können ohne jede Scheu den Wahlaufruf vom 22. November wiederholen: für Arbeit, für tägliches Brot, für eine ordentliche Wohnung, für einen geheizten Raum, für soziale Versicherung, für Altersversorgung und dafür, daß der Arbeiter in seinem Betrieb, in der Wirtschaft ein offenes Wort mitreden darf. Das haben wir am 22. November gesagt und wenn wir heute nach mehr als einem Jahr Rechenschaft ablegen, dann können wir ruhig sagen, daß wir unsere gesamte Arbeit in den Dienst dieses Aufrufes gestellt haben. (Ruf: Sehr richtig!) Wenn wir nicht immer Erfolg hatten — und wer kann hier in diesem Hohen Hause von einem absoluten Erfolg sprechen? —, so sind es Umstände, die außerhalb unserer Kraft liegen, die über die Kraft dieses Parlamentes und auch über die Kraft dieser Regierung hinausgehen. Ich meine damit, daß heute über uns noch ein besonderer Souveränitätsbegriff steht und dieser nennt sich Alliierte Kommission, Alliiertes Komitee, Exekutiv-Komitee, und wie sie das noch nennen mögen.

Wenn infolge dieser besonderen Konstruktion unseres Staates der eine oder andere Rückschlag erfolgt, so müssen wir ihn zur Kenntnis nehmen. Wir danken aber der Regierung dafür, daß sie trotz dieser unvermeidlichen Rückschläge, die nicht von uns, sondern vielfach von Faktoren herrühren, die außerhalb unseres Machtbereiches liegen, ununterbrochen und mit Energie sofort wieder die zerrissenen Fäden anknüpft und auf dem Wege der notwendigen Befreiung Österreichs weiterschreitet. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wir sind uns klar darüber und brauchen natürlich vom Ausland her keinerlei irgendwie geartete Belehrung, daß unsere Souveränität noch nicht vollkommen ist. Es ist kein guter Auftakt, wenn ich zum Beispiel in einem englischen Blatt lese, daß wir Österreicher überhaupt für unsere Befreiung nichts getan haben, daß wir gar nicht in der Lage waren, irgend etwas zu tun. Wenn man sagt, Ihr wart nicht in der Lage, dann wäre darin gleichzeitig eine Entschuldigung für unser Verhalten zu erblicken. Es ist aber nicht so, und ich möchte hier dem Herrn Bundeskanzler danken, daß er die Herstellung des

Rot-Weiß-Rot-Buches dem Bundeskanzleramt übertragen hat und daß in den nächsten Tagen die dokumentarische Darstellung des österreichischen Freiheitskampfes erscheint, um endlich diesen dummen Redereien des Auslandes ein Ende zu setzen. (Erneuter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wenn gesagt wurde, der Schatten eines unfähigen Parlamentes liegt über Österreich, so sollte man schließlich und endlich doch die Arbeit betrachten, die wir jetzt in einem Jahr geleistet haben. Gerade jetzt, wo wir in den Beratungen des Budgets stehen, können wir mit Genugtuung sagen, daß wir alles getan haben, was in unseren Kräften stand. Wir bilden hier eine Parteienkonzentration. Vielleicht weist diese Konzentration nach der Linken eine gewisse Abschwächung auf, aber die Zusammenarbeit hat sich auch in Themen und in Materien bewährt, wofür heute scheinbar die äußerste Linke, wenn sie sagt „das unfähige Parlament", nicht mehr gerne die Verantwortung übernehmen will. Es ist gelungen, und schon mein Herr Vorredner hat dieses Thema in ausgezeichneter Weise erörtert, die legistischen Arbeiten an der Denazifizierung abzuschließen. Auch wir sind der Meinung, daß es hoch an der Zeit ist, daß dieses Gesetz die Genehmigung durch den Alliierten Rat erreicht. Es geht nicht an, daß gewisse Teile des Volkes ununterbrochen in juridischer und wirtschaftlicher Unwissenheit, in Schwanken und Zagen über ihr kommendes Schicksal gelassen werden. Die hohen Alliierten, der Alliierte Rat und die Hochkommissare, haben wieder einmal erklärt, daß dieses Denazifizierungsgesetz in einer ihrer nächsten Sitzungen zur Verhandlung kommen soll. Wir warten. Wir können naturgemäß von uns aus nichts machen, als neuerlich einen dringenden Appell an sie zu richten, sie mögen ihre Arbeitsmethoden beschleunigen, ihre Bürokratie auf schnellere Füße bringen, damit wir durch unsere eigenen Arbeiten die uns obliegende Durchführung dieses Gesetzes in der entsprechenden Form veranlassen können. Das wäre über das Denazifizierungsgesetz von unserem Standpunkt aus zu sagen.

Ich möchte aber noch eine andere Arbeit des Parlamentes erwähnen. Sie war nicht klein, sie ist besonders bedeutungsvoll, vielleicht bedeutet sie einen Abschluß, vielleicht aber einen Anfang: das Verstaatlichungsgesetz. Wenn wir heute kaum in der Lage sind, diesem Verstaatlichungsgesetz nicht nur Form, sondern auch Inhalt zu geben, so muß ich wieder beim Aufwerfen der Schuldfrage die Antwort geben: Wir, das österreichische Parlament, sind bestimmt nicht daran schuld.

Auch hier wäre es selbstverständlich von besonderem Vorteil, wenn man in der Behandlung dieser Frage — ich weiß, es ist in erster Linie eine außenpolitische Frage — allmählich nach vorwärts kommen könnte, um einem Schwebezustand, der auf die Dauer kaum zu halten ist, ein Ende zu setzen. Ich habe über den Kampf um die Freiheit Österreichs gesprochen und ich möchte hier in erster Linie betonen, daß dieser Kampf geistig geführt werden muß. Wir müssen mit unseren Argumenten auf den Plan treten, und ich bin überzeugt, daß wir mit diesen Argumenten auch die entsprechenden Erfolge erzielen werden. Das war Sinn und Inhalt meiner Rede im Budgetausschuß, als ich davon sprach, daß es notwendig sei, dem Presse- und Informationswesen einen anderen Umfang zu geben, als dies heute der Fall ist. Es handelt es sich dabei gar nicht um die Form, in der man dies durchführt, aber ich wiederhole noch einmal, wir haben im Ausland genug praktische Beispiele, wie man das in ausgezeichneter Form machen kann. Und wenn dies heute auf die eine oder andere Schwierigkeit stoßen sollte, so möchte ich doch an dieser Stelle an das Bundeskanzleramt die Bitte richten, dem Instrument, dessen sie sich bedient, die nötigen materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit entsprechende Effekte getätigt werden können. Das englische Weißbuch hat über Österreich eine Reihe guter Bemerkungen gemacht. Es hat uns für die Zukunft auch die entsprechende politische und wirtschaftliche Stellung eingeräumt. Wenn ich aber davon spreche, so muß ich auf ein anderes Kapitel kommen, das auch im englischen Weißbuch erörtert ist und über das man verschiedener Meinung sein kann. Es behandelt die sogenannten Besatzungskosten.

Der Alliierte Rat hat beschlossen, die Besatzungskosten auf 15 Prozent herunterzusetzen — es ist ja ein ständiges Fallen zu konstatieren —, hoffentlich ist mit dieser Herabsetzung der Besatzungskosten in gleicher Form auch die Herabsezung der Besatzung als solcher verbunden. Nun ist diese Frage der Besatzungskosten eine besondere Angelegenheit. Ich bin nicht der Meinung, daß wir vom österreichischen Standpunkt diese Frage der Besatzungskosten als res judicata zu betrachten haben. Denn es gibt offensichtlich auch eine andere Version, eine andere Lesart hiefür, und sie scheint die richtige zu sein. Bekanntlich haben nach der Befreiung alle Siegerstaaten in gleicher Weise Österreich gegenüber eine Haltung eingenommen, die erkennen läßt, daß sie es nicht für zweckdienlich halten, Österreich als von Deutschland annektiertes deutsches Territorium anzu-

sehen, was der Haltung der Alliierten bezüglich Elsaß-Lothringen und so weiter entspricht. So hat auch der Alliierte Rat einer ganzen Reihe von österreichischen verfassungsrechtlichen und sonstigen legislatorischen Maßnahmen zugestimmt, die alle davon ausgehen, daß die österreichische Souveränität, wie sie vor dem 13. März 1938 bestanden hat, während der Besetzung des Territoriums durch Deutschland ruhte und nun wieder hergestellt wurde. Wenn aber diese Annahme richtig ist, dann ist Österreich nicht kriegführender Staat gewesen, das heißt, es war auch während des Krieges völkerrechtlich neutral. Die Besatzungsarmeen sind auf österreichischem Territorium in Verfolgung ihres Feindes, der deutschen Armee, vorgedrungen.

Es ist nicht willkürlich, diesen Vorgang mit dem Eindringen der alliierten Armeen nach der Befreiung Frankreichs, Belgiens, Hollands und schließlich dem Eindringen amerikanischer Heeresbestände in die Tschechoslowakei, beziehungsweise mit den korrespondierenden Operationen der russischen Armee zu vergleichen. Nun wird niemand auf die Idee verfallen, etwa der Tschechoslowakei zuzumuten, für die Kosten aufzukommen, die durch den Aufenthalt amerikanischer und russischer Truppen auf dem Territorium der Tschechoslowakei entstanden sind. Gerade im Gegenteil, diese Staaten, die sich in gleicher Lage befinden, stellen für die ihnen aus dem Unterhalt der Befreiungsarmeen entstandenen Auslagen ihre Gegenforderungen. Es ist bekannt, daß beispielsweise Großbritannien in dem Leih- und Pachtvertrag mit den Vereinigten Staaten als wesentlichste Gegenforderung die durch den Unterhalt, respektive Aufenthalt der amerikanischen Armee in Großbritannien entstandenen Kosten geltend gemacht hat. Das ist naturgemäß zunächst eine Theorie, eine Theorie, die aber völkerrechtlich unterbaut ist und die wir von österreichischer Seite in die Praxis umzusetzen versuchen sollten. Es wäre mehr als schlecht, wenn wir diese Frage der Besatzungskosten bereits als ein fait accompli, als vollendete Tatsache annehmen wollten, und ich möchte an die hohe Bundesregierung die Bitte richten, dieser zunächst auf dem Gebiet der Theorie aufzuwerfenden Frage der Besatzungskosten ihr aktives Augenmerk zuzuwenden, denn, wie Sie sehen, handelt es sich hier um ein Problem von eminenter Bedeutung für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft, und wenn Sie wollen, im Zusammenhang auch für unsere zukünftige Währungs- und Finanzreform.

Es kommt zu dieser Frage noch eine andere hinzu, das sind die von Österreich zu fordernden Reparationen und Wiedergutmachungen. Ich glaube, auch hier wäre es allmählich an der Zeit, sich über die Stellung, die Österreich dazu einzunehmen hat, klar zu werden. Es finden internationale Konferenzen statt und bei diesen internationalen Konferenzen wird die Frage der Reparationen immer wieder auf die Tagesordnung gestellt. Österreich muß nun naturgemäß allmählich doch in der Lage sein, sich beiläufig über die Schadenssumme, für die es aus dem Reparationskonto Ersatz fordern kann, klar zu werden. Ich glaube, es ist dies eine Frage von absoluter Wichtigkeit.

Nun gelange ich zu den Anträgen, die der Finanzausschuß genehmigt hat, und möchte einige Worte zu der Frage der Verwaltungsreform sagen. Der Finanzausschuß hat einen Antrag des Kollegen Pittermann und meiner Person angenommen, wonach eine Kommission einzusetzen ist, die aus Parlamentariern und Vertretern der Kammern besteht. Ich halte diesen Antrag für wichtig. Nach den Ausführungen, die mein Vorredner gemacht hat, halte ich es nicht für notwendig, auf die Schwächen unseres gegenwärtigen Verwaltungssystems im besonderen einzugehen. Naturgemäß gibt es für die Schwächen unserer Verwaltung vielerlei berechtigte und triftige Entschuldigungen, denn wir mußten diesen Verwaltungsapparat aus dem Nichts aufbauen.

Auf der anderen Seite dürfen wir uns naturgemäß nicht darüber täuschen, daß in unserer gegenwärtigen Verwaltung noch immer zu viele heterogene Elemente wirksam sind. Wir haben noch Reste alter Hofdekrete und die Gesetzgebung der ersten Republik, wir haben schließlich und endlich Reste aus der Zeit 1934 bis 1938 und wir haben die gegenwärtige Gesetzgebung. All das ist noch in kein harmonisches Ganzes zusammengegliedert, und ich bin überzeugt, daß gerade unsere Beamtenschaft ebensosehr wie wir die Empfindung hat, daß mit diesem Verwaltungsapparat auf die Dauer das Auslangen nicht zu finden ist. Wir müssen daher eine Reform anstreben, und zwar eine Reform, die nicht auf 1938 zurückblickt, sondern 1950 im Auge hat, das heißt, die Reform muß nach vorne sehen, sie muß zielstrebig sein und darf sich nicht bemühen, Zustände der Verwaltung wieder herbeizuführen, die längst veraltet sind. Deshalb mein Wort: Notwendigkeit einer modernen Verwaltungsreform. Wir müssen bei der Betrachtung dieses Kapitels immer wieder eines hervorheben, die Anerkennung der Tätigkeit unserer gegenwärtigen Beamtenschaft, und ich sagte schon, ich bin

überzeugt, daß die Beamtenschaft diesem österreichischen Parlament außerordentlich dankbar sein wird, wenn wir ihr aus der gegenwärtigen unmöglichen Verwaltungssituation heraushelfen. Das ist unsere Aufgabe. Ich kann weiter ganz offen darüber sprechen, daß es auf die Dauer keinesfalls erträglich ist, daß wir im Verwaltungssystem und in der Beamtenschaft festgefügte Mauern zwischen einzelnen Gruppen haben, die kaum überschreitbar sind. Man kann über den Vorgang, wie man hier zu der notwendigen modernen Änderung kommt, verschiedener Meinung sein, aber es ist schon so: wenn ich auf der einen Seite eine Prüfung — sagen wir im Gewerbe — verlange, so wird es notwendig sein, daß wir auch in der öffentlichen Verwaltung gewisse Prüfungsbedingungen aufstellen. Die zweite Republik hat bereits eine ganz besondere Erleichterung geschaffen. Ich möchte hier auf die Verordnung des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 3. September 1945 über die Berufsreifeprüfung zum Erwerb der Studienberechtigung an wissenschaftlichen Hochschulen sprechen. Im § 1 wird hier genau definiert, welchen Zweck diese Prüfung hat: „Zweck der Berufsreifeprüfung ist es, Personen, die an der Ablegung der Reifeprüfung für Mittelschulen oder einer anderen zum Hochschulstudium berechtigenden Prüfung verhindert waren, aber im reiferen Alter und auf Grund ihrer beruflichen Bewährung oder einer in ernsten Studien betriebenen Beschäftigung mit einem bestimmten Fachgebiete ein Hochschulstudium in dieser Richtung durchführen wollen, die Möglichkeit zu geben, ihre Befähigung und Vorbereitung für dieses bestimmte Studium zu erweisen."

Das ist natürlich nur eine Möglichkeit, wir sehen aber, daß die zweite Republik dieser Frage bereits ihr Augenmerk zugewendet hat, daß die Möglichkeit des Durchbruchs früher bestandener eherner Mauern gegeben wird. Was den Antrag des Herrn Dr. Pittermann wegen der Verwaltungsakademie betrifft, so ist das eine Frage, über die sich von verschiedenen Standpunkten aus sprechen läßt. Wenn Sie meinen, verehrter Herr Doktor, Verwaltungsakademie für den Mann, der bereits eine Reihe von Jahren im Dienst stand, so wird gegen die Berufsausbildung auch von unserer Seite kaum eine Einwendung zu erheben sein. Wenn man aber glaubt, daß man durch eine Verwaltungsakademie neue Beamte erziehen kann, so bin ich anderer Meinung, und zwar vor allem deshalb, weil dann eine solche Verwaltungsakademie eine attraktive Kraft auf Leute ausübt, die ursprünglich nie gedacht haben, den Beamtenberuf zu ergreifen, und man so wieder eine Entvölkerung anderer Berufskreise herbeiführen würde. Wenn wir schon dem Begriff der Verwaltungsakademie nähertreten wollen, so werden wir in der Kommission für Verwaltungsreform Mittel und Wege finden, dem nicht zum erstenmal aufgeworfenen Begriff der Verwaltungsakademie näherzutreten, und wenn schon, in welcher Form man der Verwirklichung nähertreten kann. Vor allem auch deshalb: wir müssen uns schließlich darüber klar werden: Was fangen wir mit den Tausenden von jungen Menschen an, die heute die Hochschulen bevölkern? Wir haben schon jetzt kaum die Möglichkeit, sie unterzubringen. Dieses geistige Proletariat akademischer Natur, das hier herangezogen wird, kann sich unter Umständen zu einer Gefahr für diesen Staat entwickeln, wenn hier nicht eine Reform gefunden wird. Hier müssen naturgemäß ebenfalls gewisse Maßnahmen getroffen werden, durch die wir Abhilfe schaffen können.

Nun tritt zu der Frage der Verwaltungsreform das neue Beamtengesetz dazu. Ich habe schon im Ausschuß über dieses neue Gehaltsgesetz gesprochen, ich will kurz wiederholen, welche Bedenken ich hege, und anderseits betonen, daß es dem Parlament fast unmöglich ist, an diesem neuen Beamtengesetz besondere Änderungen vorzunehmen. Ich möchte bei der Beamtenfrage einmal sagen, daß die Durchführung der Rehabilitierung bis heute noch nicht abgeschlossen ist, ein Zustand, der von den betroffenen Beamten äußerst unangenehm empfunden wird. Abgesehen davon wird aber die Rehabilitierung auch vielfach ungleichmäßig angewendet, und so ist es höchste Zeit, daß auf dem Gebiete der Rehabilitierung eine vollkommen gleichmäßige rechtliche Behandlung eintritt.

Es besteht keine Gefahr — das kann ich versichern —, daß hier eine „Legionärpolitik", wie einmal der Ausdruck gebraucht wurde, entstehen würde. Bei den Beratungen über die Frage der Überleitung unserer Beamtenschaft in österreichische dienst- und besoldungsrechtliche Verhältnisse hat der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten, Ministerialrat Tomaschek, mit allem Nachdruck die Forderung vertreten, daß die sofortige Überführung der Beamtenschaft in das vor dem Jahre 1938 zu Recht bestandene Gehaltsgesetz unter Modifizierung bezüglich der unzeitgemäß gewordenen Bezüge der unteren Dienstklassen in Angriff genommen und raschestens abgeschlossen werden müßte. Es muß nun festgestellt werden, daß das ursprüngliche alte Rangsklassensystem der einstigen öster-

reichischen Reichshälfte der Monarchie von den Sukzessionsstaaten, wie von der Tschechoslowakei übernommen und beibehalten wurde, so wie dieses Gehaltssystem von dem Königreich Italien nicht nur für die Südtiroler Beamten beibehalten sondern für die Beamtenschaft des gesamten übrigen Italien übernommen wurde. Wir in Österreich haben seit dem Umbruch des Jahres 1918 dieses System verlassen und stehen nun bereits vor einem vierten, neuen System für die Wertung und Besoldung der österreichischen Bundesbediensteten. Diese Tatsache allein müßte uns schon über den Wert der österreichischen Personalpolitik seit dem Jahre 1918 einiges Nachdenken verursachen. Jetzt liegt wieder ein neues Gehaltssystem vor uns. Kein Beamter hat sich seit dem Jahre 1918 in seinem Besoldungsrecht infolge des häufigen Wechsels der Systeme so recht ausgekannt, und wenn ich dieses neue Gehaltsgesetz durchblättere, so komme ich zu der Konklusion, daß auch dieses wieder nur ein Provisorium sein wird. Ziel und Zweck einer gesunden Personalpolitik muß aber sein, in der Beamtenschaft eine Befriedung und eine Befriedigung herbeizuführen und die durch die Ereignisse der letzten 13 Jahre hervorgerufene Aufspaltung in rehabilitierte Beamte, in alle System überdauernde Beamte, in tragbare Anstreifer zu beheben, um wieder zu einem homogenen, einheitlich denkenden und standesbewußten österreichischen Beamtentum zu kommen. Dies muß Ziel jeder Gesetzgebung sein. Das wäre nun naturgemäß durch eine sofortige Rückkehr zu dem alten, bekannten Besoldungssystem möglich. Statt dessen haben wir nach vielmonatigen Beratungen einen Entwurf vorgelegt bekommen, der von der Regierung und den Gewerkschaften ausgearbeitet worden ist. Der Entwurf ist formal und technisch bemerkenswert, für das Parlament besteht die Notwendigkeit, diesen Gesetzentwurf schleunigst zu verabschieden, um bei der Beamtenschaft wieder österreichische Rechtsverhältnisse herbeizuführen. Wir werden kaum Gelegenheit haben, über Zweckmäßigkeit und Wert der einzelnen Bestimmungen lange Debatten abzuführen oder besondere Änderungen vorzunehmen, sonst würden wir mitschuldig werden, daß die bisher schon untragbaren rechtlichen Verhältnisse zwischen Beamten und Staat noch verlängert werden. Dabei gebe ich mich keiner Täuschung hin, daß wir es bei diesem Gesetzentwurf wieder nur mit einem Provisorium zu tun haben und in Bälde in gründlichen Beratungen werden darangehen müssen, der österreichischen Beamtenschaft das wohnbare Haus zu schaffen, das sie wirklich benötigt.

Ich möchte noch etwas kurz erwähnen: wenn die Verstaatlichung durchgeführt wird, werden wir eine neue Gruppe von Personen erhalten, die, auch wenn sie nach der Verstaatlichung in relativ frei arbeitenden Betrieben tätig sind, in irgendeiner bindenden Form in Beziehungen zum Staat treten. Es wird notwendig sein, hier alles zu tun, um die neue Beamtengruppe von einer rein bürokratischen Erziehung fernzuhalten und den Versuch zu unternehmen, Arbeiter und Angestellte dieser verstaatlichten Betriebe zu einer modernen Wirtschaftsauffassung zu erziehen.

Meine Redezeit geht zu Ende. Nur noch ein Wort, das geradezu aus moralischer Verpflichtung erwächst: In der Gruppe II „Bundeskanzleramt" sehen wir auch den Titel „Staatsdruckerei". Die Staatsdruckerei wurde in den ersten Umsturztagen mit unendlicher Mühe wieder aufgebaut und sie ist heute bereits wieder eine international anerkannte Musteranstalt. Mag sein, daß es bei dem einen oder anderen Beamtenfall nicht immer gestimmt hat oder stimmt; hier wird die Regierung entsprechend Abhilfe schaffen, wenn man aber das Arbeitsresultat betrachtet, kann ich dem Bundeskanzleramt nur meinen Glückwunsch dazu aussprechen, daß wir auf dem besten Wege sind, mit unserer Staatsdruckerei wieder internationale Führung zu gewinnen. Und mehr: In der Staatsdruckerei erscheint die amtliche „Wiener Zeitung". Es ist eigentlich eine merkwürdige Erscheinung, daß eine amtliche Zeitung heute erstes, führendes Organ ist, nach dem jeder greift. Es ist der Versuch eines Blattes, das allen Parteien und der gesamten Öffentlichkeit alles bringen will. Gerade wir Parlamentarier können dieser amtlichen „Wiener Zeitung" dankbar sein, denn sie ist das einzige Blatt, das in entsprechender Form von den parlamentarischen Vorgängen Kenntnis nimmt. Das wollte ich zu diesem sachlichen Kapitel erwähnen.

Nun nur noch ein Schlußwort! Ich danke dem Herrn Kanzler vielmals dafür, daß er in wiederholten Bemühungen alles unternommen hat, um die Immunität der Abgeordneten, sei es der Nationalräte oder der Mitglieder der Landtage, zu wahren, denn wird diese Grundlage der österreichischen Demokratie weiter so wie bisher erschüttert, dann bin ich überzeugt, daß dieses Parlament über kurz oder lang in Bedeutungslosigkeit herabsinkt. (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Dr. **Pittermann:** Hohes Haus! Ich habe das Wort lediglich ergriffen, um im Anschluß an die Ausführungen meines Herrn Vor-

redners noch einmal kurz und unzweideutig zu erläutern, was uns bei dem Antrag auf Schaffung einer Verwaltungsakademie vorschwebt: weder ein Ersatz der Universitäten, noch eine Stelle, um Menschen in den Verwaltungsdienst anzulocken. Der Text sagt es unzweideutig: Sie dient der beruflichen Ausbildung der öffentlichen Angestellten. Der Begriff öffentlicher Angestellter wurde gewählt, weil hiebei nicht nur an die Angestellten der Gebietskörperschaften, des Bundes, der Länder und der Gemeinden gedacht ist, sondern auch an die Angestellten der Selbstverwaltungseinrichtungen, der Kammern wie der Sozialversicherungsträger.

Abgeordneter Ludwig hat den seinerzeitigen Erlaß des Staatssekretariates der Provisorischen Staatsregierung über die Berufsreifeprüfung erwähnt. Ich habe in einer anderen Institution einen praktischen Versuch gemacht. Es gehört nicht hieher, von den außerordentlichen Schwierigkeiten zu erzählen, die es gerade bei den Menschen macht, die für diese Institution bestimmt sind, sie dazu zu bringen, einen solchen Lehrgang zu absolvieren. Aber es widerspricht auch dem Gedankengang. Die Verordnung bedeutet nur, daß wir den Menschen die Notwendigkeit abnehmen, eine Maturitätsprüfung abzulegen. Die Notwendigkeit, den vorgeschriebenen Studiengang an der Universität und anderen Hochschulen abzuleisten, legen wir ihnen weiter auf. Mir schwebt dabei jener Mann, jene Frau aus dem Volk, aus Gewerbe oder Landwirtschaft vor, die man auf Grund der in ihrem Beruf erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Verwendung im staatlichen Verwaltungsdienst gewinnen will.

Nun erfordert aber das Amtieren im staatlichen Verwaltungsapparat gewisse Kenntnisse formalistischer wie materiellrechtlicher Natur. Die Verwaltungsakademien sollen den Personen, die bereits im öffentlichen Dienst tätig sind, diese Kenntnisse vermitteln. Für die Akademiker unter ihnen möchte ich das so präzisieren: ich bin der Ansicht, man kann auch für den Verwaltungsdienst graduiert werden, ohne daß es notwendig ist, vorher alle Anwendungsmöglichkeiten des „ablativus absolutus" und ähnliche Dinge zu vergessen. Der aus dem wirtschaftlichen Leben in den Verwaltungsdienst kommende befähigte Beamte wird, selbst wenn er mit den nötigen Kenntnissen ausgestattet ist, unter seinen Kollegen, vielleicht sogar bei der Bevölkerung nicht jenes Ansehen genießen und genießen können, das dem Beamten zuteil wird, der über die übliche Stufenleiter Mittelschule—Hochschule in die Beamtenlaufbahn eingetreten ist. Um diesen Mißstand zu beseitigen, sollen die bereits im Dienst befindlichen öffentlichen Angestellten mit Zustimmung ihrer Dienststelle die Möglichkeit haben, sich durch den Besuch der Verwaltungsakademie jene materiellen Kenntnisse des Verwaltungsrechtes und der Verwaltungsvorschriften zu verschaffen, die nun einmal der Beamte braucht. Das ist der Zweck des Antrages auf Errichtung von Verwaltungsakademien. (Beifall bei den Sozialisten.)

*

Damit ist die Aussprache über Gruppe II beendet.

Es gelangt die **Gruppe VII** zur Verhandlung, bestehend aus Kapitel 14: Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.

Spezialberichterstatter Ing. **Kottulinsky:** Hohes Haus! Die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 14: Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, im Bundesvoranschlag 1947 sehen bei den Ausgaben eine Erhöhung von rund 4.4 Millionen auf 11.8 Millionen vor, während die Einnahmen von 4.6 Millionen auf 2,9 Millionen herabsinken. Der Aufbau des neu errichteten Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hat sich im Laufe des Jahres 1946 fortschreitend mit der Zunahme der ihm durch Gesetz übertragenen Aufgaben vollzogen.

Es wurden ferner Referate für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung bei den einzelnen Landeshauptmannschaften sowie beim Magistrat der Stadt Wien errichtet. Der enorme Arbeitsanfall im Ministerium ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Vom Oktober bis Dezember 1945 betrug der Einlauf an Geschäftsakten rund 3000 Stück. Vom 1. Jänner bis 19. November 1946 80.000 Stück, wobei im Monat Jänner 4000 Akten, im Monat Oktober 12.000 einliefen. Die Sicherstellung der erfaßten und ermittelten Vermögenschaften, welche auf Grund von Gesetzen dem Staate verfallen, sowie aller jener Vermögenschaften, welche auf Grund der Restitutionsgesetze ihren ursprünglichen Besitzern rückgestellt werden müssen, ist zum großen Teile durchgeführt. Auch der Sicherung österreichischen Vermögens im Auslande muß besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsplanung sind die entsprechenden Arbeiten aufgenommen und unter anderem ein Planungsbeirat und eine Kreditlenkungskommission eingesetzt worden. Weiter werden Industrieplanung und Industriepolitik, Währungs- und Finanzpolitik, Planung des Bauwesens, insbesondere der Wohn- und Siedlungspolitik, Planung der land- und forstwirtschaftlichen

Erzeugung mit Ernährungspolitik sowie Planung des Gewerbes, Handels und Fremdenverkehrs unter dem Gesichtspunkte der Gesamtplanung behandelt.

Zum Aufgabenkreis des Ministeriums gehören ferner die Vorbereitung und Durchführung der Verstaatlichung, der staatlichen Beteiligung an Unternehmungen und die Sozialisierung. Daß an diese Aufgaben mit der nötigen Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und vor allem mit Sachlichkeit herangetreten werden muß, ist aus der Größe der zu bewältigenden Aufgabe ersichtlich. Schließlich werden vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung alle jene Fragen behandelt, welche sich aus der Auslegung der Potsdamer Beschlüsse ergeben.

Im Laufe der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß wurden weniger die finanzgesetzlichen Ansätze im Bundesvoranschlag 1947 zum Kapitel 14 einer Kritik unterzogen, als vielmehr der Aufgabenkreis des Ministeriums von allen drei Parteien von ihrem Parteistandpunkte aus betrachtet.

Ich stelle den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, des Bundesvoranschlages für 1947 in der Fassung der Regierungsvorlage (225 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt."

Abg. **Elser:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung kommt eine außerordentliche Bedeutung zu. Der allgemeinen Bewegung nach Verstaatlichung der Großindustrie, des Bank- und Kreditwesens kann sich auch Österreich nicht verschließen. Die Verstaatlichung ist heute nicht mehr nur eine programmatische Angelegenheit sozialistischer Parteien. Auch nichtsozialistische, bürgerliche Parteien bekennen sich, wenn auch mit Einschränkungen, im Prinzip zur Verstaatlichung. Die staatlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der sozialistischen Sowjetunion, die man vor einem Vierteljahrhundert in der bürgerlichen Welt belächelte und deren Zusammenbruch sogar sozialistische Kreise prophezeiten, sind heute Allgemeingut geworden. Es läßt sich nicht mehr leugnen, daß die privatkapitalistische Produktionsweise, vor allem aber die Herrschaft des Monopolkapitals den Bedürfnissen der Menschen und der Völker nicht mehr gerecht werden kann. Wissenschaft, Technik und Verkehr sind in rascher Veränderung und Entwicklung begriffen. Die immer gewaltiger werdenden Produktivkräfte sprengen den künstlichen engen Rahmen und die Fesseln des Monopolkapitals.

Das Bestreben nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Großbanken ist der sichtbare Ausdruck dieser immer stärker werdenden Kräfte, welche in ihren Zielsetzungen der Bedarfsdeckungswirtschaft zustreben an Stelle der großkapitalistischen Profitwirtschaft mit ihren verheerenden Krisen und Arbeitslosigkeiten.

Sicherlich, die Verstaatlichung ist noch keineswegs das, was sich die Arbeiter unter Sozialisierung vorstellen, aber sie bedeutet eine notwendige Vorstufe zu einer besseren und sozialen Ordnung unserer Wirtschaft. Man muß sich allerdings im Klaren sein, daß trotz der Verstaatlichungsaktionen die Privatwirtschaft, die Privatinitiative noch eine wichtige wirtschaftliche Funktion zu erfüllen hat. Wir Kommunisten wollen keineswegs diese Tatsache leugnen, im Gegenteil, trotz unserer sozialistischen Wirtschaftsauffassungen glauben wir, daß es im Interesse der Gesamtwirtschaft und des Volkes gelegen ist, die Produktionsstätten der Privatwirtschaft mit denen der vertaatlichten organisch dem Gesamtwirtschaftsplan einzuordnen. Wo die Privatinitiative weiterhin Wirtschaftsfunktionen versieht, soll sie sich einer Generalplanung unterordnen, aber keinesfalls soll sie erschlagen oder erstickt werden. Soweit meine grundsätzlichen Ausführungen zur Frage der Verstaatlichung.

Die österreichische Volksvertretung hat ebenfalls die Verstaatlichung einer Anzahl von Betrieben beschlossen und damit der Regierung den Auftrag erteilt, diesen Beschluß nun auch durchzuführen. Mein Kollege Koplenig hat gestern in der Generaldebatte das Verstaatlichungsgesetz und die Tätigkeit des Ministeriums zu seiner Durchführung einer Kritik unterzogen, die ich hier nicht wiederholen muß. Dem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung fällt die große Aufgabe zu, für die Durchführung der Verstaatlichung Sorge zu tragen. Ohne ungerecht oder unsachlich zu sein, muß man aber die bedauerliche Tatsache feststellen, daß bis heute sehr wenig von seiten des Ministeriums geschehen ist, um den Verstaatlichungsbeschluß in die Tat umzusetzen. Gewiß, so einfach, wie sich manche Leute dies vorstellen, ist die Durchführung nicht. Ich weiß, es gibt große Schwierigkeiten, doch bei notwendiger Energie und Entschlossenheit hätte man jene Betriebe, welche nicht umstritten sind, mit neuen verstaatlichten Verwaltungen ausstatten müssen. Außer vorbereitenden Arbeiten, wie Erstellung von Gutachten, Schätzungen und technischen Forschungsarbeiten wurde nicht viel gemacht. Ich kenne die Einwände. Sie lauten, meine Damen und Herren, vielfach folgender-

maßen: die währungswirtschaftliche Lage, die umstrittene Frage des deutschen Eigentums lassen eine wirkliche Durchführung der Verstaatlichung nicht zu. Diese Einwände sind, meiner Auffassung nach, nur zum Teil stichhältig.

Wer hindert uns beispielsweise daran, einer Reihe von Betrieben der Schwerindustrie, wie zum Beispiel den Alpine-Werken oder der Mehrheit der Bergbaue und vielen anderen Betrieben eine neue Verwaltung zu geben, in diesen Betrieben einvernehmlich mit den Arbeitern eine Produktionsplanung durchzuführen und vor allem die derzeitige Warenproduktion dieser Betriebe unter schärfste wirksame Kontrolle zu stellen? Kein Mensch hindert uns daran. Unsere währungswirtschaftliche Lage! Es ist richtig: solange wir nicht eine stabile Währung haben, stabile Devisenkurse, also eine feste Relation zu den übrigen Währungen, vor allem zu unseren Nachbarstaaten, gibt es große, aber nicht unüberwindliche Schwierigkeiten in unserer Gesamtwirtschaftsplanung. Ich gebe zu, die Währungsreform wird immer dringender, und wir können nicht noch einige Jahre bei diesen Währungsverhältnissen verharren. Unsere ganze Preis- und Lohnpolitik hängt von der weiteren währungswirtschaftlichen Lage ab. Trotz dieser Umstände kann man eine größere Aktivität in der Wirtschaftsplanung fordern, um das Wirtschaftschaos in Österreich doch endlich einmal beseitigen zu können.

Zur Frage des deutschen Eigentums, einer Frage, die vielfach hier im Hohen Haus schon eine umfangreiche Behandlung gefunden hat. Dazu möchte ich grundsätzlich noch einmal folgendes sagen: die Potsdamer Beschlüsse sind nun einmal eine Realität. Diese Frage kann nur sachlich und freundschaftlich mit der Regierung der Sowjetunion gelöst werden. Trotz gegenteiliger Behauptungen hat die Sowjetunion immer wieder, meiner Meinung nach, doch Beweise geliefert, daß sie Österreich keineswegs feindselig gesinnt ist. Es wird soviel von den Betrieben gesprochen, welche in der Hand von Organen der sowjetischen Besatzungsmacht liegen. Es ist bedauerlich, daß man mit Absicht verschweigt, daß die Sowjetunion große Mengen Rohstoffe und Halbfabrikate nach Österreich bringt, um sie hier zu verarbeiten, die Betriebe ausgebaut und gut geführt werden und große Teile der erzeugten Waren dem österreichischen Konsum übergeben werden.

Nun zur Mineralölwirtschaft. Auch diese liefert uns Beweise, daß die russische Besatzungsmacht unseren Bedarf an Dieselöl, Petroleum, Auto- und Schmierölen zur Gänze deckt. Schwierigkeiten gibt es vor allem bei Feinölen und Spezialölen, welche in Zistersdorf, wie sie alle wissen, gar nicht hergestellt werden. Es ist richtig, der Benzinbedarf ist nicht vollständig gedeckt, aber auch hier zeigt die Sowjetverwaltung Verständnis für unser Land. Fast die gesamte Heizölproduktion überläßt die Verwaltung Zistersdorf den österreichischen Bedürfnissen. Fort also mit der Russenhetze, nur ehrliches, freundschaftliches Wollen wird uns hier zur notwendigen Einigung bringen!

Nun noch einiges zur Wiedergutmachung. Wir Kommunisten fordern die endliche Rückgabe des Vermögens an die Konsumgenossenschaften und an den Gewerkschaftsbund. Ich habe anläßlich der Debatte im Finanzausschuß bereits in dieser Frage die Stellung der Kommunistischen Partei festgelegt. Es ist an der Zeit, daß endlich einmal den Konsumgenossenschaften ihr Eigentum rückerstattet wird. Aber auch das Arbeitervermögen, das man im Jahre 1934 konfisziert hat, muß den ehemaligen Eigentümern zurückerstattet werden. Ich bin überzeugt, bei gutem Willen wird man sich über die notwendigen Modalitäten einigen. Es ist Zeit, daß man den Arisierern das Handwerk legt und ihnen die Geschäfte und Betriebe entzieht und diese entweder den noch vorhandenen früheren Eigentümern übergibt oder verläßlichen verdienten Antifaschisten ausfolgt.

Ich habe im Budgetausschuß Kritik geübt an der Personalwirtschaft des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. Wir brauchen dort keine politisch unverläßlichen Personen, welche vor noch nicht allzulanger Zeit der Nazi-wirtschaft an führender Stelle gedient haben. Wir Kommunisten, das möchte ich abschließend bemerken, fordern vom Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung weniger Bürokratisierung, sondern viel mehr praktische zielbewußte Planung der Gesamtwirtschaft, allerdings Planung der Gesamtwirtschaft im engsten Einvernehmen mit der Arbeiterschaft und die Durchführung der beschlossenen Verstaatlichung.

Präsident: Nach § 7 der Geschäftsordnung hat der Präsident über die Würde des Nationalrates zu wachen. Es entspricht sicherlich nicht der Würde des Nationalrates und der Bedeutung der Verhandlungen, wenn der zuständige Ressortminister nicht anwesend ist. Ich unterbreche daher die Sitzung, bis der Minister hier ist. (Großer Beifall.)

*

(Die Sitzung wird um 11 Uhr 50 Minuten **unterbrochen** und um 12 Uhr wieder **aufgenommen.**)

Präsident: Nachdem der zuständige Fachminister erschienen ist, nehme ich die Sitzung wieder auf.

Abg. Ing. **Waldbrunner**: Hohes Haus! Das Kapitel 14: Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, des Bundesvoranschlages für 1947 zeichnet sich durch den krassen Unterschied zwischen der Höhe der veranschlagten Ausgaben und den bisherigen Leistungen des Ministeriums besonders aus. Die Behandlung gerade dieser Budgetpost erzwingt daher eine aufmerksame und gründliche Kritik dieses Verwaltungszweiges. Der Herr Bundesminister K r a u l a n d hat im Finanzausschuß vor kurzem zur Entlastung angeführt, daß sein Ministerium erst ein Jahr alt sei, und meinte damit wahrscheinlich, daß man für diese Zeit mehr und Besseres nicht verlangen könne.

Wir sind damit nicht ganz einverstanden, denn alle anderen Ministerien sind kaum ein halbes Jahr älter und hatten zum mindesten mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Viel wichiger ist aber die Tatsache, daß der größere Teil der Agenden von den anderen Ministerien sehr weit vorgearbeitet übergeben wurde. Dies gilt auf jeden Fall für die eine der beiden Sektionen, für die Vermögenssicherung. Wir sehen nicht, daß in diesem Jahr viel Neues auf diesem Gebiet geschaffen worden wäre, obwohl eine Vielfalt der Probleme einer Lösung harrte. Das Sachgebiet der Wirtschaftsplanung ist richtigerweise erst mit der Bildung des Ministeriums vor einem Jahr ins Leben gerufen worden. Dafür ist aber außer dem Namen, unter dem eine eigene Sektion entstanden ist, kaum ein Lebenszeichen bis zu uns gedrungen. Es wundert uns daher die etwas selbstsichere und vielleicht selbstgefällige Art des Herrn Ministers Krauland einigermaßen, wenn er von seinem Amt sagt: Wir haben ein gewisses Tempo in uns, das nicht jeder durchstehen kann. Es wäre denn, der Herr Minister meint, nicht jeder brächte es zustande, in dieser bewegten Zeit allen Notwendigkeiten unserer Wirtschaft immer wieder auszuweichen.

Eines ist sicher, es wurde im abgelaufenen Jahr kaum über die Arbeit eines anderen Ministeriums so viel aber auch so ergebnislos polemisiert wie über das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. Vielleicht meinte das der Herr Minister, als er im Budgetausschuß von sich sagte: Ich bin nicht der Meinung, daß mir das sehr viele nachmachen oder es besser machen würden. Dennoch werden wir die Unzulänglichkeiten dieser Verwaltung immer wieder aufzeigen und alles tun, um sie in die Schranken der Demokratie zu weisen. Gerade die Arbeiterschaft wird darüber besonders wachen, fallen doch ihre wesentlichsten Wirtschaftsinteressen unter die Agenden dieses Ministeriums. Nehmen wir zuerst die Sektion der Vermögenssicherung.

Sie umfaßt unter anderem die öffentlichen Verwaltungen, die Erfassung, Sicherung und Verwaltung des herrenlosen Vermögens und die Restitutionen. Die Frage der öffentlichen Verwaltungen hat immer wieder zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit Anlaß gegeben, und zwar immer dann, wenn es um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gegangen ist. In den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft war es allen politischen Parteien in der Provisorischen Staatsregierung klar geworden, daß für die vielen kleinen und großen Betriebe und Vermögenswerte in allen Sektoren unserer Wirtschaft, die herrenlos geworden waren oder noch unter einer inzwischen untragbar gewordenen nazistischen Leitung standen, eine Verwaltung geschaffen werden müsse. Eine andere Möglichkeit gab es nicht, weil ebenso allen einleuchtete, daß die endgültige Lösung aller meist sehr komplizierten Rechts- und Besitzfragen sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Besonders kritisch waren die Probleme in der gewerblichen Wirtschaft, in den Betrieben der Industrie und des Gewerbes, wo die weitaus größte Zahl dieser Fälle auftrat. Darum ist auch das Gesetz über öffentliche Verwaltungen auf Antrag des Staatssekretärs für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, des jetzigen Herrn Bundesministers He i n l, von der Provisorischen Staatsregierung beschlossen worden. Jedem ist noch erinnerlich, wie alle diese herrenlosen Betriebe in dieser für Österreich so schweren Zeit allein durch die unermüdliche Arbeit und das unerschrockene Verhalten der Arbeiter und Angestellten erhalten blieben. Sie haben nicht nach Besitztiteln und Rechtslage gefragt, sondern nur die Erhaltung der Arbeitsstätte und des Wirtschaftsgutes vor sich gesehen. Damals wagte auch niemand zu bezweifeln, daß diese Arbeiter und Angestellten durch ihre Gewerkschaften das Recht hätten, mitzubestimmen, wer in diesen Betrieben zur Verwaltung bestellt werden sollte. Unter ihrer Mitwirkung ist so der Großteil der heute noch bestehenden öffentlichen Verwaltungen eingerichtet worden, bevor noch das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung gebildet wurde. Fast ausnahmslos wurden Arbeiter und Angestellte dieser Betriebe bestimmt, die schon lange Jahre dem betreffenden Unternehmen gedient hatten und das Vertrauen der Belegschaft genossen. Der

österreichische Staat hat bis heute keinerlei Grund, diese Lösung zu bereuen, denn in der Überzahl der Fälle ist es so gelungen, die Betriebe nicht nur bestandsmäßig zu erhalten, sondern sie in die Produktion und in das Wirtschaftsleben wieder einzureihen, soweit die Verhältnisse Österreich eine Produktion, beziehungsweise ein Wirtschaftsleben überhaupt gestatteten. Mit der Übernahme der Agenden durch das Ministerium für Vermögenssicherung zu Beginn des Jahres 1946 wurde sofort versucht, diesen Geist der Zusammenarbeit zu bannen. Die erste Arbeit des Herrn Ministers war, jene Beamten, die vordem die gesetzmäßige Befragung der Gewerkschaften bei der Bestellung öffentlicher Verwalter immer und auf jeden Fall gesucht hatten, auszuwechseln. Sehr bald häuften sich die Proteste der Gewerkschaften, daß Einsetzungen und Absetzungen von öffentlichen Verwaltern ohne ihre Kenntnis durchgeführt würden, sehr zum Nachteil für die Ruhe und Ordnung wie für die Arbeit in den betreffenden Unternehmen. Die Beamten, die so verwalteten und auch heute noch so verwalten, gehören scheinbar zu jenen, von denen der Herr Minister Dr. K r a u l a n d im Budgetausschuß sagte: Ich bin bereit, Leute, die sachlich etwas können, dorthin zu geben, wo sie am geeigneten Platz sind, ohne zu fragen, woher sie kommen.

Scheinbar ist das sachliche Können für Minister Dr. K r a u l a n d auf diesem Gebiet dann gegeben, wenn man selbst öffentlicher Verwalter ist. Anders könnte ich es nicht erklären, daß der Leiter der Abteilung für die Einsetzung öffentlicher Verwaltungen, Herr Dr. Stanglberger, und der Leiter der Abteilung für die Überprüfung öffentlicher Verwaltungen, Herr Dr. Schloissnigg, selber öffentliche Verwalter von Unternehmungen sind. (Rufe bei den Sozialisten: Hört, Hört!) Es gäbe nur noch die eine Möglichkeit für diese offensichtliche Unvereinbarkeit, daß nämlich der Herr Minister nicht gefragt hat, woher diese Herren kommen. Im einzelnen sei hiezu angeführt:

Die Firma Wenzel Hartl, Holzkonstruktions-Bau-Gesellschaft in Wien, XIX., Sieveringer Straße 2, dessen Inhaber der Nazi Ing. Wenzel Hartl ist, wurde unter öffentliche Verwaltung gestellt. Der Firmeninhaber ist nach wie vor als technischer Leiter in der Firma beschäftigt.

Öffentlicher Verwalter dieser Firma ist Dr. Stanglberger, Chef der Abteilung: öffentliche Verwalter, im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. Als Monatsgehalt des öffentlichen Verwalters wird bei der Firma Hartl ein Betrag von 1200 S ausgewiesen.

Dr. Schloissnigg, Leiter der Abteilung 6 b (Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen) ist öffentlicher Verwalter der Zakovsky Ferdinand Ges. m. b. H., Papierwarenfabrik, Wien, III., Rechte Bahngasse 24.

Hofrat Streitmann, der frühere Präsidialist im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ist öffentlicher Verwalter der Österreichischen Beamtenversicherung mit einem Monatsgehalt von 1250 S.

Dr. Karl Putz ist öffentlicher Verwalter mehrerer Wohn- und Siedlungsgenossenschaften. Dr. Karl Putz ist Angestellter des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.

Über die sachliche Arbeit auf diesem Gebiete ist es wert, noch einige Worte zu verlieren. Im Budgetausschuß habe ich aus der Praxis der letzten Zeit allein 15 Fälle angeführt, wo ohne die im Gesetz vorgesehene Anhörung der Gewerkschaften Verfügungen über Aufhebung, beziehungsweise Einsetzung öffentlicher Verwaltungen getroffen wurden. In 14 Fällen handelt es sich um Aufhebungen, in einem Falle um eine Einsetzung einer Verwaltung, wo bisher noch keine bestanden hat. Zwei Fälle davon möchte ich doch noch einmal aufgreifen, weil sie alles, was man an sachlicher Kritik sagen könnte, ausdrücken.

Im Jahre 1938 hat der Nationalsozialist Gröschl aus Staatsbesitz auf Grund seiner Beziehungen die Mühle in Königshof bei Wilfleinsdorf erworben. Es ist die größte Handelsmühle des Burgenlandes. Während der Naziherrschaft hat sich Gröschl unrühmlich genug betätigt, unter anderem hat er den Pfarrer von Wilfleinsdorf denunziert, worauf dieser von den Nazi zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Als der tapfere Held im Jahre 1945 nach dem Zusammenbruch nach Oberösterreich floh, wurde ein öffentlicher Verwalter eingesetzt. Heuer ist er nun wieder zurückgekehrt und verlangte die Rückgabe der Mühle.

Trotz des Protestes des Gewerkschaftsbundes wurde die öffentliche Verwaltung aufgehoben und Gröschl die Mühle übergeben. Da bei dieser Gelegenheit auch der öffentliche Verwalter von der Gendarmerie verhaftet wurde, kam es in dem Ort zu Unruhen. In diesem Augenblick griff die russische Besatzungsmacht ein, ließ den öffentlichen Verwalter enthaften und einen Haftbefehl gegen den überall, auch von der Österreichischen Volkspartei, als Nazi anerkannten Gröschl, ausstellen. Gröschl flüchtete nach Wien. Es besteht nun die große Gefahr, daß die russische Besatzungsmacht unter dem Hinweis auf die Unfähigkeit österreichischer Behörden bei der Entnazifizierung die Mühle beschlagnahmt. Sie ist die größte und derzeit einzige Handelsmühle im Burgenland. Der

Antrag des Gewerkschaftsbundes, der auch von den beiden Nationalräten des Bezirkes, von der Sozialistischen Partei und von der Österreichischen Volkspartei unterstützt wird, die Gemeinde Wilfleinsdorf bis zur Klärung der Verhältnisse mit der öffentlichen Verwaltung zu betrauen, wird vom Ministerium abgelehnt. Die russische Besatzungsmacht erklärt, daß sie die Mühle nur für die Gemeinde Wilfleinsdorf freistellt und daß sie sofort die Mühle selbst in Anspruch nehme, wenn sie an Gröschl zurückgegeben werden sollte. Der Herr Minister begründete die Aufhebung der Verwaltung damit, daß der frühere Besitzer Gröschl dem Personenkreis des § 4 des Verbotsgesetzes angehöre und daher die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Verwaltung nicht gegeben seien. (Abgeordneter Dr. Pittermann: Ein offenkundiger Kriegsverbrecher!) Ja, es ist halt schwer, wenn man es mit der Auslegung des Wortlautes des Gesetzes so ernst nehmen muß. In diesem Falle sind wir allerdings überzeugt, daß § 2. lit. c) dem Herrn Gröschl direkt auf den Leib geschrieben zu sein scheint.

Nicht immer scheint aber der Herr Minister von solchem Gewissenszwang gequält zu sein, wie der zweite Fall beweist. Die Interessengemeinschaft des Wiener Bäckergewerbes wurde während des Krieges von Nationalsozialisten nur zu dem Zwecke gegründet, um die Hälfte der Aktien der Ankerbrotwerke zu arisieren. Nach dem Zusammenbruch waren diese Nazi flüchtig, die „Ibäck" war hinfällig geworden. Niemand kümmerte sich darum, auch den Bäckern zu glauben, sie wären rechtmäßige Aktionäre der Ankerbrotwerke. Die öffentliche Verwaltung der Ankerbrotwerke schien aber verschiedenen Herren ein Dorn im Auge gewesen zu sein, und man versuchte wiederholt die Aufhebung. Einen Weg dazu glaubte man scheinbar in der Reaktivierung der „Ibäck" gefunden zu haben. Auf eine Eingabe an das Ministerium vom 11. November wurde schon am 15. November, ohne die Vertretung der Arbeitnehmer anzuhören, wie es der § 14 des Gesetzes vorschreibt, und ohne den Bevollmächtigten der früheren Besitzer hiefür heranzuziehen, wie es der § 15 desselben Gesetzes vorschreibt, der öffentliche Verwalter bestimmt, obwohl man nicht sagen kann, daß wichtige öffentliche Interessen vorliegen, wie dies im § 2 verlangt wird. Der öffentliche Verwalter ist Herr Nationalrat Aichhorn von der Österreichischen Volkspartei. Herr Minister Krauland hat die Korrigierung in Aussicht gestellt, bis heute vermissen wir aber einen diesbezüglichen Schritt, obwohl es unseres Erachtens gesetzliche Zweifel nicht geben kann.

Einige weitere Beispiele mögen folgen:

Im Zuge der Erntelandaktion wurden am Küniglberg der Gemeinde Wien, Magistratsabteilung 53, vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Abteilung 4, etwa 33.000 Quadratmeter zur Verfügung gestellt, während sich das Bundesministerium 14.000 Quadratmeter als Pachtgrund für seine Angestellten in der Abteilung 4 behielt.

Die Magistratsabteilung 53 vergab 23.000 Quadratmeter an Einzelpersonen, 10.000 Quadratmeter an die Sozialistische Partei Österreichs, Bezirksorganisation Hietzing. Die Erntelandbesitzer waren gezwungen, in schwerster Rodungsarbeit die erst im Mai 1946 zur Verfügung gestellten Gründe urbar zu machen, bevor an einen Ertrag gedacht werden konnte. Das Ministerium hat im Oktober, obschon die Verfügung des Bürgermeisters von Wien, betreffend Ernteland, nach wie vor in Kraft steht, diese Gründe der Magistratsabteilung entzogen und einer Organisation der Österreichischen Volkspartei in Pacht gegeben. Die Erntelandbesitzer, die also schwerste Arbeit völlig umsonst geleistet haben, da erst im nächsten Jahr mit einem Ertrag gerechnet werden kann, erheben schärfsten Protest. Das Ministerium zeigte sich den verschiedenen Vorsprachen der Magistratsabteilung 53 unzugänglich. Dagegen hat es den Siedlern angeboten, als Subpächter der Organisation der Österreichischen Volkspartei beizutreten. Auf diese Art nützt man die Notlage kleiner Leute zu reiner Parteipolitik aus.

Bei der Firma Hanns Schuh wurde der langjährige Polier und technische Leiter des Unternehmens bei der Einsetzung als öffentlicher Verwalter nicht berücksichtigt, hingegen ein völlig betriebsfremder Rückwanderer aus Polen zum öffentlichen Verwalter bestellt. Seine gesamte Tätigkeit besteht im Inkasso von monatlich 1900 S.

Infolge des Ausscheidens des zweiten öffentlichen Verwalters der Firma Böhler & Co. ergab sich die Notwendigkeit, einen Ersatzmann zu nominieren. Es wurde Direktor Ing. Franz Walch vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde vom Betriebsrat und der Gewerkschaft unterstützt. Obwohl seit der Stellungnahme der Gewerkschaft bereits Monate verstrichen sind, ist die Ernennung des Direktors Walch zum zweiten öffentlichen Verwalter derzeit noch nicht durchgeführt.

Eine wesentlich raschere Arbeit des Ministeriums konnte im Falle der Alpinen Montan-Gesellschaft festgestellt werden, wo Direktor Ing. Oberegger eingesetzt wurde, obwohl dort die entgegengesetzte Stellungnahme

der Gewerkschaft vorlag. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß Ing. Walch als Sozialist gilt, während Ing. Oberegger allen noch aus der Heimwehrzeit der Alpine zur Genüge bekannt ist. (Zwischenruf: Skandal!)

Für die Firma Alfred Curjel, Fahrradgroßhandlung in Wien, wurde in der Person des Herrn Karl Stoll ein öffentlicher Verwalter bestellt, da der Arisseur Alfred Burkhart von Wien abwesend war. Der illegale Alfred Burkhart erstattete gegen den öffentlichen Verwalter Stoll mehrere Anzeigen, und auf Grund dieser Anzeigen, die sich als völlig unbegründet erwiesen, wurde Herr Stoll abberufen und als Zwischenlösung ein Ingenieur Mair zum öffentlichen Verwalter bestellt, gleichzeitig aber die üblichen Anfragen an Gewerkschaft und Kammer gerichtet, um Herrn Burkhart wieder in seine Rechte einzusetzen. Laut Bescheid der Einspruchskommission für den I. Bezirk vom 13. November 1946 wurde Herr Albrecht Burkhart als Illegaler und Gaufachwalter seit 1933 bezeichnet. Die Bestellung des öffentlichen Verwalters Ing. Mair erfolgte gegen den Willen der Gewerkschaft und der Handelskammer. Die Einsetzung des Herrn Albert Curjel, der der Voreigentümer war, wurde trotz mehrmaliger Vorsprache überhaupt nicht in Erwägung gezogen.

Wen kann es wundern, wenn die Arbeiterschaft solche Verwaltungen als einen Hohn auf Recht und Ordnung empfindet. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Sollen die Arbeiter und Angestellten nur immer in der kritischen Zeit ihre Haut zum Markte tragen, um dann, wenn es wieder etwas geheuer ist, untätig zuzusehen, wie eine sich immer wieder sachlich nennende Verwaltung sie von ihrem Mitspracherecht ausschließt und ihnen die alten Faschisten und Deserteure als rechtmäßige Besitzer präsentiert? Wir wollen Herrn Minister Krauland beim Wort nehmen und auch für die Arbeiter und Angestellten beanspruchen, was er im Ausschuß mit solchem Pathos zum Ausdruck brachte, als er sagte: Ich bin der Überzeugung, daß in der Wirtschaft das Entscheidende die Personen sind. Von ihnen hängt die Kraft und Güte einer Wirtschaft ab. Sind sie tüchtig, dann blüht die Wirtschaft, sind sie das nicht, so nützen alle großen Aktionen und Planungen nichts! Herr Minister, das gilt auch für die Arbeiter und Angestellten. Diese Arbeiterschaft hat in ihrer Gesamtheit und im einzelnen bewiesen, daß sie tüchtig ist. Die Personen, die S i e meinen, haben diesen Beweis zumeist erst noch zu erbringen. Wir haben genug böse Erfahrungen mit überragenden Führerpersönlichkeiten, wir haben kein Vertrauen zu ihnen. Die gute Überzeugung, die der Herr Minister von seinem fachlichen Können hat, in allen Ehren, aber wir wollen bei der Auswahl der Männer, die unsere Wirtschaftsunternehmen verwalten sollen, befragt sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Selbst den Schüler prüft ein Kollegium von Lehrern und Professoren. So werden auch die Leiter unserer Wirtschaft nicht Sie, Herr Minister, allein prüfen! (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.)

Das sind Streiflichter aus einigen Abteilungen unserer Vermögenssicherung gewesen. Wir könnten noch mit so manchem krassen Beispiel aufwarten. Wie sieht es nun bei der Erfassung und Verwertung herrenlosen Vermögens aus? Ich habe schon in der Debatte im Budgetausschuß darüber gesprochen.

Einen Fall möchte ich noch einmal aufgreifen, weil er besonders deutlich spricht und nunmehr genaue Unterlagen vorliegen. Aus dem Heeresmagazin in Wilhelmsburg wurde Skimaterial an die Firma Kugler, Wien, I., Bäckerstraße 6 zum Preis von 343.837·52 S durch die Landeshauptmannschaft von Niederösterreich verkauft. Anbote der Firmen Matuschka Wilhelmsburg, und der Naturfreunde St. Pölten auf das gleiche Material im Betrage von 569.000 S und 554.000 S wurden nicht berücksichtigt. Die beiden Anbote auf die wesentlich höheren Beträge datieren vom 25. Mai beziehungsweise vom 14. Juni 1946. Die Firma Kugler hat ihr Angebot erst am 12. August gestellt und die ganze Ware zugesprochen bekommen. Bereits am 11. Juli, also einen Monat früher, versandte die Sektion Handel der Handelskammer für Niederösterreich ein Rundschreiben an ihre Mitglieder, in dem sie bekanntgab, daß eine große Menge Skiausrüstungsgegenstände zur Verfügung steht, die Verteilung dieser Gegenstände erfolgt durch die Firma Kugler, Wien, I., Bäckerstraße 6. (Ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.)

Die Sicherung uns verbliebener Vermögenswerte läßt sehr zu wünschen übrig. Auch darüber ist schon zu wiederholten Malen gesprochen worden. Unseres Erachtens müßten zum Beispiel auch ausländische Ansprüche nicht immer so bereitwillig anerkannt werden, wie dies in manchen Fällen geschieht.

So wäre die Aufhebung der öffentlichen Verwaltung österreichischer Tochtergesellschaften ausländischer Versicherungsgesellschaften wegen der internationalen Verflechtung dieses Geschäftszweiges mit besonderer Vorsicht durchzuführen und insbesondere auf die strenge Einhaltung der Gegenseitigkeit zu achten.

Zum Beispiel sind die österreichischen Guthaben in Italien und in der Schweiz noch immer gesperrt, so daß mit anderen Worten österreichische Unternehmungen in diesen Ländern nicht frei über ihr Kapital verfügen können. Trotz Ablehnung durch den Gewerkschaftsbund und ohne die bezüglich der italienischen Gesellschaften angeforderte allgemeine Stellungnahme des Finanzministeriums zu dieser Frage abzuwarten, wurde die öffentliche Verwaltung über die schweizerischen Versicherungsgesellschaften „Cosmos" und „Zürich" aufgehoben und bei den italienischen Gesellschaften soll sie bevorstehen. So wird doch eine Wirtschaftspolitik dem Ausland gegenüber zunichtegemacht.

Meine bisherigen Ausführungen zeigen, daß die Sektion Vermögenssicherung ihrem Namen noch lange nicht gerecht wird. Auch wir zweifeln nicht, daß die Arbeit an sich schwer ist und sich immer wieder viele Hemmnisse auftürmen. Wir wollen auch gerne glauben, daß nicht alle Beamten dieser Abteilung solch sachliche Verwalter sind wie die, von denen hier gesprochen wurde. Wir können aber keineswegs dem Herrn Minister recht geben, wenn er sagt: Mein Ministerium ist geachtet und gewürdigt, seine Arbeitsleistung wird respektiert. Bis dahin hat es noch gute Weile und viel wirklich sachliche ehrliche Arbeit wird dazu nötig sein.

Besonders gilt diese Tatsache für die Wirtschaftsplanung, oder wie es der Herr Minister ausdrückt, die zusammenfassende Planung und Lenkung der Wirtschaft. Natürlich ist auch uns verständlich, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt schwer ist, auf diesem Gebiet Ersprießliches zu leisten. Unverständlich für uns aber ist, daß konstruktive Gedanken und Vorschläge vom Ministerium überhaupt nicht gekommen sind, sondern solche dort begraben wurden, wenn sie die Wirtschaft an dieses Ministerium heranbrachte. Uns nützen nicht sophistische Aussprüche, daß die staatliche Lenkung vom Minister wohl anerkannt werde, aber über den Grad weitgehende Differenzen bestünden, wenn in dieser Lenkung praktisch nichts unternommen wird. Unseres Erachtens ist es ganz uninteressant, ob Herr Minister K r a u l a n d und sein Ministerium für oder gegen eine staatliche Planung und Lenkung unserer Wirtschaft sind. Das Volk und seine frei gewählte Vertretung haben sich längst dafür entschieden (Beifall bei den Sozialisten), und das Ministerium für Wirtschaftsplanung ist doch für diesen Zweck eigens ins Leben gerufen worden.

Vergeblich fragen wir uns aber, welche gesetzlichen Vorschläge in dieser Sache vom Ministerium ihren Ausgang genommen haben, welche praktischen Maßnahmen vom Ministerium getroffen wurden. Der dem Ministerium bei seiner Bildung vorgeschriebene Planungsbeirat ist bis heute nicht zusammengetreten, angeblich wegen Arbeitsüberbürdung des Ministeriums. Das muß wirklich eine staunenswerte Emsigkeit in dieser Abteilung sein, wenn man mehr als ein Jahr keine Zeit findet, einen vorgeschriebenen Beirat auch nur einzuberufen. Diese Überbürdung ist vielleicht auch der Grund, daß man alle Vorschläge, die aus der Industrie, aus der Wirtschaft selbst kommen und den planmäßigen Aufbau der einzelnen Wirtschaftszweige zum Gegenstand haben, einfach in den Schreibtischladen verschwinden läßt. So ist dies zum Beispiel seit Monaten mit Vorschlägen aus der Elektroindustrie, der Edelstahlindustrie, der Autoindustrie und einer Reihe anderer der Fall. Wohlgemerkt, aus der Industrie und nicht aus Partei- oder Gewerkschaftskreisen, deren angeblichen Dilettantismus man überhaupt ignoriert.

Gleichzeitig aber sagt der Herr Minister wörtlich: In der Planung ist eine entscheidende Voraussetzung, daß die verantwortlichen Wirtschaftsmänner an ihr teilnehmen und brauchbare Pläne aus der Wirtschaft unmittelbar kommen. Das, meine Damen und Herren, ist anders gesprochen als getan, das ist Verhindern dessen, was man vorgibt, tun zu wollen. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Es ist allgemein bekannt, daß der Vorschlag zur Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken nicht vom Ministerium ausging, sondern von den sozialistischen Abgeordneten in diesem Hause. Die starke Verzögerung in der Gesetzwerdung kennen wir, und heute noch werden die größten Hindernisse der praktischen Durchführung vom Ministerium gemacht. Schon einmal habe ich erwähnt, daß für uns der Aufbau unserer Wirtschaft nicht dauernd damit abgetan sein kann, daß der Herr Minister K r a u l a n d ihm geeignet erscheinende Personen zur Leitung bestimmt. Was wir bis jetzt an solchen Vorschlägen für die verstaatlichten Betriebe gehört haben, betrifft fast ausschließlich Gegner einer Planwirtschaft und einer Verstaatlichung. Es hieße den Bock zum Gärtner machen, wenn wir diesem Treiben untätig zusehen würden. Erst soll man uns konkrete Vorschläge über die künftige Rechts- und Organisationsform dieser Unternehmungen machen, und dann werden wir darüber reden, wen wir zur Leitung dieser unserer Unternehmen bestimmen.

Wir lassen uns nicht ständig die notwendigen Maßnahmen in unserer Wirtschaft mit Schlagworten aufhalten, die da sind: „welt-

fremde Ansichten", „auf jeden Fall alles anders machen als bisher", „Sonderinteressen", „Dilettantismus", und so fort. Was das Ministerium bisher auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung geleistet hat, das hat unseres Erachtens mit fachlichem Können und mit Sachlichkeit kaum mehr etwas zu tun. Wieviel an den bisherigen Mißerfolgen der Wirtschaftsplanung Sonderinteressen oder Dilettantismus im Ministerium selbst mitschuldig sind, überlassen wir gerne der Entscheidung des Herrn Ministers. Für unseren Teil fordern wir einen gründlichen Wandel in der Arbeit auf diesem Gebiet, einen wirklichen sachlichen Wandel, der nottut. Dieser kann nicht ersetzt werden durch Ernennungen von Aufsichtsräten, durch die Gründung von zweifelhaften Auffanggesellschaften oder beunruhigende Reden über vermutliche oder notwendige Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung, der Lohn- und Preisbildung. Zu dieser Überzeugung und Methode wird sich das Ministerium und sein Führer, Herr Minister Dr. Krauland durchringen müssen, wenn sie unserer Volkswirtschaft wirklich die richtige Gestalt geben wollen.

Wir glauben gern, daß nur wenig Lust besteht, über dieses Kapitel öffentlich zu diskutieren, wie wir dies im Finanzausschuß hören konnten. Wir haben auch die großspurigen Worte des Bundesministers Dr. Krauland gehört: Politischem Druck werde ich nie weichen. Solche und ähnliche Aussprüche klingen uns aus nicht zu ferner Zeit in den Ohren. Das klägliche Ende derer, die sie machten, ist uns auch noch in frischer Erinnerung. Darauf wollen wir heute nur eines antworten: Wir werden solange alle Unzulänglichkeiten dieses Verwaltungszweiges öffentlich diskutieren und allen politischen Druck, den die Demokratie vorsieht, anwenden, bis es eine wirkliche Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung gibt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

*

Präsident Dr. **Gorbach** übernimmt den Vorsitz.

Abg. **Aichhorn:** Hohes Haus! Das Kapitel Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung zerfällt in zwei große Gruppen, die schon durch den Namen bezeichnet sind. Nach den Angaben des Herrn Berichterstatters und den Ansätzen des Finanzgesetzes entfallen von den etwas über 7 Millionen an Sachausgaben fast 3 Millionen auf die Wirtschaftsplanung. Wir sehen also aus den Gesamtausgaben, daß dieses Ministerium zu den billigsten zählt, und es trifft auch hier der bei uns übliche Satz zu: Wenig Geld, wenig Musik.

Zur Vermögenssicherung ist zu sagen: Als erstes entscheidendes Gesetz in diesem Jahr haben wir das Verwaltergesetz im Hohen Hause angenommen und damit die Möglichkeit geschaffen, der zwar soeben vom Kollegen Waldbrunner auf das entschiedenste widersprochen wurde, die in Betracht kommenden Vermögen auf Grund einer gesetzlichen Regelung zu verwalten und dadurch den Zustand zu beseitigen, daß es Fälle gab, in denen Verwalter in Lokalen einzelner Parteien, zum Beispiel in Ortsgruppenlokalen, eingesetzt wurden. Es gibt Fälle, in denen ein öffentlicher Verwalter, den die Gewerkschaften allein eingesetzt haben, auch heute noch im Amte ist, und es gibt sogar einen Fall, wo zum Beispiel ein Zuckerbäcker, nur weil er der Gewerkschaft nahe steht, damit schon die volle Voraussetzung erfüllte, um einen leitenden Posten in einem ganz großen Eisenwerk innezuhaben.

Mein Herr Vorredner hat aus dem Anlaß der Besetzung der Verwalterposten auch mich genannt. Da muß ich eines vorwegnehmen. Herr Ing. Waldbrunner hat eine Reihe von Verwaltern aufgezählt, die nicht tragbar erscheinen sollen, weil sie Beamte des Ministeriums sind, und hat besonders die Bezüge hervorgehoben, die diese Herren für sich in Anspruch nehmen. Es erweckt daher den Anschein, als wäre in erster Linie die materielle Sache das Um und Auf der Besetzung eines solchen Postens und nicht die ureigenste Aufgabe, die wirkliche Interessenvertretung, von Bedeutung. Es wurde über meine Einsetzung als öffentlicher Verwalter der „Ibäck" gesprochen, und Herr Ing. Waldbrunner hat schon seine Bemerkungen im Ausschuß dahingehend korrigiert, daß es sich nicht um den öffentlichen Verwalterposten der Ankerbrotfabrik sondern lediglich der „Ibäck" handle. Ich möchte eines im voraus sagen. Es war niemals die Absicht, weder der Vertreter der Bäcker noch meine persönliche, mich als öffentlichen Verwalter der Ankerbrotfabrik einzusetzen, obwohl ich vielleicht behaupten dürfte, die fachlichen Voraussetzungen dafür zu besitzen (lebhafte Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei), weil es wohl niemand abstreiten kann, daß ich den Beruf des Bäckers erlernte und zufälligerweise acht Jahre lang in jenem Betrieb als Arbeiter beschäftigt war. Ich darf annehmen, mehr fachliche Voraussetzungen als jener öffentliche Verwalter zu besitzen, der aus einer Krankenkassenverwaltung hervorgegangen ist und der seine fachliche Voraussetzung mit dem Parteibuch der Sozialistischen Partei belegt. (Rufe: Hört! Hört!) Es war aber dieser Posten nie-

mals angestrebt, und es ist ganz falsch, wenn erklärt wird, daß von Seiten der Bäcker irgendwelche Angriffe gegen jenen Verwalter unternommen worden wären oder beabsichtigt sind. Dagegen muß hier einmal klar gesagt werden, daß das Wiener Bäckergewerbe selbst niemals auch nur einen Teil der Aktien arisiert hat. Es geht nicht um das Interesse eines einzelnen, und ich glaube, man kann sagen, daß nach § 2 des Verwaltergesetzes wohl die Interessen eines Teiles der Öffentlichkeit hier in Frage stehen, weil es sich um über 500 gewerbliche Bäcker handelt, die daran beteiligt sind und die ihr mühsam erspartes Geld hiefür opfern mußten. Denn die Übertragung dieses Aktienpaketes der Ankerbrotfabrik, das aus dem Besitz der Frau Bettina Mendl stammt, erfolgte nicht freiwillig und wurde von dieser Berufsgruppe nicht angestrebt, sondern ich muß in Erinnerung bringen, daß zum damaligen Zeitpunkt der Gauleiter Bürckel den Brotpreis unter das Existenzminimum herabgesetzt und erklärt hat, daß dafür eine Entschädigung in der Form getroffen werden soll, daß die Bäcker die Möglichkeit haben, sich an dieser Fabrik zu beteiligen, daß gleichzeitig ins Auge gefaßt werde, diesem Betrieb die seinerzeit eingestellte Weißgebäck-Erzeugung wieder zu gewähren und die Bäcker in Form einer Weißgebäckumlage für ihre schweren Verluste zu entschädigen.

Um nicht irgendwie in ein falsches Licht zu kommen, betone ich, daß ich mich selbst dabei nicht beteiligt habe, also als öffentlicher Verwalter nicht mein eigenes Interesse vertrete, sondern lediglich die Interessen meiner Berufskollegen, die niemals auch nur einen einzigen Groschen, weder an Zinsen für das Aktienpaket noch sonst in irgendeiner Form einen Groschen der ihnen zugesagten Weißgebäckumlage erhalten haben. Nun ist die Frage aufzurollen: Sind diese 1,800.000 S, die den gewerblichen Bäckern abgepreßt wurden, nicht wert, daß man die Interessen dieser Berufsgruppe vertritt? Als im Innungsvorstand diese Frage aufgerollt worden ist, wer die Verwaltung der „Ibäck", der Interessengemeinschaft der Bäcker, die dieses Aktienpaket verwaltet, übernehmen sollte, ist nun nach einem Beschluß des Vorstandes, dem auch der sozialistische Innungsmeister-Stellvertreter angehörte, mit dessen Zustimmung an mich das Ersuchen gerichtet worden, diese Verwaltung zu übernehmen. Ich habe damals erklärt, ich sehe in diesem Verwalterposten keinesfalls die Absicht oder die Möglichkeit, irgendwelchen materiellen Nutzen zu ziehen, sondern ich betrachte es als eine vollkommen ehrenamtliche Tätigkeit im Interesse der Berufskollegen. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Es wurde darüber hinaus sofort, noch ehe das Ersuchen an das zuständige Ministerium geleitet wurde, unsere zuständige Gewerkschaft von diesem Beschluß telephonisch verständigt und um ihr Gutachten befragt. Es war die Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaft, die sofort erklärte, es wäre klar, daß sie in diesem Belang mit der Bäckerinnung gehe. Ich werde später noch darauf zurückkommen, warum die Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaft sofort und spontan diese Zustimmung gegeben hat. Es ist mir aber auch bekannt, daß von Seiten des Ministeriums eine Anfrage an die Arbeiterkammer, an den Herrn Präsidenten Mantler gerichtet wurde, daß darauf aber der Bescheid gekommen ist, daß er dafür nicht zuständig wäre. Warum die plötzliche Einsetzung der Verwaltung vorgenommen wurde, kann ich Ihnen leicht erklären: Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß am 16. November dieses Jahres die gesetzliche Frist zur Abgabe der Anmeldung nazistischer Vermögen abgelaufen ist und daß niemand da war, der diese pflichtgemäße Handlung hätte vornehmen können. Deshalb war es notwendig, hier einen Verwalter zu bestellen, nicht aus besonderem Interesse, um irgendwelche Vermögensverschiebungen vorzunehmen, sondern lediglich, um einer gesetzlichen Pflicht zu genügen.

Ich glaube, damit über dieses Kapitel der öffentlichen Verwaltung genug gesagt zu haben. Es ist doch begreiflich und es wundert mich nicht, daß hier Stimmen laut geworden sind, die sich heute gegen die Einsetzung eines öffentlichen Verwalters wehren, wenn, wie ich schon einmal sagte, nicht der ideelle Grund die Voraussetzung dafür ist, sondern materielle Interessen in den Vordergrund geschoben werden.

Nun wollen wir zum zweiten Kapitel unseres Ministeriums, der Planung, schreiten, und da möchten wir dazu kurz allgemein Stellung nehmen. Warum ist gerade in letzter Zeit der Wunsch nach besonderer Planung, nach Wirtschaftsführung besonders akut geworden? Es haben sich Fälle ergeben, daß Rohmaterialien zu Luxuswaren verarbeitet wurden, die anderseits für notwendige Gebrauchsgüter hätten verwendet werden sollen. Dazu möchte ich als gewerblicher Vertreter folgendes erklären und Sie bitten, einen kleinen Umstand zu betrachten, zunächst von der Seite des Arbeitnehmers her:

Der Arbeitnehmer, der heute auf seinem Arbeitsplatz versucht, möglichst Ruhepausen

einzuschieben, die über das Ausmaß seiner Zuständigkeit hinausgehen, die vielleicht auf Grund seiner physischen Erschöpfung sogar notwendig geworden sind, wird diese Ruhepausen also dazu benützen, um sich wieder in den physischen Stand zu versetzen, seine Arbeit zu leisten, er wird diese Ruhepausen aber vielleicht auch manchmal darüber hinaus durch ein gewisses unbewußtes Trägheitsmoment über das unbedingt notwendige Maß hinaus verlängern. Ein vernünftiger Betriebsführer wird die Leute also darauf aufmerksam machen müssen — allerdings nicht etwa in einem rüden Ton —, sich ihrer Pflicht zu erinnern, da ja doch durch eine solche Ausdehnung der Ruhepause die Arbeitsleistung der eigenen Kollegen übermäßig in Anspruch genommen wird.

Nun wollen wir diese Situation einmal auf dem gewerblichen Sektor beobachten. Auch in einzelnen gewerblichen Betrieben sehen wir heute, wenn wir versuchen, uns einen solchen Betrieb als physische Person zu vergegenwärtigen, daß sie gewissermaßen einem Erschöpfungszustand nahegekommen sind. Es ist also begreiflich, wenn Versuche gemacht werden, wieder zum Rechten zu kommen und die wirtschaftliche Grundlage, die Existenzmöglichkeit, durch Leistungen zu sichern. Unbewußt — es muß nicht unbedingt Profitgier sein — kann also ein solches Leistungsbedürfnis, das eben auf Grund des Willens zur unbedingten Existenzsicherung entsteht, dazu führen, daß Dinge erzeugt werden, die heute deshalb nicht tragbar sind, weil sie mit der Not der Allgemeinheit nicht vereinbarlich sind. In solchen Fällen haben wir aber nicht mehr die Aufgabe, diese einzelnen Gewerbetreibenden zur Abstellung aufzufordern. Ich will von den Ergüssen der „Volksstimme“ und den Apostrophierungen absehen, in denen der Ausdruck „Verbrecher“ noch „Gentleman“ gleichkommt, solche Fälle wurden „in ganz dezenter Weise“, zum Beispiel von Dr. Migsch mit ungebührlicher Aufmachung in die Öffentlichkeit getragen. Bei den hier aufgezeigten Fällen muß also eine Planung und Lenkung der Erzeugung in Form einer vom Staat ausgeübten Kontrolle einsetzen, die wir gewiß voll vertreten werden.

Planung aber als staatlicher Machtbereich, Planungen, wie wir sie vielleicht in der Wirtschaftsführung des staatlich gelenkten Betriebes, etwa unseres Tabakmonopols sehen, müssen uns zu äußersten Bedenken veranlassen, denn wenn wir heute überlegen, daß dort die Gewinne auf Grund einer „Wiederaufbauzigarette“ erzielt werden, so müssen wir uns doch auch darüber klar sein, daß hier ein großer Wirtschaftsapparat etwas tut und Gewinne nur durch eine Maßnahme erzielt, die dem einzelnen kleinen Mann versagt bleibt, denn was würden wir alle und was würde die „Volksstimme“ sagen, wenn der kleine Lebensmittelhändler, der ausgebombt wurde und seinen Betrieb notdürftig aufrecht erhält, die ihm zur Verteilung übergebenen Erbsen als „Wiederaufbauerbsen“ verkaufte? (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.)

Nun sehen Sie, es gibt noch eine dritte Planungsform, die große Planung, die durchaus staatliche Lenkung, die vielleicht auf dem Machtbereich einer einzigen Partei aufgebaut ist. Es wurden gestern hier von Dr. Koref Worte eines Vortrages des Herrn Dr. Dobretsberger zitiert, wohl deshalb, weil sie anscheinend die Österreichische Volkspartei treffen sollten. Es wurde davon gesprochen, daß die Vergesellschaftlichung nicht der Grundpfeiler einer staatlichen Gesellschaftsordnung sein könne und daß Verstaatlichung nicht Weltanschauung sein dürfe. Nun sehen Sie, ich habe daraufhin, ich sage es ehrlich, gestern abends diese Ausführungen Dr. Dobretsbergers zum erstenmal studiert und muß Ihnen hier sagen, daß ich als reiner Praktiker in der Politik diese Ausführungen nicht widerspruchslos annehmen kann. Doch stehe ich nicht hier, um Dr. Dobretsberger zu zitieren oder auch ihm zu widersprechen, nur möchte ich anführen, daß jener Dr. Dobretsberger, der hier zitiert wurde, in diesen Ausführungen auch erklärt hat (liest): „Um eine planvolle Lenkung in diesem Staate vornehmen zu können, wären zwei Dinge unbedingt notwendig: erstens die volle Souveränität in den Produktionsmitteln und den Produkten für unser Land, die volle Souveränität in der Kontrolle der Einfuhr und Ausfuhr der Güter, und zweitens, um der ersten Phase dieses Planes gerecht zu werden, entsprechende Warenkredite, um so zu einer endgültigen Planung kommen zu können.“ (Ruf bei den Sozialisten: Vergessen Sie den ernsten Willen nicht!) Den ernsten Willen zur Planung will ich Ihnen sofort näher erläutern. Es muß aber eines vorweggenommen werden. Wenn Dr. Dobretsberger sagt, daß diese volle Souveränität eine unbedingte Notwendigkeit ist, so brauchen wir doch hier wohl über die Hindernisse nicht näher zu sprechen. Es ist uns doch allen klar, wenn wir hier in unserer Situation in Österreich zu dem Mittel einer geheimen Sitzung Zuflucht nehmen müssen, dann muß dies doch eindeutig die Ohnmacht in diesem Staate offenbaren. (Zustimmung bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei. — Zwischenrufe.)

Und zum Willen zu dieser großen Planung: Wir haben Planungen gesehen, wie sie in anderen Ländern gestaltet worden sind, Planungen, die uns zeigen, wie wir offen und ehrlich mit ehrfürchtigem Erstaunen feststellen können, was alles die Völker in diesen Ländern geleistet haben. Nehmen wir nur einmal zu diesem Problem und zum Vergleich die Planung im großen sowjetrussischen Reich als Beispiel und denken wir an die Zeit des ersten Fünfjahresplanes: Es ist Gigantisches für dieses Reich geleistet worden! Trotz Hunger und spärlichster Zuweisung von Lebensmitteln wurden aber damals zu Dumpingpreisen hier bei uns in Österreich russische Nahrungsmittel, Fischkonserven und sogar Getreide verkauft. Das heißt also, daß zu einer solchen Planung Bestimmungen getroffen werden müssen, die über die Freiheit und die Rechte des einzelnen auf persönliche Freiheit hinausgehen.

Und wenn wir heute den Wunsch nach großer Planung hören, dann müssen wir uns doch darüber klar sein, daß ein Moment hier ins Auge fällt, daß es in einer Berufsparte Tausende von Arbeitslosen gibt, während auf der anderen Seite tausende Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, weil die Arbeitskräfte hiezu fehlen.

Bei einer solchen sinnvollen, großen Planung, die Österreich zugutekommen sollte, wäre es also notwendig, über die Rechte des einzelnen hinwegzusehen und ihn, ohne Rücksicht darauf, was er von Beruf ist, radikal dort einzusetzen, wo er eben gebraucht wird, wie wir es ja selber sieben Jahre lang in diesem Staate erlebt haben. Dazu muß aber doch gesagt werden: Wir wollen nicht auf dieses System zurückgreifen, denn wäre das dann noch Demokratie? Meine Damen und Herren! Wir wollen auch dann nicht zu diesen Methoden greifen, wenn vielleicht eine Linkspartei ihre Pläne darauf aufbauen möchte.

Wir hören aus diesen Planungswünschen den Wunsch nach Verstaatlichung heraus. Die Verstaatlichung wurde selbst in der Regierungserklärung unseres Kanzlers besonders im Hinblick auf die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien betont, eine Verstaatlichung, die wir ja auf Grund unseres Verstaatlichungsgesetzes bereits durchgeführt haben, das aber leider noch nicht Rechtskraft erlangt hat. Die Ursache liegt aber auch nicht in einem Versagen des zuständigen Ministeriums, sondern in den bekannten Umständen, über die ja wohl allgemein gesprochen wird und die wir in der Geheimsitzung zur Genüge kennengelernt haben.

Wenn nun der Vorwurf erhoben wird, daß zur Frage der Verstaatlichung noch kein Plan über die Führung der Betriebe getroffen wurde, daß nicht entschieden und nicht geklärt ist, wie solche Betriebe verwaltet und geleitet werden sollen, dann können wir wohl eines annehmen: Der Herr Minister hat erklärt, daß für solche Stellen Menschen ins Auge gefaßt werden sollen, die die fachlichen Voraussetzungen und die Eignung dazu besitzen. Ich glaube, eines vorwegnehmen zu dürfen: Bei diesen Unternehmungen wird sich bestimmt ein Direktorposten finden, der gut dotiert sein wird und für den die fachlichen Voraussetzungen eines Ex-Gesandten genügen werden, denn darum geht es ja in erster Linie bei diesen Wünschen! (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialisten. — Rufe: Das ist die Mentalität der Volkspartei! So schaut die Demokratie bei Ihnen aus! Unerhört! Unglaublich! Das ist eine Herausforderung der Arbeiterschaft! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Meine Herren! Es freut mich, Sie in Ihrem Innersten getroffen zu haben! (Fortgesetzte stürmische Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Sehen Sie, meine Herren, als die Anschuldigungen des Herrn Ing. Waldbrunner wegen meiner Berufung als öffentlicher Verwalter erfolgten, da blieb die Österreichische Volkspartei ganz stumm. Sie hat es mir überlassen, mich selbst zu vertreten. Warum regen Sie sich in diesem Moment nun so auf? Wenn wir aber doch über die Verstaatlichung weitersprechen wollen (Rufe: Hören Sie auf, Sie haben ja gar nicht die Absicht!), so muß gesagt werden: es wurde hier bereits erklärt, daß eine Verstaatlichung durchgeführt werden soll und daß interessanterweise, so scheint es mir, in erster Linie für sie die Frage geregelt sein müsse, wie diese Betriebe verwaltet und besetzt werden sollen; es hat aber merkwürdigerweise noch niemand gefragt, wie dieses Österreich diese Betriebe bezahlen wird. Wir müßten uns doch heute im Klaren sein, daß in erster Linie die Geldmittel aufgebracht werden müssen, um den armen Bombenbeschädigten ihren Besitz wenigstens zum Teil wieder zu vergüten, und da befremdet es mich, daß es heute bereits neue Verstaatlichungswünsche gibt.

Ich möchte noch einige Worte zu dem Antrag Ihrer Fraktion auf Verstaatlichung der Lebensmittelindustrie sprechen. Ich werde mich so kurz fassen wie möglich, damit Sie unsere Einstellung in dieser wichtigen Frage kennen lernen. Für die Verstaatlichung wurde immer Lueger als Beispiel angeführt, Lueger, der Volksbürgermeister, der kommunalisierte, was ja der Verstaatlichung gleichkommt. Aber es wurde niemals betont, daß die Verhältnisse damals anders waren als

jetzt, da der Wunsch nach Verstaatlichung der Lebensmittelindustrie ausgesprochen wird. Als Lueger kommunalisierte, lag es mit den Verkehrsbetrieben, mit der damaligen Straßenbahn wohl mehr als im argen.

Präsident Dr. **Gorbach**: Die Zeit des Redners ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Abg. **Aichhorn** (fortsetzend): Ich will mit zwei Sätzen enden. (Rufe: Es ist Zeit!) Das glaube ich Ihnen gerne, weil ich den Beweis erbracht hätte, daß das Gewerbe, das hier verstaatlicht werden soll, ein soziales Empfinden an den Tag gelegt hat, das vielleicht beispiellos in Österreich dasteht, und daß hier eine Industrie gestützt werden soll, die es wagte, den Brotpreis auf 59 Groschen zu setzen, während das Gewerbe einen Preis von 57 Groschen verlangt hat. Wenn die Verstaatlichung nicht im Interesse des Volkes und des einzelnen gelegen sein kann, sondern im Parteiinteresse gelegen sein soll, wenn es sich nur um die Machtstellung einer Partei handelt, dann wird sie und muß sie von uns im Volksinteresse jederzeit abgelehnt werden! (Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. **Probst**: Hohes Haus! Ich möchte mich nicht mit allgemeinen Fragen, die das Ministerium betreffen, sondern mehr mit einer Spezialfrage beschäftigen. Aber es ist mehr als eine Spezialfrage, trifft es doch ein wichtiges politisches Kernproblem unseres Staates. Ich werde dies nicht mit einem so großen Stimmaufwand wie mein Vorredner tun und möchte nur einige Erklärungen dazu geben, warum gerade wir immer wieder darauf aufmerksam machen, daß noch immer ein Gesetz fehlt, das von Seiten der Regierung, vom Bundeskanzler und von Seiten des Herrn Ministers oft versprochen worden ist, der scheinbar heute keine Zeit hat, die Abgeordneten des Parlaments anzuhören, wenn sein Ministerium zur Sprache gebracht wird.

Es handelt sich hier darum, daß wir seit eineinhalb Jahren darauf warten, daß ein gesetzlicher Zustand herbeigeführt wird, der es ermöglicht, daß wir das im Jahre 1934 den Arbeiterorganisationen geraubte Eigentum wieder zurückbekommen. (Beifall bei den Parteigenossen.) Es handelt sich hier nicht um eine Wiedergutmachung. Das lehnen wir ab. Es handelt sich hier darum, daß ein Unrecht gutgemacht wird. In dem § 10 des Vereins-Reorganisationsgesetzes steht, daß Vereinigungen, die wieder erstehen, keinerlei Ansprüche auf ihr früheres Eigentum haben. Aber wir müssen auch hier sagen: es handelt sich hier nicht um die Rückgängigmachung von erzwungenen Rechtsgeschäften, wie es vielleicht für die anderen Wiedergutmachungsfälle zutrifft, sondern hier handelt es sich darum, daß etwas zurückgegeben wird, was durch Rechtsvorschriften weggenommen wurde, die kein Parlament im Jahre 1933 erlassen hat, sondern eine illegal zustandegekommene Behörde, die demokratische Organisationen, Arbeiterorganisationen verboten und Beschlagnahmungen verfügt hat. Darum geht es hier. Und ich betone noch einmal: ein solches Gesetz fehlt uns, obwohl schon einige Male ein solches Gesetz versprochen worden ist. Hier wollen wir weiter feststellen: dieses Vermögen, das sich in drei Hauptgruppen gliedert: Arbeitervermögen, Gewerkschaftsvermögen und Genossenschaftsvermögen, ist nicht vom Naziregime weggenommen worden, sondern dieses Vermögen ist vom österreichischen Staat durch österreichische Behörden weggenommen worden! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.) Auch kann hier nicht behauptet werden, was sonst immer wieder dazu führt, daß diese Fragen hinausgeschoben werden: Gutgläubigkeit bei solchen Rechtsgeschäften und dergleichen mehr. Gutgläubigkeit kann für uns kein Grundsatz werden. Sie kann hier nicht angewendet werden, wenn es sich um die Entziehung und die Beschlagnahmung von politischem Vermögen handelt.

Ich möchte hier zwei kleine Fälle, die für uns aber sehr wichtige Fälle sind, zur Illustration anführen. Ein erster kleiner Fall, der zeigt, wie hier versucht wird, die Dinge zu vermengen und immer wieder hinauszuschieben. Er soll zugleich auch, wie wir zugeben, die Kompliziertheit der Frage erkennen lassen. In Landskron bei Villach hatten wir einstmals ein Kinderfreundeheim. Dieses Kinderfreundeheim wurde im Jahre 1934 uns entzogen und beschlagnahmt. Die Organisation war verboten, sie bestand nicht mehr. Dieses Kinderheim wurde im Jahre 1934 der Caritas überwiesen, den Franziskanern. Im Jahre 1938 wurde dieses Kinderfreundeheim den Franziskanern, der Caritas, durch die NSV wieder abgenommen. Jetzt im Jahre 1945 wurde dieses Kinderfreundeheim nicht den Kinderfreunden zurückgegeben, sondern der Caritas. Und als man doch gesehen hat, daß das irgendwie unzulässig ist, hat man gesagt, vielleicht kann man hier ein kleines Kompensationsgeschäft erledigen, in der Weise, daß man dieses Heim, das allerdings zum Teil zerstört ist, den Kinderfreunden zurückgibt, mit dem Bemerken, daß dort geistliches Personal verwendet werden soll! (Ironische Heiterkeit.) Das ist der eine Fall. Hier handelt es sich um ein Heim der Kinderfreunde, das zum Teil mit Kinder-

groschen aufgebaut wurde, mit der Mühe und dem Schweiß von Eltern.

Ein zweiter Fall ist die Druckerei Kiesel in Salzburg. Diese Druckerei Kiesel war ein Privatunternehmen. Im Jahre 1945 wurde vereinbart, daß die Sozialistische Partei Salzburgs sowie auch die Kommunistische Partei Salzburgs dort ihre Broschüren, Druckblätter und vor allem ihre Zeitungen drucken lassen kann. Dieses Privatunternehmen wurde dann durch die Amerikaner unter Vermögenskontrolle gestellt. Es wurde durch sie ein öffentlicher Verwalter bestellt, in der Form, daß sich ein gewisser Kommerzialrat Funder als öffentlicher Verwalter dort vorgestellt hat. Dieser Kommerzialrat Funder war jener Mann, der im Jahre 1934 die frühere sozialistische Druckerei „Graphia" liquidiert hat. (Ruf: Arisiert hat!) Der Mann hat gesehen, was hier los ist — amerikanische Kontrolle! — er hat eingesehen, daß hier anscheinend ein Unrecht begangen wird, und ist von seiner öffentlichen Verwaltung zurückgetreten. Dann wurde eines schönen Tages in der Form eines ehemaligen Nazi ein neuer öffentlicher Verwalter bestellt. Er ist nicht recht zum Zug gekommen. Man hat eingesehen — infolge von Einsprüchen —, daß das nicht möglich ist. Anschließend an diesen ehemaligen Nazi ist ein gewisser Herr Braun aus Wien zum öffentlichen Verwalter bestellt worden. Dieser Mann war ehemals leitender Funktionär einer Wiener christlichsozialen Druckerei.

Und jetzt fragen wir uns: Ist hier nicht ein Unrecht gutzumachen, wo die Eigentümer, unter denen mehrere Nazi waren, und die ehemalige Druckerei nicht mehr vorhanden ist, weil Herr Funder im Jahre 1934 die Maschinen ins Ausland verkaufte und vom ganzen Vermögen nichts mehr da ist? Wäre es nicht richtig, daß man uns wenigstens diese Druckerei in öffentliche Verwaltung übergibt? Und ich sage auch hier und erinnere den Herrn Minister, daß in den Sitzungen des Ausschusses für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung einige Male gesagt und erklärt worden ist: wir geben jene Unternehmungen und dergleichen in öffentliche Verwaltung, wo ein ähnliches Unrecht wieder gutzumachen ist. Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Weder ein öffentlicher Verwalter von uns wurde bestellt, noch hat bisher das Ministerium diese Druckerei in irgendeine Kontrolle von unserer Seite gegeben. Bis jetzt hat natürlich die Salzburger Landesregierung ihre Zustimmung zur öffentlichen Verwaltung nicht gegeben und wird sie auch nicht geben können, weil es absolut unmöglich ist, uns in einem solchen Falle zu übergehen, und nicht daran zu denken ist, daß wir in Salzburg einstmals eine Druckerei verloren haben und hier eine Druckerei vorhanden wäre, deren öffentliche Verwaltung man uns wenigstens geben könnte, wenn man sie schon nicht in unser Eigentum zurückgeben will. Das ist der Fall Kiesel, der in letzter Zeit auch in der Presse behandelt wurde.

Wir fragen uns und wir gehen noch viel weiter, ob wir das in unser Gesetz hineinnehmen wollen. Wir haben vor Monaten, und zwar im Jänner 1946 — es wird bald ein Jahr her sein — einen Initiativantrag eingebracht, in dem die Sozialistische Partei die Rückgabe des ehemaligen Arbeitereigentums fordert. Es war bisher nicht möglich, im Ausschuß für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung diesen unseren Antrag zu verhandeln. Immer neue Gesetze werden eingebracht, aber keines dieser Gesetze ist auch erledigt worden. Und im sogenannten zweiten Rückstellungsgesetz, das auch wieder im Ausschuß für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung zurückgestellt worden ist, war der Passus enthalten — mit unserer Zustimmung —, daß die Rückstellung des Vermögens aus den Jahren 1933 bis 1938 durch ein besonderes Gesetz geregelt wird.

Jetzt hat das Ministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, und es ist ein sehr sonderbarer Gesetzentwurf, und wir sagen auch hier, es ist gar nicht notwendig, diesen Gesetzentwurf im Ausschuß einzubringen. Es ist absolut unmöglich, ein Gesetz einzubringen, das im wesentlichen die Rückgabe des Eigentums von 1933 bis 1938 beinhaltet, und es zu verknüpfen mit der Rückgabe von Eigentum der ehemaligen christlichen Gewerkschaften, das diesen im Jahre 1938 durch die Nazi weggenommen worden ist.

Wir erklären auch hier, wir haben gar nichts dagegen, wenn auch den ehemaligen christlichen Gewerkschaften das, was ihnen im Jahre 1938 weggenommen worden ist, wieder zukommt. Wir wollen aber nicht, daß in einem solchen Gesetz das als das Wichtigste hingestellt wird; das lehnen wir ab. Wir wollen nur, daß vom Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung so rasch wie möglich ein Gesetz über die Rückgabe des Arbeitervermögens eingebracht wird.

Hier ist ein großes Unrecht wieder gutzumachen. Ich will gar nicht Details anführen, um welche Beträge es sich hier handelt. Ich will Ihnen, Hohes Haus, nur mitteilen — es ist sehr schwer, Berechnungen anzustellen —, daß das geschätzte Vermögen der freien Gewerkschaften ungefähr 60 bis 70 Millionen Schilling beträgt und daß das Vermögen der Genossenschaften bedeutend größer ist, daß

das Vermögen der Arbeiterorganisationen in die Dutzende und Aberdutzende von Millionen geht. Es wurden damals im Jahre 1934 nicht mehr und nicht weniger als 96 Vereine, Vereinigungen und Gewerkschaften aufgelöst und ihr ganzes Barvermögen sowie auch ihr unbewegliches Vermögen in die Hand des österreichischen Staates genommen, und nicht als deutsches Eigentum von den Nazi reklamiert. Auch hier wollen wir, und zwar nach beiden Seiten hin, sagen, daß wir diese Frage nicht mit anderen Eigentumsfragen verknüpfen wollen, obwohl wir bei dieser Rückgabe die Vermögen der Kommunistischen Partei miteinbezogen haben. Wir lehnen es aber ab, daß dies, so wie es im Budgetausschuß gesagt wurde, eine Angelegenheit der Kommunistischen und Sozialistischen Partei wäre, oder nach dem neuen Gesetzentwurf des Ministeriums eine Angelegenheit zwischen uns und den Angehörigen der ehemaligen christlichen Gewerkschaft. Wir sagen auch hier, daß damals, als die sogenannte Einheitsgewerkschaften — nicht mit „z" geschrieben — im Jahre 1934 gegründet wurden, die christlichen Gewerkschaften wohl beigetreten sind, aber vorher christlichen und katholischen Kulturvereinigungen ihr Eigentum überantworteten und daß ihr Eigentum also hier nicht dabei ist.

Wir haben große Geduld gezeigt, und nach eineinhalb Jahren wäre es nur recht und billig, daß das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hier vorwärts kommt. Wir sagen und erklären noch einmal öffentlich: lostrennen von allen Fragen der Wiedergutmachung, lostrennen vom deutschen Eigentum! Das Ministerium würde gut daran tun, diesen Gesetzentwurf erst gar nicht im Ausschuß für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung einzubringen. Er ist für uns indiskutabel. Wir werden aber in nächster Zeit um so dringender verlangen, daß unser Antrag im Ausschuß verhandelt wird. Wir haben große Geduld gezeigt und sagen jetzt, diese Forderung ist eine wichtige für uns und sie wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. **Grubhofer:** Hoher Nationalrat! Man muß hier hören und zur Kenntnis nehmen, daß etwa gerade nur eine Seite dieses Hauses in den damaligen Jahren der Zeitenwende Vermögen verloren hätte. Wir sagen aber, auch die christliche Arbeiterschaft hat damals ihr Vermögen verloren, und auch wir fordern mit vollem Recht dieses Vermögen zurück. Und es ist absolut nicht so, daß vielleicht diese damaligen christlichen Gewerkschaften oder diese Einheitsgewerkschaft das Vermögen der freien Gewerkschaften übernommen und in die Luft hinausgeblasen hätten, sondern sie war auch Hüterin dieses Vermögens, und erst im Jahre 1938 haben dann die Nationalsozialisten dieses Vermögen für sich beansprucht und beschlagnahmt.

Ich möchte zu etwas anderem übergehen und gerade zum Kapitel Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung sagen: Die Vermögenssicherung betrifft die Sicherung eines ganz kostbaren Schatzes für uns Österreicher. Man konnte in letzter Zeit sehr viel über den österreichischen Goldschatz hören, den uns der Nazismus geraubt hat. Es haben die Hohen Alliierten Versprechen abgegeben, gerade diesen Goldschatz, zum Teil wenigstens, wieder zurückzugeben. Wir verzeichnen diese Versprechen dankbarst, aber wir bitten gerade von diesem Forum aus die alliierten Mächte inbrünstig, sie möchten diesen Versprechen endlich einmal die Tat folgen lassen.

Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung: Gerade diese zwei Begriffe werden vielfach da und dort in Programmen anders ausgelegt. Der eine Teil dieses Hauses und auch ein Teil des österreichischen Volkes sieht die Verstaatlichung als Alleinheilmittel für die Wirtschaftsgesundung und für eine soziale Besserstellung an. Hiezu ist grundsätzlich zu sagen, daß der Beweis hiefür noch nicht aufliegt. Wird der Staat zum Eigentümer der gesamten Wirtschaft gemacht, dann kann man nicht mehr von einer Ablösung des Kapitalismus sprechen, sondern dann ist der Staat Kapitalist ersten Ranges. Unserer Ansicht nach hat aber der Staat andere Aufgaben, er hat die Wirtschaft zu beaufsichtigen und zu lenken. Nach unserer Ansicht ist es erste Aufgabe des Staates, als Gemeinschaft des Rechtes dafür zu sorgen, daß er mittels seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung die Grundrechte jedes Menschen ohne Rücksicht auf seine soziale und wirtschaftliche Stellung wahrt. Wenn aber von staatlicher Lenkung der Wirtschaft gesprochen wird, dann sind wir nicht der Ansicht, daß es hiezu der Verstaatlichung der Gesamtwirtschaft bedarf. Wirtschaftsplanung heißt unseres Erachtens nicht Ausschaltung der Privatwirtschaft und der Privatinitiative, sondern sie in die richtigen Bahnen zu lenken und dort zu halten.

Ich will hier nicht sagen, daß wir von der Österreichischen Volkspartei absolut gegen die Verstaatlichung sind. Nein, wir sind für Verstaatlichung dort, wo dies im Interesse des gesamten Volkes gelegen ist. Hierüber hat der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 21. Dezember vorigen Jahres gesprochen und er sagte damals unter

anderem (liest): „Wir werden auch in einer Reihe von Schlüsselunternehmungen, deren Vergesellschaftung im Interesse des gesamten Staates gelegen ist, zur Verstaatlichung oder zur Kommunalisierung schreiten." Soweit die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung. In der Reihe dieser Schlüsselunternehmungen befinden sich Betriebe, die herrenlos geworden sind, weil sie im Besitz von Illegalen oder im Besitz von geflüchteten Nationalsozialisten reichsdeutschen Ursprungs waren und nun an den Staat übergehen. In diesen Fällen — Schlüsselindustrien und herrenlosem Besitz — von Verstaatlichung zu sprechen und sie durchzuführen, entspricht wohl unserer Absicht, und wir haben deshalb auch im Vorjahr die Zustimmung zu diesem Gesetz gegeben.

Sie haben in der Regierungserklärung des Kanzlers das Wort Vergesellschaftung vernommen. Hohes Haus, in diesem Sinn der Vergesellschaftung wird die Verstaatlichung, besser gesagt die Nationalisierung, die Überführung des Vermögens in das Eigentum der Nation von uns verstanden. Der Staat soll nicht als Alleinbesitzer sondern als Gesellschafter auftreten und dazu sollen die Arbeiter ebenfalls als Gesellschafter des betreffenden Betriebes kommen. Wir wollen keinen Staatskapitalismus, das haben wir in jeder Rede betont, sondern Aufteilung des Kapitals auf das Volk. (Zwischenruf bei den Sozialisten: Haben Sie Dobretsberger gehört?) Jawohl, ich komme noch darauf zurück. — Dazu dient das Werksgenossenschaftsgesetz, das wir am 26. Juli dieses Jahres beschlossen haben. Das Werksgenossenschaftsgesetz sieht eine Beteiligung der Arbeitnehmer an Kapital, Besitz und Produktionsgewinn vor. Bei Einführung des Werksgenossenschaftgesetzes in jenen Betrieben, die dazu reif sind, würden allmählich Tausende von Arbeitern persönliche Anteile an dem Betrieb, in dem sie beschäftigt sind, erwerben. Diese Arbeiter, davon können Sie überzeugt sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben, wenn sie herausgehoben werden aus der bloßen Lohnarbeit, aus dem bloßen Mietverhältnis und zum Mitbesitzer in dem Betrieb werden, eine ganz andere Einstellung zu den Fragen der Wirtschaft. Sie lehnen eine Unterwerfung unter eine politische Befehlsgewalt, die Staat und Wirtschaft beherrscht, ab. Das Werksgenossenschaftsgesetz hilft einen ungesunden Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abschwächen. Es trägt tatsächlich zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Menschen bei. Keine besitzlose Masse, kein kollektives Proletariat, sondern einzelne besitztragende, glücklich arbeitende Menschen, die Idee, den Arbeiter wenigstens in den bescheidenen Mittelstand zu heben: das ist der Sinn und Zweck des Werksgenossenschaftsgesetzes. (Zwischenruf bei den Sozialisten: Haben Sie sich ausgerechnet, wieviel einer bekommt? 3·50 S!)

Präsident Dr. **Gorbach** (Das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (Fortgesetzte lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Abg. **Grubhofer** (fortsetzend): Ob Sie es nicht für zeitgemäß erachten oder es ablehnen, kann uns gleichgültig sein. Wir haben Beweise und Zuschriften von namhaften Leuten der ganzen Welt, vor allem haben wir auch Zuschriften von Tausenden von Arbeitern bekommen, die diesen Gedanken als konstruktive Idee begrüßen (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei. — Zwischenrufe bei den Sozialisten), und wir verlangen, daß dieser konstruktiven Idee die konstruktive Tat folgt. Ich kann den Herrn Bundesminister nur bitten, gerade dem Werksgenossenschaftsgesetz besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Durchführungsbestimmungen hiezu baldmöglichst folgen zu lassen. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Dr. **Margaretha:** Hohes Haus! Es sind nur einige Monate verflossen, seitdem das damals heißumkämpfte Gesetz über die Verstaatlichung und Sozialisierung im Nationalrat beschlossen worden ist. Bei allen Bedenken, die die Volkspartei teils aus prinzipiellen Gründen, insbesondere aber aus höchst praktischen Gründen, gegen die Verstaatlichung gehabt hat, hat sie doch dem Parteikompromiß auf diesem Gebiet zugestimmt und war auch ernstlich gewillt, an der praktischen Durchführung dieses Gesetzes mitzuarbeiten.

Ich habe in der Nationalratssitzung vom 26. Juli 1946 ausgeführt, warum die Österreichische Volkspartei dem Verstaatlichungsgesetz zugestimmt hat und welche Voraussetzungen bei der Durchführung erfüllt werden müssen, wenn die Verstaatlichung nicht Schiffbruch erleiden soll. Die Zeit, die seither verflossen ist, ist zu kurz, um ein abschließendes Urteil zu fällen. Vor allem andern ist die Regierung nach wie vor weitgehend behindert, die Verstaatlichung auch wirklich durchzuführen. Ich erinnere an den Streit der Auffassungen der vier Elemente, ob das Verstaatlichungsgesetz die Zustimmung aller vier Elemente benötigt, um in Kraft zu treten. Ich erinnere an den Protest der Sowjetregierung und die dadurch im weiteren Verlaufe ausgelösten Einwendungen anderer Besatzungsmächte und die dadurch letzten Endes bedingte Regierungserklärung, daß die Regierung eine Verstaatlichung solcher Beteiligungen, die von den Alliierten, beziehungsweise von alli-

ierten Staatsbürgern als ihr Eigentum beansprucht werden, nicht durchführen werde, bevor nicht das Gesetz über die Entschädigung der Vorbesitzer erledigt wäre und die Zustimmung der Alliierten gewonnen ist.

Es ist kein geringer Teil der verstaatlichten Unternehmungen, der dieser Einschränkung unterliegt, zumal auf das sogenannte deutsche Eigentum Ansprüche von Alliierten in einem sehr weit gehenden Maße geltend gemacht werden, da die Besitzverhältnisse nach der reichsdeutschen Besetzung und Durchdringung keineswegs immer so klar liegen und die geringste Unklarheit — sie muß nicht einmal bestehen, sondern sie braucht nur behauptet zu werden — bei dem völlig ungleichen Kräfteverhältnis zwischen Österreich einerseits und der den Anspruch erhebenden alliierten Macht anderseits uns von vornherein in die Hinterhand bringt. Aus diesen Gründen sind es nur wenige Unternehmungen, wo der österreichische Staat wirklich nicht bloß de jure sondern auch de facto als Alleineigentümer auftreten kann.

Nun, was macht so ein Alleinaktionär, der sein Eigentum nach kaufmännischen Grundsätzen verwalten und dabei auch das Interesse der Belegschaft und das allgemeine Interesse berücksichtigen will? Entweder er setzt sich selbst hin, prüft alle Voraussetzungen und beginnt zu planen — falls er nicht schon einen Plan von vornherein gehabt hat, als er die Aktienmehrheit erstanden hat —, bemüht sich um die nötigen Kredite, falls er nicht selbst über die Geldmittel verfügt, beschafft die notwendigen Maschinen, Rohstoffe, Halbfabrikate, engagiert die notwendigen Spezialkräfte, baut die entbehrlichen ab, und trachtet so bald als möglich zu produzieren und dabei eine Rendite zu erzielen, die er teils als Reserve für Investitionen oder für Rückschläge im Unternehmen beläßt, teils seiner Arbeiterschaft und den Angestellten zugute kommen läßt. Wenn möglich wird er auch einen Gewinn zu erzielen trachten, der im Falle der Verstaatlichung dem Volksganzen zugute käme. In unserem Falle, wo der österreichische Staat auf einmal an die 80 Unternehmungen und — wenn man die Konzernunternehmungen berücksichtigt — noch eine viel größere Anzahl zur Gänze oder maßgebliche Beteiligungen erworben hat, kann dieser Weg nicht eingeschlagen werden, denn bei aller Achtung vor der Arbeitskraft und der Tüchtigkeit unseres Ministers für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, diese Arbeit kann er für alle verstaatlichten Betriebe nicht leisten. Er muß sich also in den einzelnen Unternehmungen einen geeigneten Generaldirektor oder ein kollegiales Forum in Form eines Vorstandes aussuchen, die diese Aufgabe zu erfüllen haben, und da zeigt sich nun das erste Hindernis bei der praktischen Durchführung der Verstaatlichung.

Da muß man zunächst auf das Bestehende Rücksicht nehmen. Da ist entweder ein oder sind mehrere öffentliche Verwalter, die nach dem Parteienproporz oder sonstigen Machtverhältnissen eingesetzt sind, oft sehr brave, tüchtige Leute, die, mit mehr oder weniger Fachkenntnissen, bald aus dem Unternehmen selbst stammen, bald von auswärts herbeigeholt oder hineinprotegiert sind. Sofern es sich um tüchtige und korrekte Leute handelt, sollte man nichts ändern; aber oft fehlt gerade ein erster Fachmann, der Neues bringen soll, der über Vorurteile hinweghelfen soll, die nun einmal in jeder Leitung bestehen, der das Unternehmen in Schwung bringt. Nun, meine Herren, groß ist die Zahl dieser Fachleute in Österreich nicht. Ein Teil ist im Jahre 1938 oder später emigriert, ein Teil hat sich politisch unmöglich gemacht, und nun bemüht man sich, aus dem kleinen Reservoir geeignete Persönlichkeiten herauszufinden.

Und da beginnen nun die politischen Schwierigkeiten. Wenn der auserkorene Fachmann ein Hahnenschwänzler war — möge er noch so sehr im Gegensatz zu der braunen Richtung in der Heimwehr gestanden sein —, so wird er schon von gewissen Kreisen abgelehnt. Das gleiche gilt für die Cevauer oder sonst einen, der sich früher politisch betätigt hat. Hat einer nicht einmal einen solchen Fehler, dann war er zumindestens ein Vertreter des Kapitalismus und hat sich als solcher bei der Arbeiterschaft unbeliebt gemacht. Remigrierte Juden, selbst wenn sie ausgezeichnete Fachleute sind, begegnen einem mehr oder weniger versteckten Widerstand. Zu diesen Schwierigkeiten stoßen dann Wünsche nach einer Berücksichtigung der Länderinteressen, weil zum Beispiel der Leiter eines steiermärkischen Unternehmens selbstverständlich ein Steirer sein soll und der eines niederösterreichischen Unternehmens ein Niederösterreicher. Männer, die als Wiener im Geruch des Zentralismus stehen, sind auch unerwünscht.

Der Umbau der Vorstände und der Aufsichtsräte der verstaatlichten Unternehmungen geht daher recht langsam vor sich, denn der Minister muß bei jeder Ernennung mit einem Widerstand von der einen oder von der anderen Seite rechnen und er muß bei jeder Zusammensetzung eines Vorstandes oder eines Aufsichtsrates so vorsichtig und behutsam vorgehen, wie wenn es sich um die Zusammensetzung einer Koalitionsregierung handeln würde.

Ich habe davor gewarnt, daß man bei der Bestellung der Vorstände und der Aufsichtsräte politische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Ich fürchte sehr, daß diese Warnung vergeblich war und daß letzten Endes zumindest die Aufsichtsräte stärker nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt werden.

Wenn nun aber endlich irgendwo, wo der Staat tatsächlich unbehindert von Ansprüchen einer alliierten Macht etwas dreinzureden hat und wo die Hindernisse in der Besetzung überwunden werden können, ein Generaldirektor bestellt oder ein handlungsfähiger kollegialer Vorstand gebildet ist, dann wird dieser in der Regel keineswegs unbehindert arbeiten dürfen. Er muß sich in die allgemeine Planung einschalten, die noch nicht besteht.

Hören Sie, was für eine Hilfe er da zu erwarten und noch abzuwarten hat: beim Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ist ein Beirat in Bildung begriffen. Es wurde heute erwähnt, daß er noch nicht zusammengetreten ist. Meine Herren! Wenn Sie hören, wie er zusammengesetzt ist, dann werden Sie vielleicht verstehen, warum dies noch nicht geschehen ist.

Die Aufgabe dieses Beirates ist die Beratung und Begutachtung von Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaftsplanung und -lenkung sowie die Erstattung von Vorschlägen auf diesem Gebiete. In den Planungsbeirat entsenden als Mitglieder je einen Vertreter folgende Ministerien: Auswärtiges, Finanzen, Soziale Verwaltung, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Wiederaufbau, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Verkehr, und Energiewirtschaft. Das sind zusammen acht, überdies die Nationalbank einen Vertreter, sind neun. Dazu kommt der Obmann des Ausschusses für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung des Nationalrates und des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten des Bundesrates, das sind elf. Dazu kommen neun Vertreter der politischen Parteien nach dem Proporz; sind zwanzig. Ferner entsenden die drei Kammern, der Gewerkschaftsbund und die Vereinigung österreichischer Industrieller je vier Vertreter, sind zusammen zwanzig, also mit den ersten zwanzig bereits vierzig. Dazu kommen je ein Vertreter der Konsumvereine, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Genossenschaftsverbandes und des Verbandes gemeinnütziger Wohnungsvereinigungen, sind zusammen vierundvierzig.

Ich weiß nicht, ob seither nicht noch weitere Vertreter in diesen Planungsbeirat entsendet worden sind, beziehungsweise das Recht zur Entsendung beansprucht haben, aber ich glaube kaum, daß dieser Beirat dem Vorstand oder der Generaldirektion eines verstaatlichten Unternehmens wertvolle Ratschläge und noch dazu rasch wird erteilen können.

Meine Herren! Also weder der Minister und seine Sektionschefs werden die verstaatlichten Betriebe führen können, noch dieses Monstrum eines Planungsbeirates, aber auch nicht die Ausschüsse, die sich in einem solchen Beirat bilden können und deren Bildung vorgesehen ist.

Hohes Haus! Der österreichische Staat muß es machen wie ein anderer Großaktionär. Er muß, wenn er die Sache nicht selbst versteht, entweder einen allerersten Fachmann hinsetzen, zu dem er unbegrenztes Vertrauen hat, oder er muß sich von einigen wenigen Fachleuten im konkreten Fall beraten lassen und dann das Entsprechende tun.

Wir haben noch nicht viel dadurch versäumt, daß die Neubestellung der Leitung in den verstaatlichten Unternehmungen nicht recht vorwärts kommt. Wir sehen ja, welchen Erfolg eine Planung in Österreich unter den gegebenen Verhältnissen haben kann. Wir haben ja solche Versuche einer Planung schon hier gehabt, Versuche, die voll Idealismus, beispielsweise von der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft der Automobilindustrie ausgegangen sind, die die weiteste Förderung seitens des ehemaligen Staatsekretärs Waldbrunner im Handelsministerium und des nunmehrigen Staatssekretärs Rauscher im Ministerium für Vermögenssicherung gefunden haben. Auch wir sogenannten „Planungsgegner" am Schwarzenbergplatz haben diese Aktion gefördert. Wir haben unsere besten Leute in den Produktionsausschuß geschickt, und ich muß sagen, daß sich Ing. Stegu redlich bemüht hat, diese Sache vorwärts zu bringen. Aber was ist daraus geworden?

Zur Automobilerzeugung gehört nicht bloß die Planung, es genügen nicht einmal die Maschinen, die wir uns in unermüdlicher Arbeit aus dem Westen hergeholt oder aus den Trümmern herausgeklaubt haben. Um ein Automobil fertigzustellen, braucht man auch Pneumatiks, man braucht Lichtanlagen, man braucht vor allem, um solche Serien aufzulegen, die die Erzeugung erst rentabel machen, eine Menge von Stahl, Blech und viele andere Roh- und Halbfabrikate, die unsere Vorindustrien nicht erzeugen können, weil es ihnen an Kohle, an Arbeitern und an vielem anderen mangelt. So ist die groß angelegte Planung der Automobilindustrie leider in sich selbst zusammengefallen. Wir erzeugen aus dem noch vorhandenen Rohmaterial einzelne Wagen, die, richtig kalkuliert,

Liebhaberpreise ergeben würden. Das soll aber kein Vorwurf sein, auch keine hämische Freude, sondern nur die Konstatierung einer sehr bedauerlichen Tatsache.

Nehmen Sie, meine Herren, den Fall Lenzing. Wir haben dort, nachdem der ursprüngliche öffentliche Verwalter ausgetauscht worden ist, heute einen ausgezeichneten Fachmann, der ganz allein oder mit den Hilfskräften, die er gefunden hat — jedenfalls brauchte sich das Vermögenssicherungsministerium nicht viel kümmern —, einen wirklich glänzenden Produktionsplan entworfen hat. Er bildet die Unterlage für ein staatsgarantiertes Darlehen, das die Kreditlenkungskommission bewilligt hat. Geplant war eine Kombination der Papierfabrikation in Lenzing und der Zellwollefabrikation, die bei einem gewiß an und für sich bescheidenem Ausmaß der Produktion die Rentabilität gesichert hätte. Es ist gelungen, ein unentbehrliches Hilfsprodukt, Schwefelkohlestoff, aus der Tschechoslowakei zu beschaffen, freilich zu Preisen, die die Kalkulation fast über den Haufen geworfen hätten. Es ist gelungen, eine Preiserhöhung durchzusetzen, die vorläufig nicht ausreicht, aber immerhin, sogar dieses Hindernis ist überwunden worden.

Man hat vorübergehend wegen Kohlenmangel im Frühjahr die Produktion einstellen müssen. Dann ist sie wieder angelaufen und nun wird sie wieder eingestellt werden müssen, weil keine Kohle zugeteilt wird. Das wirft aber nicht bloß die Planung der Lenzinger über den Haufen, sondern auch die Planung der gesamten, von der Lenzinger abhängigen Textilindustrie, die Planung der Aufarbeitung der von der UNRRA gelieferten Schafwolle und Baumwolle, die mit Zellwolle gemischt werden soll.

Nehmen wir die Stickstoffwerke, beziehungsweise die Hütte in Linz. Wie oft sind da neue Pläne entworfen worden! Die klügsten, die raffiniertesten Pläne, Kombinationen, von denen wegen der Kokszufuhr Donawitz abhängig ist, die Landwirtschaft wegen des dort zu erzeugenden Stickstoffes, die Eisen verarbeitende Industrie wegen der Erzeugnisse der Hütte Linz — alle diese Pläne sind durch das Versagen der Kraftstromversorgung und durch die Einschränkungen der Kohlenzufuhr zu Wasser geworden. Das bedeutet eine Vernichtung der Pläne aller von diesen Unternehmungen abhängigen weiterverarbeitenden Betriebe.

Meine Herren! Ich habe schon im Ausschuß erwähnt und ich kann es nicht wiederholen, in welch katastrophaler Lage sich die ganze Wiener Industrie befindet. Wir haben einen Kohlenbedarf von 12.000 Monatstonnen, und es werden uns nunmehr nur 3.000 Monatstonnen zugewiesen, so daß wir damit außer der lebenswichtigsten Ernährungsindustrie die übrige Industrie nicht mehr versorgen können. Diese muß in allerkürzester Zeit zum Stillstand kommen, wenn wir nicht neue Kohlenvorräte erhalten.

Wie sollen wir unter solchen Verhältnissen von einer Planung sprechen? Selbst unter der Annahme, daß sich die Kohlensituation und die Stromversorgung Ende März 1947 bessern sollten, sind wir auf drei Monate in unserer Produktion für den Wiederaufbau des Inlandes und für den Export zurückgeworfen.

Meine Herren, man hat uns zu Beginn des Jahres anbefohlen, einen Vierjahresplan zu entwerfen. Die Frist wurde selbstverständlich so kurz gesetzt, daß eine Prüfung und Abstimmung der Pläne der Finalindustrie nicht durchgeführt werden konnte. Aber Termin ist Termin und wir mußten diesen Vierjahresplan machen. Wir sind heute wieder aufgerufen worden, binnen 30 Tagen den neuen Plan zu erstellen. Alle diese Pläne sind illusorisch, wenn uns das Wichtigste, die Kohle, fehlt und wenn uns im letzten Moment der Strom nicht zur Verfügung steht.

Ich will damit nur zeigen, daß auch in den staatlichen Betrieben eine Planung heute nicht möglich ist und daß wir uns darauf beschränken müssen, in den verstaatlichten Betrieben so rasch wie möglich geeignete Leute einzusetzen, die diese Betriebe in Schwung bringen werden, sobald die Hindernisse für die staatliche und die übrige Industrie beseitigt sind. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Die Aussprache über die Gruppe VII ist damit beendet.

Nun gelangt die **Gruppe III** zur Verhandlung, das ist Kapitel 8: Äußeres.

Da der Spezialberichterstatter Dr. Tschurtschenthaler erkrankt ist, erstattet der Generalberichterstatter Müllner den Bericht.

Generalberichterstatter **Müllner:** Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat am 22. November 1946 das Kapitel 8: Äußeres, behandelt. Das heurige Budget sieht für den Außendienst samt dem außerordentlichen Aufwand im Kapitel 2 a und 3 a einen Betrag von 24,981.000 S vor. Dieser Aufwand setzt sich zusammen aus 13.6 Millionen für Personal- und 11·3 Millionen für Sachaufwand. Die Einnahmenpost weist eine Einnahme von 171.000 S auf. Im Titel 2, Konsularakademie, ist eine Ausgabe von 42.200 S vorgesehen, auf der Einnahmenseite unter dem gleichen Titel eine Einnahme von 60.500 S.

Zu diesen Budgetziffern erlaube ich mir folgende Bemerkungen zu machen: Dadurch, daß erstens der ausländische Dienst im Aufbau begriffen und notwendige Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten zu erledigen sind, haben wir heuer eine bedeutende Vermehrung dieser Post aufzuweisen. Es sei auf folgenden Umstand besonders hingewiesen: dadurch, daß die valutarischen Verhältnisse sich oft als ungünstig erweisen, müssen für die ausländischen Vertretungen besondere, größere Beträge vorgesehen werden. Das Jahr 1946 hat gerade in dieser Hinsicht sehr ungünstige Ergebnisse gezeitigt und es haben sich bedeutende Schwierigkeiten ergeben. Der Finanz- und Budgetausschuß hat diese Zahlen und die Außenpolitik des österreichischen Staates einer eingehenden Beratung unterzogen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Fischer, Ludwig, Brachmann, Ing. Schumy und Wedenig. Der Herr Außenminister Dr. Gruber hat in seinem Schlußwort verschiedene Fragen beantwortet und auf verschiedene kritische Äußerungen Antwort gegeben.

Im Namen des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich daher an das Hohe Haus folgenden Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 8: Äußeres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1947 in der Fassung der Regierungsvorlage (225 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt."

Präsident Dr. **Gorbach:** Zur Abgabe einer Erklärung hat sich der Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber zum Wort gemeldet.

Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. **Gruber:** Hohes Haus! Die amtlicherseits in Angelegenheit des Gesandten Waldbrunner gegebene Darstellung hat offensichtlich Unklarheiten und Mißverständnisse in der Öffentlichkeit aufkommen lassen. Diese Aussendung war veranlaßt durch die Darstellung der „Sozialistischen Korrespondenz", in der das Außenamt einer Kritik unterzogen worden war.

In der erwähnten Korrespondenz ist auch die Frage der Finanzierung unserer Moskauer Vertretung behandelt worden.

Die daraufhin erfolgte amtliche Darstellung sollte lediglich die Leistungen des Auswärtigen Amtes darlegen, beziehungsweise die bestehenden Schwierigkeiten, wie sie durch die Devisenlage und den damaligen Budgetrahmen gegeben sind. Mit Rücksicht auf die aus dieser Darstellung für den Gesandten Waldbrunner gezogenen Konklusionen sehe ich mich veranlaßt, nachfolgendes festzustellen:

Ing. Waldbrunner gehörte der gegenwärtigen Regierung als Staatssekretär an. Im heurigen Frühjahr wurde er vom Herrn Bundeskanzler und mir selbst ersucht, wegen seiner Kenntnisse Rußlands und der russischen Sprache die Stelle des österreichischen Gesandten in Moskau zu übernehmen. Das Außenamt war sich klar darüber, daß dies für Ing. Waldbrunner einen Verzicht auf eine wirkungsvolle Tätigkeit in Österreich bedeutete.

Bezüglich der Beibehaltung des Mandates als Abgeordneter des Nationalrates vermag sich Ing. Waldbrunner auf eine persönliche Zusage des Herrn Bundeskanzlers zu berufen. Die Anrechnung der Vordienstzeiten geschah, wie dies bei Akademikern für den Fall der Übernahme in den Staatsdienst erfolgt. Für Ing. Waldbrunner bedeutete dies eine Selbstverständlichkeit, da er von einer führenden Stelle der Wirtschaft gekommen war und die dort erworbenen Kenntnisse mitbestimmend für seine Ernennung waren.

Wie auch anderen Berufsdiplomaten wurde Ing. Waldbrunner bei Antritt seines Postens ein einmaliger Ausstattungsbeitrag von 5000 S für die Anschaffung der für die Ausübung dieses Postens notwendigen Kleidung und sonstiger Bedarfsartikel gewährt, also Anschaffungen, die Ing. Waldbrunner speziell für diesen Posten brauchte.

Da das Außenamt mit einer Kreditgewährung in Moskau rechnete, reiste der Gesandte mit seinen zwei Begleitern ohne freie Devisen ab. Entgegen den Zusicherungen und Erwartungen des Außenamtes blieb ein solcher Kredit aus. Allein die Verpflegung und die Unterkunft wurde der kleinen Delegation von russischer Seite auf Kredit gewährt. So ist es gekommen, daß Ing. Waldbrunner und seine Begleiter während ihres Aufenthaltes ohne gültige Zahlungsmittel blieben.

Aus der amtlichen Darstellung wurde die Vermutung abgeleitet, daß Ing. Waldbrunner eine Personalzulage von 720.000 S einzig und allein für seinen persönlichen Aufwand verlangt hätte. Dies ist völlig unrichtig. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß der Betrag auf Grund eines vorläufigen Richtkurses errechnet wurde. Er entspricht der für kleinere Moskauer Gesandtschaften üblichen Summe von 360.000 Rubel jährlich, in welchem Betrag auch die Repräsentationsauslagen inbegriffen sind.

Zur Lösung aller mit der Vertretung in Moskau zusammenhängenden Fragen war Gesandter Waldbrunner im Einverständnis mit dem Außenamt nach Wien zurückgekehrt. Seine Tätigkeit in Moskau hatte durchaus die

volle Zustimmung des Außenamtes gefunden. Die folgenden Aussprachen mit dem Herrn Bundeskanzler und mir konnten keine Klärung der finanziellen Probleme und der übrigen Fragen der Vertretung Österreichs in Moskau herbeiführen. Es war uns verständlich, daß Waldbrunner nicht wieder auf bloße Kreditzusicherungen nach Moskau zurückkehren wollte.

Abschließend sei gesagt: wenn die amtliche Darstellung den Eindruck erweckt haben sollte, daß Ing. Waldbrunner aus Eigennutz gehandelt habe, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß Gesandter Ing. Waldbrunner in völlig korrekter Weise gehandelt hat und aus Gründen, die nicht bei seiner Person lagen, nicht nach Moskau zurückkehrte.

Abg. **Fischer**: Hohes Haus! Der Beginn der Diskussion über die Außenpolitik ist symbolisch für die Leitung unserer Außenpolitik. Es ist ein ganz ungewöhnlicher Zustand, daß die zweitgrößte Partei des Hauses demonstrativ den Saal verläßt, wenn der Herr Außenminister erscheint, und es ist noch ungewöhnlicher, daß der Herr Außenminister zu Beginn einer solchen Diskussion eine Erklärung abgibt, die er sich eigentlich eine Woche vorher hätte überlegen können. Ich verstehe ganz gut, wenn in parlamentarischen Diskussionen, wenn in der Pressepolemik scharfe, übertriebene und unbedachte Worte verwendet werden, aber wenn der Mann, in dessen Händen die Leitung des vielleicht kompliziertesten Ministeriums liegt, wenn der Mann, der jedes Wort auf die Waagschale legen müßte, genötigt ist, eine solche Diskussion mit dem bei ihm schon üblichen Dementi zu beginnen, wie kann man dann Vertrauen zu der Leitung einer solchen Außenpolitik haben? Der ganze Fall W a l d b r u n n e r war doch wirklich ein Skandal. Daß ein Ministerium plötzlich seine Hauptaufgabe darin erblickt, zu polemisieren, und zwar in einer so ungewöhnlichen Form zu polemisieren, entspricht doch in keiner Weise der Stellung, dem Auftrag eines Ministeriums, am wenigsten des Ministeriums, das am meisten Objektivität haben müßte, das am meisten über den Parteien stehen müßte und das ausschließlich die Gesamtinteressen Österreichs zu vertreten hat. Es war eine kleinliche blamable Aussendung, und man mag heute erklären, was man will, eine Aussendung, die diplomatisch mit solchen Giftspitzen versehen war, daß man nachträglich erklären kann, das sei nicht gemeint gewesen, aber jeder einfache Leser aus dieser Erklärung eine persönliche Verdächtigung des Abgeordneten Waldbrunner herausgelesen hat. Und ich meine, die Methode, wenn man Fehler gemacht hat in der Außenpolitik, diese Fehler dann dadurch gutmachen zu wollen, daß man in eine kleinliche und gehässige innenpolitische Polemik übergeht, das ist doch unvereinbar mit der Stellung eines Außenministers und unvereinbar mit der Führung des Außenministeriums.

Bevor ich weiter auf diese Fragen eingehe, möchte ich ganz kurz darauf hinweisen, daß viel von dem, was eigentlich hätte getan werden müssen, nicht geschehen ist. Ich spreche vor allem vom Aufbau des Außenministeriums. Es wäre meiner Meinung nach notwendig gewesen, in dieser Zeit einen brauchbaren, elastischen außenpolitischen Apparat aufzubauen. Ich weiß schon, daß das nicht leicht ist, ich weiß schon, daß sich hier Schwierigkeiten ergeben, die richtigen Menschen heranzuziehen, aber offenbar hat der Herr Außenminister zu dieser Aufgabe nicht die Zeit gefunden, weil er meistens unterwegs ist, weil ihn eine ruhige, auf lange Sicht berechnete organisatorische Arbeit nicht so befriedigt, als täglich im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu stehen, Interviews zu geben, Vorträge zu halten, und so weiter, und ich denke, hier ist außerordentlich viel nachzuholen.

Schauen Sie, dieser ganze außenpolitische Apparat ist meiner Meinung nach heute wirklich ungenügend für die Aufgaben, denen Österreich gegenübersteht. Wir haben Gesandtschaften zu besetzen, etwa die Gesandtschaften in Paris und Prag. Meiner Meinung nach sind diese auf dem Kontinent augenblicklich die beiden Schlüsselstellungen der österreichischen Außenpolitik, weil sich daraus auch die Möglichkeiten von Verbindungen nach dem Osten und nach allen Seiten ergeben.

Augenblicklich sind die Personen noch nicht zu nennen, die geeignet wären, eine solche Vertretung zu übernehmen. Ich muß offen sagen, die Erfahrungen, die der Abgeordnete W a l d b r u n n e r gemacht hat, sind nicht sehr ermutigend für irgend jemand, in diese Arbeit hineinzusteigen. Ich kann hier nicht ins Detail gehen, vor allem weil meine Redezeit dazu zu kurz ist. Ich glaube aber, daß eine der wichtigsten Aufgaben darin besteht, ruhige solide Aufbauarbeit im Außenministerium zu leisten, neue Wege zu beschreiten, neue Menschen heranzuziehen, neue Menschen aus der Wirtschaft und neue Menschen aus der Politik; nicht aber, sich im wesentlichen auf die sehr dürftige Erbschaft zu beschränken, die wir hier übernommen haben. Wenn man erklärt, Diplomatie muß man erlernen, so kann ich nur sagen: Gewiß, alles in der Welt muß man lernen. Aber die Grundregeln, wie man sich zu benehmen hat,

wie man mit Messer und Gabel ißt, und daß man der gnädigen Frau besser die Hände küßt, als ihr einen Fußtritt gibt, das kann man bald lernen. Viel wichtiger ist es, daß man für den Dienst in der Außenpolitik Menschen findet, die die Welt kennen, die praktische Erfahrungen haben und die politischen Weitblick besitzen. All das Technische und die Routine wird man dazulernen.

Nun weiter: unser Herr Außenminister, ich habe das schon gesagt, befindet sich ununterbrochen auf Reisen. Es wurde bereits gestern vom Abgeordneten Dr. K o r e f erklärt, es sei die Frage zu stellen, ob die Spesen für diese Reisen im Einklang mit deren Erfolgen stehen. Ich spreche aber nicht nur von den Spesen dieser Reisen, bevor ich vom Inhalt der Außenpolitik spreche, sondern von der meiner Meinung nach verfehlten Form dieser Außenpolitik. Es ist meine Überzeugung, daß heute in der österreichischen Außenpolitik die größte und die wichtigste Kunst die Kunst des Schweigens wäre: jedes Wort genau zu überlegen, nur dann zu sprechen, wenn wirklich etwas zu sagen ist und wenn es notwendig ist, daß etwas gesagt wird, es aber dann auch so zu sagen, daß jedes Wort auf die Waagschale gelegt werden kann, daß man nicht genötigt ist, morgen das zurückzunehmen, was man gestern gesagt hat. Wir sehen aber hier eine Fahrigkeit, eine Unstetigkeit, ein Haschen nach Augenblickseffekten in der Außenpolitik, wobei sich häufig herausstellt, daß dieser Augenblickseffekt kein Erfolg sondern ein Mißerfolg gewesen ist. Ich möchte nur auf ein Beispiel der letzten Zeit hinweisen, das außerordentlich symptomatisch ist und das die Unmöglichkeit dieser Form der Außenpolitik illustriert.

Ich habe im Ausschuß gesagt, man habe manchmal den Eindruck, unser Außenminister sei mehr ein Minister für Äußerungen als für Äußeres. Und es ist, als hätte der Herr Außenminister das vor einigen Tagen unmittelbar bestätigen wollen. Eine für Österreich blamable Diskussion ist im „Wiener Kurier" über ein Interview des Außenministers entstanden. Ich will, um Zeit zu sparen, nicht den Inhalt des Interviews, des Dementis, des abermaligen Dementis eines amerikanischen Journalisten wiedergeben, faktisch aber hat der Herr Außenminister eine offenkundig sehr unüberlegte Erklärung abgegeben, war genötigt, am nächsten Tag diese Erklärung öffentlich zu berichtigen und zu sagen, er hätte etwas ganz anderes gesagt. Unmittelbar darauf kam aber die Erklärung des amerikanischen Journalisten Pearson, die besagt, der Herr Außenminister hätte wörtlich das gesagt, worüber auch die nötigen Grundlagen vorhanden seien, und er werde sich das nicht gefallen lassen, daß man ihm unterschiebt, er hätte etwas ganz Falsches wiedergegeben.

Nun, der Herr Außenminister mag antworten: Ja, das ist eben so mit der Pressefreiheit, da weiß man nie, was geschrieben wird. Ich möchte fragen, gibt es denn nicht auch andere Politiker, die Interviews geben? Der Herr Bundespräsident hat manches Interview gegeben, denselben Journalisten unter den Bedingungen derselben Pressefreiheit, und er war niemals genötigt, irgendein Dementi abzugeben. Er war niemals genötigt, morgen das zu widerrufen, was er gestern gesagt hat, während wir in der Tätigkeit des Außenministers ununterbrochen solche Situationen haben. Das geht wie ein roter Faden hindurch, daß man nie weiß, was er wirklich gesagt hat, daß es ständig widerrufen wird, daß immer wieder etwas anderes gesagt wird, und das ist in der Situation, in der sich Österreich befindet, wirklich das Unangenehmste, das uns der Außenwelt gegenüber passieren kann. Wie soll man denn eine solche Außenpolitik ernst nehmen? Wie soll man meinen, daß alles wohl überlegt ist, was in dieser Außenpolitik geschieht?

Nun zum Inhalt dieser Außenpolitik. Ich verstehe sehr gut, daß es für die verantwortlichen Männer der österreichischen Außenpolitik nicht leicht ist. Ich verstehe sehr gut die außerordentlichen Schwierigkeiten, denen die österreichische Außenpolitik gegenübersteht. Ich will hier ganz offen und ganz freimütig darüber sprechen, über die Schwierigkeiten innerer und äußerer Natur. Der einfache Österreicher, der Mann aus dem Volk, kann wirklich schwer verstehen, was mit ihm geschieht. Er kann schwer die ganzen Komplikationen dieser politischen Lage durchschauen. Was ist ihm widerfahren? Mehr als zehn Jahre Ausschaltung aus der Demokratie, Ausschaltung aus der politischen Diskussion, autoritäres Regime, dann Okkupation durch die Deutschen, dann Krieg, dann Wirrwarr, Zusammenbruch und schließlich und endlich — die Befreiung. Und weiter: diese Befreiung nach kurzer Zeit eine Enttäuschung. Eine Enttäuschung für die breitesten Schichten des österreichischen Volkes. Man hat sich mehr davon erwartet. Man hat andere Formen erwartet. Man hat vielleicht zu wenig gesehen, daß der schrecklichste, der totalste Krieg aller Zeiten in keiner Weise augenblicklich überwunden wird, daß die Folgen, die Nachwirkungen dieses Krieges sich weiterschleppen und weitergeschleppt haben in den mannigfaltigsten Erscheinungsformen. Jedenfalls aber: das österreichische Volk in seiner Masse

kann diese gesamte Situation nicht verstehen. Es stellt die eine Frage: Warum sind wir noch besetzt? Es hat den einen Wunsch: Wir wollen endlich keine fremden Soldaten in Österreich. Dieser Wunsch ist absolut berechtigt. Es ist ein absolut legitimer Wunsch der ganzen österreichischen Bevölkerung.

Nun aber ist es Aufgabe österreichischer Staatsmänner, nicht einfach solche Stimmungen widerzuspiegeln. Es ist sehr leicht, einfach in jeder Situation das zu sagen, was das Volk empfindet, und nicht mehr. Es ist sehr leicht, mit solchen Stimmungen agitatorisch Mißbrauch zu treiben. Es ist schwer, den Ausweg zu zeigen, aber ich bin der Meinung, die Aufgabe von Staatsmännern, vor allem von Männern, die für die Außenpolitik verantwortlich sind, ist nicht so sehr oder nicht allein, Sprachrohr des Volkes zu sein, sie sollen und müssen vor allem Kompaß des Volkes sein; sie müssen über die augenblickliche Situation, über Wirrwarr und Stimmungen der augenblicklichen Situation hinaussehen, sie müssen die große Linie der Vernunft in der Politik aufrechterhalten.

Ich habe den Eindruck, daß das in keiner Weise geschehen ist. Ich wiederhole: solche Stimmungen im österreichischen Volk, die durchaus begründet und berechtigt sind, sind zum Teil unbewußt ausgenützt worden, zum Teil sind Politiker einfach von diesen Stimmungen getrieben worden, zum Teil aber haben reaktionäre Kräfte bewußt diese Stimmungen ausgenützt, um eine verfehlte, eine ihrem Wesen nach nicht demokratische Außenpolitik einzuleiten.

Dazu kommen die äußeren Schwierigkeiten der Situation Österreichs, die so allgemein bekannt sind, daß ich sie hier nicht im einzelnen darzustellen brauche: die außerordentliche Schwierigkeit der Überschneidung verschiedener weltpolitischer Interessen auf österreichischen Boden, die außerordentliche Schwierigkeit, die sich aus der vierfachen Besetzung, aus den täglichen Reibungen der Großmächte in der österreichischen Frage ergibt. Diese Schwierigkeiten sind vorhanden. Aber um so mehr muß man von der österreichischen Außenpolitik Weitblick, Vernunft, Ruhe und Besonnenheit verlangen, um so mehr muß man, weil die Dinge schwierig sind, fordern, daß eine Außenpolitik gemacht wird, die auf lange Sicht hinaus die Interessen Österreichs wahrnimmt, die nicht Außenpolitik von Stimmung zu Stimmung, von Augenblick zu Augenblick, sondern die eine Außenpolitik auf weite Sicht ist.

Die für unsere Außenpolitik Verantwortlichen haben jedoch eine durchaus falsche Konzeption zur Grundlage ihrer politischen Handlungen gewählt. Die falsche, heute schon durch die Tatsachen widerlegte Konzeption, die man vereinfacht auf die Formel bringen kann: Es wird uns gelingen, mit Hilfe der Amerikaner die Russen aus Österreich hinauszudrängen, das war der wesentlichste Inhalt dieser Außenpolitik, die sich trotz aller gegenteiliger Versicherungen einseitig nach dem Westen orientiert hat und nicht ernsthaft versuchte, alle die Schwierigkeiten, die sich mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostens ergeben haben, zu überwinden.

Diese Konzeption hat sich als unrichtig erwiesen, diese Konzeption ist in Wahrheit zusammengebrochen, und nun versucht der Herr Außenminister, eine solche zusammengebrochene Konzeption über Mißerfolge hinaus dadurch zu beschönigen, daß er sich nun innenpolitisch in heftigste Angriffe auf die Kommunistische Partei ergeht. Es ist selbstverständlich das gute, legitime Recht jedes Angehörigen einer anderen Partei, uns so scharf anzugreifen, wie er es für richtig hält. Ich weiß jedoch nicht, ob es zweckmäßig ist — aber nicht aus Wehleidigkeit —, daß sich der Außenminister an die Spitze der Angreifer stellt. Er sollte das meiner Ansicht nach allen anderen Kollegen seiner Partei überlassen, weil sonst der berechtigte Eindruck verstärkt wird, daß hier eine vollkommen einseitig orientierte Außenpolitik betrieben wird. Nun, der Herr Außenminister versucht wie alle Agitatoren den Eindruck zu erwecken, als sei die Kommunistische Partei an einer Besetzung Österreichs interessiert. Dazu möchte ich ganz ruhig und ausdrücklich feststellen: in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien steht nicht ein Rotarmist und in diesen Ländern sind die Kommunisten die stärkste Partei geworden. In Italien stehen nur die englischen und die amerikanischen Truppen und in Italien ist die Kommunistische Partei in brüderlicher Kampfgemeinschaft mit der Sozialistischen Partei, sind beide Parteien zusammen zur stärksten Kraft des Landes geworden. In der Steiermark, das keineswegs Sowjetzone ist, wächst und gedeiht unsere Partei.

Sie können überzeugt sein, wir haben weder als Österreicher noch als Kommunisten auch nur das geringste Interesse an einer Besetzung Österreichs, im Gegenteil, wir würden wünschen, daß die Besetzung lieber heute als morgen zu Ende wäre. Wir haben wie das ganze Volk den sehnsüchtigen Wunsch, daß alle fremden Soldaten ohne Unterschied der Himmelsrichtung so bald als möglich Österreich verlassen und uns Österreicher unsere Politik allein machen lassen.

Dieser Wunsch allein, den das ganze Volk hat, führt jedoch nicht zur Erfüllung, denn Außenpolitik muß daran gemessen werden, wieweit es ihr gelungen ist und wie weit es ihr gelingt, die Wünsche des Volkes der Verwirklichung näherzubringen. Außenpolitik in Österreich muß gemessen werden an der zentralen, entscheidenden Frage, deren Lösung ihr auferlegt ist, an der Frage der Wiedergewinnung der vollen Souveränität des Landes. Und in dieser Richtung ist unserer Außenpolitik in dem ganzen letzten Jahr nicht nur nichts gelungen, sondern tatsächlich sind, wie allgemein festgestellt wurde, wie auch in der Geheimsitzung des Parlaments an hundert Beispielen dargetan wurde, die Verhältnisse heute schwieriger als sie vor einem Jahr gewesen sind, sind wir heute in mancher Hinsicht weniger souverän als wir vor einem Jahr gewesen sind, sind wir der Erringung der vollen Souveränität nicht näher gekommen!

Nun, ich will auch hier vollkommen gerecht und objektiv sein. Es gibt zweifellos eine Reihe von äußeren Umständen, die die Situation erschwert haben. Ich kann sie nicht alle im einzelnen hier anführen, weil ich sonst die Redezeit weit überschreiten müßte. Der Tod Roosevelts hat gewiß eine sehr wesentliche Rolle dabei gespielt, der vorübergehende Übergang zu einer anderen politischen Konzeption, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika, die gesteigerten Spannungen in der Weltpolitik der letzten Jahre, das alles hat gewiß eine große Rolle gespielt und die österreichische Außenpolitik nicht leichter gemacht.

Aber es wäre ganz falsch, nur darin die Ursachen der Mißerfolge der österreichischen Außenpolitik zu erblicken. Es wird heute sehr oft gesagt, wir seien doch nur eine Schattenregierung, wir seien doch nur ein Schattenparlament (Ruf bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei: Ja, die „Volksstimme“ schreibt das, sonst glaubt es niemand!) Unsere Politik sei also nur das Schattenspiel der Außenpolitik der großen Mächte an unserer Klagemauer. Ja, nicht wir waren es, die als erste den Begriff der Schattenregierung und des Schattenparlaments aufgebracht haben, sondern wir haben nur darauf hingewiesen, daß davon gesprochen wird, und ich möchte im Gegenteil erklären, daß es keineswegs notwendig ist, daß Österreich nur ein willenloses Objekt der Außenpolitik ist, sondern daß es durchaus möglich ist, bei allen vorhandenen Schwierigkeiten und Einschränkungen, daß sich Österreich auch bis zu einem gewissen Grade aktiv einschaltet in die Außenpolitik, also daß wir bei einer richtigen, gut überlegten, vernünftigen Außenpolitik auch einiges zu erreichen vermögen. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Die Nazi haben Österreich immer schlecht gemacht und das machen Sie genau so!) Ich weiß nicht, ob ich Österreich schlecht mache, wenn ich versuche zu erklären, daß ich der Meinung bin, daß Österreich nicht nur willenloses Objekt sein muß, das es ja durch die Außenpolitik Ihrer Partei geworden ist. (Ruf bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei: Aber Sie könnten es besser machen!) Es scheint mir, daß es möglich ist, aus dieser Situation herauszukommen, obwohl es mir klar ist, daß es schwieriger ist, Mißtrauen zu überwinden, als von vornherein ein solches Mißtrauen nicht aufkommen zu lassen, daß es schwieriger ist, ein fait accompli, eine vollzogene Tatsache aus der Welt zu schaffen, als rechtzeitig dafür zu sorgen, daß sich solche Tatsachen nicht vollziehen, so daß man keinen solchen faits accomplis gegenübersteht.

Es handelt sich um die entscheidende Frage, darum, die Beziehungen, die sehr verfahrenen Beziehungen zur Sowjetunion zu bessern. Ich glaube, darüber besteht gar keine Diskussion, nur ist der ernste Wille, das zu tun, beim Herrn Außenminister und den für die Außenpolitik verantwortlichen Männern nicht zu sehen. Man antwortet uns sehr oft: Das ist überhaupt unmöglich; das Vertrauen der Sowjetunion kann keine Regierung erwerben, in der die Kommunisten nicht einen entscheidenden Einfluß haben. Ich halte dies für eine unsinnige, für eine gefährliche Behauptung. Es handelt sich nicht darum, ob Kommunisten oder Nichtkommunisten den entscheidenden Einfluß in einer Regierung haben, ich könnte mir hier in Österreich sehr gut eine Regierung vorstellen, in der keineswegs wir Kommunisten irgendeinen entscheidenden Einfluß haben, sondern in der andere demokratische Kräfte des Volkes entscheidenden Einfluß haben. Ich könnte mir eine solche Regierung vorstellen, die durchaus imstande wäre, sowohl das Vertrauen des Ostens wie das Vertrauen des Westens zu gewinnen. Ich könnte mir eine solche Regierung vorstellen, die durchaus imstande wäre, in vernünftigen Verhandlungen die Grundfragen der österreichischen Politik in einer für Österreich erträglichen und befriedigenden Form zu lösen, wie vor allem die Frage des deutschen Eigentums, die Frage der Besatzung, die Frage der Besatzungskosten, die Frage der einheitlichen Wirtschaft, die Frage der gesamten weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs.

Ich bin fest überzeugt, daß solche Kräfte auch in der Volkspartei vorhanden sind, die das wünschen, die den ernsten Willen hätten,

einen solchen Weg zu gehen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß solche Kräfte in einem reichen Maße in der Sozialistischen Partei vorhanden sind.

Es würde sich also darum handeln, daß die richtigen Männer die Politik übernehmen. (Ruf: Das würde Ihnen passen!) Jawohl, es würde uns passen, und es wäre für Österreich ein Segen, wenn nicht eine reaktionäre Clique die Leitung der Politik in der Österreichischen Volkspartei an sich gerissen hätte. Es wäre ein Segen für die Entwicklung Österreichs und der ganzen Politik in Österreich, wenn man aus der Vergangenheit gelernt hätte und nicht noch einmal den Weg der christlichsozialen Partei ginge, der Überantwortung des Parteiapparates sehr wenigen, sehr einflußreichen reaktionären Politikern. Es wäre ein Segen für die Entwicklung Österreichs, und ich denke sogar für die Entwicklung Ihrer Partei, wenn jene demokratischen Kräfte, die es auch in Ihrer Partei gibt, jene demokratischen Kräfte, die aufs tiefste beunruhigt sind über die gegenwärtige Außenpolitik, nun in den Vordergrund treten würden. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Warum zerbrechen Sie sich unsere Köpfe?) Ich zerbreche mir nicht Ihren Kopf, ich denke an Österreich! Sie sind mir ziemlich uninteressant! (Heiterkeit.) Ich verstehe die Nervosität reaktionärer Politiker in der Österreichischen Volkspartei, das Reden über die vierte Partei, die Angst vor einer solchen vierten Partei. Ich verstehe das sehr gut, und Sie wissen selbst sehr gut, wieviele Männer in Ihrer eigenen Partei, Männer der Wirtschaft und der Politik, Ihre jetzige Politik für falsch und für verhängnisvoll halten. (Zwischenrufe.)

Ich glaube also, daß man durchaus eine Änderung der Außenpolitik, eine vernünftige Außenpolitik erzielen könnte. Wir sind nicht so töricht zu fordern oder zu wünschen, daß die Beziehungen zum Westen sich verschlechtern. Das wäre ein Unsinn, das wäre eine Torheit. Wir brauchen die Freundschaft aller Großmächte, wir werden wahrscheinlich die Hilfe aller Großmächte brauchen, aber heute sind ja nicht die Beziehungen zum Westen das Problem, sondern die Beziehungen zum Osten. Darum sprechen wir heute über dieses Problem und über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Die ganze Ergebnislosigkeit und Erfolglosigkeit der bisherigen Außenpolitik hat gezeigt, daß wir hier in eine Sackgasse hineingeraten sind. Ich sage es offen: von den Männern, die jetzt für Österreichs Außenpolitik verantwortlich sind, kann man eine Wendung nicht erwarten. Sie klammern sich an die Macht, sie klammern sich an die Positionen, sie klammern sich an eine falsche Konzeption. Und wenn wir von Neuwahlen sprechen, ist einer der Gründe dafür nicht, daß wir unbedingt und um jeden Preis Anhänger von Neuwahlen sind, sondern daß wir der Meinung sind, daß es in der heutigen verfahrenen Lage kaum mehr eine andere Möglichkeit gibt, die Situation aufzulockern, die Dinge in Fluß zu bringen und den demokratischen Kräften in Ihrer Partei die Möglichkeit zu geben, hervorzutreten und eine neue politische Konstellation in Österreich herbeizuführen, eine Konstellation der wirklichen Verständigung aller demokratischen Kräfte und damit die reale Chance, die Möglichkeit, in absehbarer Zeit, ja in kürzester Zeit die volle Souveränität, die Unteilbarkeit Österreichs und die volle Freiheit des österreichischen Volkes zu erringen.

*

Inzwischen hat Präsident **Böhm** den Vorsitz übernommen.

Abg. **Ludwig:** Hohes Haus! Wir haben alle mit unleugbarem Interesse die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Fischer angehört. Herr Staatssekretär Fischer hat uns deklariert, daß die Außenpolitik über der Parteipolitik stehen müsse. Das haben wir naturgemäß gläubig zur Kenntnis genommen. Seine Rede endete aber schließlich und endlich in einer Belehrung der Volkspartei und ihrer Führung, nach welchen Prinzipien sie in Zukunft zu gehen hätten. Das gehört aber zu dem Thema des besonderen innenpolitischen Kampfes und — meiner bescheidenen Meinung nach — nicht zum Kapitel Außenpolitik. Ich kann nur erklären, daß meine Partei die Außenpolitik nach den jeweiligen Bedürfnissen des Staates führen wird, das heißt wieder nicht, daß wir überzeugt wären, daß alles, was geschehen ist, vielleicht hundertprozentig vertretbar wäre; das heißt weiter nicht, daß die eine oder andere Angelegenheit nicht in einer anderen Richtung hätte geführt werden können; wenn ich aber dieses sage, so liegt darin kein Vorwurf gegen die Führung der Regierung, gegen die Führung der Außenpolitik, denn die Fehler, die man ihr vielleicht heute zuschreiben will, stammen vor allem aus außenpolitischen Momenten, aus außenpolitischen Motiven und aus übermächtigen außenpolitischen Einflüssen.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Fischer für uns interessant sind, da sie uns ja, wenn ich von dem parteipolitischen Geplänkel absehen will, gewisse Direktiven

zeigen, nach denen seine Partei, und ich weiß nicht, ob auch die hinter ihm stehende höhere Macht, unter Umständen mit uns Österreichern ins Gespräch kommen könnte. Mag sein, daß das nur eine subjektive Meinung ist, aber ich glaube, es ist mehr. Wir müssen seine Äußerungen überprüfen und aus der Überprüfung gegebenenfalls die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Es ist das Thema unserer Beziehungen zu einer Weltmacht, zur Sowjetunion. Wir alle wissen, daß diese Beziehungen nicht befriedigend, wenn Sie wollen, sogar gespannt sind, und ich kann namens meiner Partei erklären, daß es unser Bestreben ist, unsere Beziehungen zu Sowjetrußland zu normalisieren, wenn Sie wollen, freundschaftlich zu gestalten. Dabei geben wir uns selbstverständlich keiner Täuschung hin, daß dieses Problem papiermäßig einfach zu lösen, viel schwieriger aber in die Realität umzusetzen ist. Denn wir wissen alle, um welche Streitpunkte es geht. Es ist nicht so, wie immer gesagt wird, daß eine gewisse Erkältung der Beurteilung Österreichs durch die Russen unmittelbar nach den Neuwahlen eingetreten sei. Im großen und ganzen müssen wir die Versteifung der Beziehungen mit dem Zeitpunkt des Verstaatlichungsgesetzes ansetzen und hier hängen wir immer noch. Das Verstaatlichungsgesetz liegt Monate hinter uns, und wir wissen genau, daß die Lösung dieses Problems eine unbedingte Voraussetzung für die Anschneidung der weiteren zwischen Österreich und der Sowjetrepublik zu lösenden Momente ist. Ich nehme an, daß es gelingen wird, diese Frage in einem Sinne zu lösen, der auch für uns Österreicher tragbar ist. Denn einseitige Lösungen können wir im Interesse unserer staatlichen Zukunft kaum ertragen. Es müssen Lösungen gefunden werden, die sowohl für unsere Volkswirtschaft als auch für unsere politische Freiheit tragbar sind. Das ist natürlich eine Voraussetzung, die wir unbedingt setzen müssen, bevor wir dieses Problem ernstlich angehen können.

Die weiteren Fragen, die in diesem wichtigen Komplexe zu lösen sind, wie der Vorschuß von 600 Millionen Schilling, die Lebensmittelkredite, Zistersdorf und so weiter, bieten ebenfalls Schwierigkeiten, vor allem deshalb, weil sie wieder mit der Westpolitik unmittelbar im Zusammenhang stehen. Denn wir wissen genau, woran zum Beispiel die Lösung des Vorschusses vom Jahre 1945 scheiterte. Er scheiterte an der notwendigen paritätischen Behandlung dieser Fragen von Osten und Westen. Wären wir auf eine derartige paritätische Behandlung eingegangen, so hätten wir wahrscheinlich so schwere Verluste, daß sie für uns untragbar gewesen wären. Aber das nur im allgemeinen.

Ich will die Gelegenheit, daß ich heute sprechen kann, dazu benützen, um den Kampf Österreichs um seine Freiheit, einen Kampf, der mit allen Mitteln zu führen ist und auch weiter mit geistigen Mitteln geführt werden muß, etwas in den Vordergrund zu stellen. Wenn wir die charte d'atlantique vom 14. August 1941 ins Auge fassen, sehen wir zwei primäre Grundsätze. Vor allem sind sich die Unterzeichner der charte d'atlantique darüber klar, allen Staaten, die ihrer Freiheit beraubt wurden, die Freiheit wieder zu geben. Der Punkt 3 stellt das eindeutig fest. Es wird uns Österreichern oft der Vorwurf gemacht, daß wir durch jene erzwungene Volksabstimmung unseren Consentement, unsere Zustimmung zu der Angliederung an Deutschland gegeben hätten. Das ist falsch und erlogen. Denn gerade in diesen Tagen erschien der berühmte Führerbefehl, der sagt, die Volksabstimmung wird mit den Truppen zu Lande, sie wird mit den Panzern und mit den Flugzeugen durchgeführt werden. Das ist der äußere Beweis. Der Führerbefehl ist für uns Österreicher deshalb wertvoll, weil er zeigt, daß wir Österreicher der Abstimmung nicht freiwillig zustimmten, sondern daß die Österreicher, die damals nicht im Gefängnis saßen — und es war ein großer Teil seiner Freiheit beraubt —, gezwungen zur Urne gingen und ohne innere Überzeugung den ihnen vorgeschriebenen Stimmzettel abgaben. (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Das ist die historische Wahrheit.

Wenn von anderer Seite wieder behauptet wird, wir Österreicher haben nichts für die Wiedergewinnung unserer Freiheit getan, so wiederhole ich, daß in diesen Tagen die historischen und dokumentarischen Blätter der Darstellung unseres heroischen Freiheitskampfes herauskommen werden. Wir sind dem russischen Oberkommando in den Kämpfen um Wien dankbar, daß es uns im vollen Einvernehmen mit Moskau testierte, in welch hervorragender Weise wir Österreicher uns für unsere Freiheit geschlagen haben.

Wenn man heute unsere damalige Haltung bekrittelt, so nehmen wir das zur Kenntnis. Aber wir werden nicht wie bisher dazu schweigen, sondern wir werden alle geistigen Mittel in den Kampf einsetzen, um unseren Anteil an den Freiheitskämpfen entsprechend zu beleuchten und wahrheitsgemäß darzustellen. Ich will hier nicht aggressiv werden. Wenn ich aber das Verhalten anderer Staaten, die bereits mit Verträgen begabt wurden, betrachte — und ich stelle ihnen die

Zahl der Blutopfer Österreichs gegenüber —, so können diese Staaten bei Gott den Vergleich mit unserem Freiheitskampf nicht durchhalten. Das wollte ich nur kurz erwähnt haben.

Es gibt aber auch in der Atlantik-Charta einen Punkt 5, der den wirtschaftlichen Aufbau vorsieht und hier alles das enthält, was wir ja wollen: die Freiheit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es sind in der Atlantik-Charta — wenn man sie historisch genau erfaßt — eigentlich alle die Punkte enthalten, die wir jetzt in den Konferenzen der vier Außenminister ohne Unterbrechung auftauchen sehen. Und wenn im § 8 der Atlantik-Charta als letzter Punkt die Entwaffnung angeführt wird, so sehen wir, daß auch hier Weltmeinung Ausdruck findet. Es ist interessant, daß ein Dokument, über das in der nazistischen Zeit gelächelt und gespöttelt wurde, nachwirkend zur geistigen Basis der internationalen großen Weltentwicklung wird, in die wir Österreicher uns vor allem auch geistig einzuschalten haben.

Über die einzelnen Verträge will ich hier kein Exposé geben, dazu ist die Zeit zu kurz. Ich nenne jetzt nur die Konferenzorte: Moskau, Teheran, Kairo, Potsdam, neuerlich Moskau am 26. Dezember 1945. Das Bestreben, uns die Freiheit zu geben, wurde im ersten Kontrollabkommen vom 4. Juli 1945 erwähnt. Nun haben wir das neue Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946. Seither ist scheinbar Ruhe, aber diese Ruhe ist tatsächlich nur scheinbar. Wir sehen von dieser oder jener Seite Vorstöße, um sogar die beengte Freiheit, die uns durch dieses Kontrollabkommen gesichert erscheint, einzuengen. Wir sehen sogar Vorstöße, die Freiheit dieses Parlaments in irgendeiner Weise weiter zu beschränken. Diese Vorstöße sind bis heute nicht gelungen. Aber ich möchte nur auf eines aufmerksam machen: In dem Kontrollabkommen ist eine Passage enthalten. Ich bin begierig, ob diese Passage ihre Effektuierung findet. Es heißt nämlich, die vier Mächte sollen nicht später als sechs Monate nach dem Tage der Unterzeichnung bezüglich seiner Abänderung gemeinsame Beratungen aufnehmen. Das wäre also in diesem Monat. Ich gebe der festen Hoffnung Ausdruck, daß die vier großen Alliierten ehebaldigst Beratungen aufnehmen, um das geradezu unzerreißbare Netz, das uns durch dieses Kontrollabkommen geschmiedet wurde, endlich im Sinne österreichischer Freiheit zu durchbrechen.

Gestatten Sie mir — man vergißt heute leicht, der Weltereignisse sind zu viele und das was heute ist, ist morgen nicht mehr, das Geschehen wird auch durch eine sensationelle Berichterstattung überschattet —, wenn ich hier eine Tatsache in Erinnerung bringe. Wie sieht diese interalliierte oder alliierte Kontrolle in Österreich aus? Da haben wir Divisionen, die sogenannten Divisionen wechseln ihre Vorsitzenden. Und, diese Divisionen behandeln die innerpolitischen und unsere näheren Angelegenheiten, das Finanzwesen, Rechtswesen, die Erziehung, die soziale Verwaltung, die Wirtschaft, den Transport, den Verkehr, die Reparationen, die Übergabe und Wiedergutmachung, die Kriegsgefangenen und versetzten Personen, ja sogar Marineangelegenheiten, militärische Fragen und Luftfahrtsangelegenheiten. Alles in allem 13 alliierte Ministerien, die unseren eigenen Ministerien übergeordnet sind und die jede Freiheit der Gebarung, jede geistige und materielle Initiative außerordentlich belasten. Das mag anfangs vielleicht vom Standpunkt der Alliierten als notwendig erachtet worden sein, es mag die Meinung gewesen sein, man müsse kontrollieren, kontrollieren und wieder kontrollieren. Aber genau so wie auch die Dankbarkeit ihre natürlichen Grenzen hat, genau so muß diese alliierte Überkontrolle ein Ende finden, um Österreich die Freiheit zu geben! (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, daß ja die Neigung bei den Alliierten vorhanden ist, die österreichische Verlegenheit — erfassen wir die Lage einmal mit einem offenen Wort — zu liquidieren und irgendwie in Form der definitiven Freiheitsgebung den unendlichen Verlegenheiten, die die Behandlung der österreichischen Frage im Geiste der Alliierten immer wieder erwachsen läßt, zu entziehen. Auch das ist eines der Motive, wie wir unseren Weg in die Freiheit beschleunigen können. Es wäre aber verfehlt, wenn wir uns hier auf die zunehmende Müdigkeit der Interventionstätigkeit der Besetzung, die großen Kosten, die auch für die alliierten Mächte daraus erwachsen, allein verlassen würden. Wir müssen auch selbst handeln, und wie ich sagte, hiezu muß ein geistiger Kampf ohne Unterbrechung geführt werden.

Die Lage, wie sie heute steht, wird allmählich für Österreich unerträglich. Es wurde heute schon beim Kapitel Bundeskanzleramt über die Frage der Besatzungskosten gesprochen. Ich bin der Meinung, daß wir international vor jedem Forum unseren Rechtsanspruch auf Wiedergabe der Besatzungskosten vertreten können und ich bin weiter der Meinung, daß wir genau so gut wie andere Staaten das volle Recht auf Reparationen haben, nur müssen wir zur gegebenen Zeit hier unsere Ansprüche geltend machen. Ich weiß schon, daß mir vielleicht von offizieller Seite eingewendet wird, daß noch diese oder jene Schwierigkeit besteht, ich

nehme diese wirklichen und angenommenen Schwierigkeiten zur Kenntnis, aber es heißt trotzdem mit absoluter Energie den Weg weiterzuschreiten und ohne Unterbrechung die Rechte, die Österreich überhaupt hat, zu erörtern und Genugtuung zu verlangen. Denn sehen Sie, meine Damen und Herren, es ist uns bis heute schon so viel Unrecht geschehen, so viel mißgünstige Beurteilung trat uns gegenüber zutage, daß es höchste Zeit wird, dagegen aufzutreten.

Ich habe früher von Dank gesprochen. Wir sind uns unserer Dankespflicht vollkommen bewußt, denn hätten sich die Alliierten, gerade als sie einmarschiert sind, sich nicht unser angenommen, hätten sie nicht die Ernährungsfrage geregelt, wäre ein großer Teil von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie hier sitzen, höchstwahrscheinlich schon zu Ihren Vätern heimgegangen. Das muß den Alliierten hoch angerechnet werden, und wir werden das, was sie in den Stunden der höchsten Not für uns geleistet haben, nie vergessen. Aber, wie gesagt, Dank kann nicht ewig sein und alle Anormalität muß allmählich in Normalisierung übergehen. Heute aber ist der Zeitpunkt, wo wir den Übergang in die Normalisierung verlangen können und wenn uns von der einen oder anderen ausländischen Stelle gesagt wird, daß wir kaum in der Lage wären, uns selbst zu verwalten, so mögen das die Herren unsere eigene Sorge sein lassen.

Innenpolitik ist in diesem Falle nicht Außenpolitik. Wir werden mit unseren innenpolitischen Fragen schon in irgend einer Form fertig werden, und gestatten Sie mir eine Bemerkung: Es ist uns in den Jahren 1918 bis 1922 gelungen, den Staat mühevoll aufzubauen. Und es war nicht so, daß dieser neue Staat, die erste Republik, zunächst sehr verlockende Aspekte hatte. Aber in der christlichsozialen Partei erstand ein Staatsmann, dem es gelungen ist, den Akkord vom 4. Oktober 1922 abzuschließen und damit der Republik eine materielle Grundlage zu geben. Ich erinnere mich an die stürmischen Szenen, die sich in diesem Parlament bei Beratung des Abkommens abspielten. Es war aber tragbar, denn von der ersten Minute an war Seipel bestrebt, den Weg in die Freiheit wieder zu finden und drei Jahre später zog der Generalkommissär des Völkerbundes aus den österreichischen Gefilden ab und Österreich konnte sich wieder frei verwalten.

Bitte, vielleicht traut man uns, wie ich in einer ausländischen Zeitschrift gelesen habe, nicht zu, daß wir das notwendige politische Äquilibrium finden können. Ich bin überzeugt, daß nach all dem, was dieser unglückliche Staat mitgemacht hat, solche Sorgen überflüssig sind. Wenn wir den Sinn der Demokratie voll und ganz erfassen, dann ist es ganz gleichgültig, ob diese oder jene Partei ein oder zwei Mandate mehr hat; was wichtig ist, ist das gemeinsame Ziel, die Wohlfahrt dieses Staates, das Bestreben, diesen Staat vorwärtszubringen und als gleichwertiges Mitglied in die Gesellschaft der Nationen einzugliedern.

Ich glaube, es war für ganz Österreich eine außerordentliche Genugtuung, als wir heute die Worte, die der Präsident der Vereinigten Staaten an unseren politischen Bevollmächtigten in Washington bei Übernahme seines Akkreditivs gerichtet hat, hörten. In ihnen liegt die volle Anerkennung unserer eigenen Betrebungen. Seine Worte umreißen ein politisches Ziel, die volle Freiheit unseres Vaterlandes, und ich bin überzeugt, daß sich auf diesem Wege in Bälde alle Mächte einigen werden. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. **Brachmann**: Hohes Haus! Es ist außerordentlich schwer, zur außenpolitischen Lage unseres Landes irgendetwas Neues zu sagen, denn alle die großen Probleme unserer Außenpolitik sind schon oft in aller Öffentlichkeit hier im Hause und in der Presse besprochen worden. Es haben sich auch Redner nicht nur bei diesem Kapitel, sondern auch in der Generaldebatte und auch bei anderen Kapiteln mit der Außenpolitik beschäftigt. Ganz begreiflich, weil es in unserem Staate fast kein Problem gibt, das nicht irgendwie mit der Außenpolitik zusammenhängt oder von ihr beeinflußt wird.

Unsere Sicherheitsverhältnisse zum Beispiel hängen zu einem wesentlichen Teil von der Anwesenheit der displaced persons ab, und wir alle wissen, daß die Beseitigung dieser Landplage nicht ein Problem ist, das wir Österreicher von uns aus lösen könnten, sondern daß dieses Problem wieder nur international gelöst werden kann. Wir können in unserem Land aussprechen, was wir wollen, was wir von unserer Außenpolitik verlangen, wir können aussprechen, was uns weh tut, aber wir können leider die Dinge kaum beeinflussen, wir sind bis jetzt leider nur Objekt und nicht Subjekt der Weltpolitik. Auf unserem kleinen Raum wird Weltpolitik kurzgetreten, so wie an der Achse einer schwenkenden Truppe, und man muß sagen, wir werden dabei kurz und klein getreten. Unsere Lage läßt sich kaum besser ausdrücken, als das mit dem vielgebrauchten Satz immer wieder geschehen ist: Wir sind befreit, aber nicht frei. Wir sind befreit vom Faschismus, von den nazistischen Unter-

drückern, wir sind aber auch gründlich befreit von allen Illusionen, die wir uns über den Neuaufbau der Welt gemacht haben. Welche Hoffnungen haben wir zum Beispiel auf die Atlantik-Charta in bezug auf die Frage Südtirol gesetzt. Wie oft haben wir uns nun schon auf die Moskauer Deklaration berufen! Bisher vergeblich. Was hat man von den großen Männern, die den Neuaufbau der Welt durchführen sollen, alles erhofft! Wir Menschen sind besonders dann, wenn wir uns im Elend befinden, geneigt, uns von den Menschen und Kräften, die das große Wunder zu vollbringen haben, ganz besondere Vorstellungen zu machen. Wir müssen dann immer wieder erleben, wenn wir diese Menschen und Kräfte am Werke sehen, daß sie immer kleiner und schwächer werden, und daß das Ergebnis, das dann dabei herauskommt, niemand befriedigt und alle enttäuscht. Dann schlägt bei den Menschen die Stimmung um vom Optimismus zum Pessimismus, dem geraden Gegenteil. Die Menschen kommen in eine Stimmung hinein, wo sie sich sagen, es ist ohnehin alles umsonst, es nützt uns nichts und in einer solchen Lage und Stimmung befindet sich gegenwärtig unser österreichisches Volk. Wenn man nicht wüßte, wie es immer wieder in der Geschichte zugegangen ist, und wenn man nicht an den Kainszeichen dieses Krieges das Ausmaß der Katastrophe erkannt hätte, die kommen mußte, und die uns vor das Nichts stellen wird, müßte man ja völlig verzweifeln. Es gehört viel Glaube, viel Selbstvertrauen und außerordentich viel Mut dazu, österreichische Außenpolitik zu machen, mit diesen tristen Realitäten, die sich unserer Außenpolitik bieten, fertig zu werden und für das Land dabei das Größtmögliche herauszuholen.

Wenn ich die Aufgaben unserer Außenpolitik überblicke, muß ich — der Herr Minister möge mir diesen Vergleich verzeihen — an einen Koksstierer denken, der da auf einer Schutthalde herumstochert, um irgendwie ein weniges an Heizmaterial für sein kärgliches Mittagmahl daraus herauszufinden. Wir haben mitunter das Gefühl, daß der Herr Außenminister seinen Kohlensack etwas zu kräftig schwenkt, und was darin klappert, sind meist keine Kohlenstücke, sondern wertlose Steine.

Was will unser Land? Was wollen wir Österreicher von dieser Welt? Kurz ausgesprochen, nichts anderes, als was für jedes Volk selbstverständlich ist: völlige Freiheit und Unabhängigkeit, Frieden und Freundschaft mit der ganzen Welt. Das ist alles, was wir auf dieser Welt verlangen.

Da steht angeblich im englischen Weißbuch, wenn wir Österreicher die Unabhängigkeit verlangten, so bedeute das "splendid isolation" und das werde sich das Land auf die Dauer nicht leisten können. Die Engländer — ich hatte wenigstens im allgemeinen den Eindruck — können uns schwer verstehen. Die Schuld daran liegt wahrscheinlich nicht bei den Engländern, sondern bei unserer Lage. Aber da mißverstehen sie uns vollständig, denn Unabhängigkeit, wie wir sie verstehen und wie wir sie auffassen, bedeutet durchaus nicht Isolation. Gegenwärtig sind wir durch die Besatzungstruppen isoliert, nicht nur von der Außenwelt, sondern auch im hohen Maße innerhalb unseres eigenen Landes isoliert, und kein Mensch kann behaupten, daß das Unabhängigkeit oder Freiheit sei. Wir verstehen unter Unabhängigkeit offene Türen, die Möglichkeit, für uns selbst den Weg zu finden in die Welt hinaus, und den Weg frei zu haben für jeden aus der Welt, der zu uns hereinkommt, mit uns Produkte austauschen und Handel treiben will. Das ist unsere Auffassung. Wir denken nicht daran — und ich habe das im Ausschuß deutlich und klar ausgesprochen — uns an irgend eine sogenannte Blockbildung, wie das in der Presse vor allem immer wieder dargestellt wird, anzuschließen. Wir denken weder an einen Westblock noch an einen Ostblock, sondern wir wollen eben offene Türen haben nach Norden und Süden, nach Westen und Osten. Dieses unser ureigenstes Bedürfnis schließt schon jede Anlehnung an irgendeine Blockbildung aus. Gewiß, wir werden nicht übersehen können, von welcher Seite her uns der Weg in die Welt freigemacht wird, nach welcher Richtung er uns zuerst freigemacht wird, und kein Mensch wird von uns verlangen können, daß wir einen Weg gehen, der durch Barrikaden und Schranken abgesperrt ist. Was wir verlangen müssen ist: Weg mit den Schranken! Steckt vor allem einmal eure Waffen ein! Schickt eure Soldaten nach Hause und schickt an Stelle der Soldaten Kaufleute zu uns! (Lebhafter Beifall.)

Was immer von den Großmächten als Grund für die Besetzung unseres Landes vorgebracht wird — es hat schon mein Parteifreund Dr. K o r e f gestern in der Generaldebatte über die Vorwände gesprochen, die da immer wieder gebracht werden: daß wir nicht genügend entnazifiziert hätten, daß die Frage der displaced persons ein Hindernis sei — alle diese Einwände können von uns nur als solche erkannt und als solche gewertet werden. Wir wissen, hinter diesen Einwänden stecken die wahren Interessen der Großmächte, Interessen, die vielfach gar nicht auf unserem Gebiete liegen, die aber auf un-

serem Rücken und zu unserem Schaden ausgetragen werden. Das ist ja die große Schande, daß die Welt hier diesem kleinen Land diese unerhörten Lasten aufbürdet, daß sich die Unfähigkeit der Großmächte, sich über die großen weltpolitischen Fragen zu einigen, in unserem Lande immer wieder auswirkt, daß wir alle die Spannungen in der Weltpolitik zu fühlen bekommen. Und wenn jetzt draußen in der Weltpolitik eine gewisse Lockerung eingetreten ist, wenn man das Gefühl hat, daß es nun vielleicht doch dazu kommen wird, daß sich die Mächte über die Fragen, die sie bisher so sehr getrennt haben, einig werden, so verbinden wir damit die Hoffnung, daß auch wir einiges von dieser Erleichterung, die sich da anbahnt, abbekommen werden.

Wir Österreicher sind sicher ein bescheidenes Volk, ein Volk, das zur Selbstanklage und zur Selbstkritik neigt, aber eines müssen wir feststellen: Die Ermahnungen und die Ratschläge, die uns von den Alliierten bei jeder Gelegenheit immer wieder gegeben werden, die brauchen wir nicht. Etwas ganz anderes verlangen wir, nämlich volle und freie Verfügung über unser Eigentum und die Möglichkeit, durch eigene Arbeit das zu verdienen, was man uns jetzt wegen der Hilfsbedürftigkeit in unserer Not geben muß, an der wir nicht schuld sind. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Das verlangen wir von den Weltmächten! Wir sind nicht ein Volk, das mit dem Bettelsack die Welt durchwandern möchte, nein, wir haben Selbstvertrauen genug in unsere Arbeitskraft und in unsere Organisationsfähigkeit, daß wir einen guten Teil des Wiederaufbaues unseres Landes aus eigenen Kräften bewirken könnten, wenn uns nicht immer wieder fremde Einflüsse hindernd in den Weg treten würden. Und wir wären gar nicht so hilfsbedürftig, wenn man uns die freie Verfügung über unsere wirtschaftlichen Kräfte ließe.

Meine Herren! Das, was wir verlangen, ist unser Recht, und dieses Recht kann man nicht nur fordern, für dieses Recht muß man, wenn es notwendig ist, auch kämpfen. Das ist eine Aufgabe unserer Außenpolitik. So haben wir Sozialisten immer die Unterstützung verstanden, die wir der Außenpolitik dieses Staates geleistet haben. Wir Sozialisten haben jede Gelegenheit unserer Verbindungen im Auslande benützt, um dem eigenen Lande zu dienen.

Wir haben unsere Freundschaften mit der internationalen Welt in den Dienst unseres Landes gestellt. Wir Sozialisten wissen aber auch, daß es einen wirklichen Frieden und eine wirkliche internationale Rechtsordnung erst dann geben wird, wenn der demokratische Sozialismus, gestützt auf die Kraft der Werktätigen in allen Völkern, das Schicksal der Welt bestimmen wird. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Ing. **Schumy**: Hohes Haus! Man wird es verstehen, wenn ich als Vertreter eines Kärntner Wahlkreises die Gelegenheit der Behandlung des Finanzplanes dazu benütze, um abermals die Frage des Kanaletales hier öffentlich zur Sprache zu bringen. Ich will nicht die Argumente wiederholen, die für die Lösung dieser Frage sprechen. Ich hatte Gelegenheit, auch im Finanzausschuß näheres darüber zu sagen. Es genügt, wenn ich feststelle, daß das Kanaletal im Wege einer Grenzkorrektur wieder rückgesiedelt werden kann. Es genügt ferner, wenn ich darauf verweise, daß die Abtrennung des Kanaletales fast ausschließlich aus strategischen Gründen erfolgt ist. Die Rückgliederung ist daher innerlich wohl begründet und berechtigt. Wir hatten die Hoffnung, daß der Herr Außenminister die Gelegenheit wahrnehmen werde, im Zusammenhang mit der Südtiroler Frage auch die Kanaletaler Frage einer Lösung näherzubringen. Ich weiß nicht, wie weit diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen worden ist. Jedenfalls fällt es mir auf, daß über diesem Gegenstand heute nicht mehr gesprochen wird.

Ich halte nicht soviel von der Südtiroler Autonomiefrage, so lange nicht die Klagelegitimation der Österreicher festgelegt ist und solange wir nicht eine Instanz gefunden haben, die dafür sorgt, daß die Bestimmungen der Autonomie auch wirklich befolgt und durchgeführt werden. Wenn diese beiden Kautelen geschaffen werden, dann glaube ich, ist aus der Südtiroler Frage etwas zu machen, und es hätte uns schon gefreut, wenn man im Zusammenhang auch die Kanaletaler Frage irgendwie gelöst hätte.

Ich muß daher den Herrn Außenminister bitten, in seinen Wirkungskreis keine Gelegenheit zu versäumen, um die Kanaletaler Frage der Lösung näherzubringen. Noch ist es Zeit dazu, weil das Schicksal der Staaten in Mitteleuropa noch nicht endgültig festgelegt ist. Noch besteht die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, daß gerade im jetzigen Zeitpunkt die Forderung einer Lösung der Frage des Kanaletales gerechtfertigt ist, da man durchzusetzen verstanden hat, daß ein Gebiet, ein Tal zwischen Italien und Frankreich, das Vale d'aosta, eine Autonomie im wahrsten Sinne des Wortes erhalten hat. Ich bitte den Herrn Außenminister, diesem Gegenstand sein besonderes Augenmerk zu-

zuwenden, damit die Frage des Kanaltales ihrer Lösung zugeführt wird.

Noch einige Worte über die Frage der Außenpolitik. Eine Taktik läßt sich in der Außenpolitik nicht bestimmen; ob Aktivität oder Passivität, das hängt von den gegebenen Umständen ab. Ich für meine Person möchte aber ausdrücklich sagen, daß es auch unbeschadet unserer Hilflosigkeit unter Umständen ganz gut wäre, wenn wir etwas mehr Aktivität zum Ausdruck brächten.

Ich erinnere da an Albanien, das ganz gern mit Italien gegen Griechenland in den Krieg gezogen ist und sich in eine einseitige Lage verstrickt hat. Dieses Albanien entwickelt trotzdem eine Aktivität, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkt und die dem Lande bisher anscheinend zum Nutzen geworden ist. Ich will dieses Beispiel nicht gerade in bezug auf die dabei gesetzten Handlungen anführen, möchte aber im allgemein sagen, daß etwas mehr Aktivität auch in außenpolitischen Dingen durchaus zu verstehen und zu begrüßen wäre.

Das, was hier bezüglich des außenpolitischen Dienstes gesagt wurde, wird jeder Wirtschafter und Praktiker begrüßen, nämlich, wenn die Auslandsvertretung nicht ausschließlich Berufsdiplomaten anvertraut sein wird, sondern wenn im Außendienst auch Wirtschafter, praktisch erprobte Menschen des Lebens, bestellt und eingesetzt werden. Ich kann mir insbesondere vorstellen, daß gerade für die Staaten, die für unsere Wirtschaft von großer Bedeutung sind — ich meine damit unsere unmittelbaren Nachbarstaaten — die Heranziehung diplomatisch gewandter, aber praktisch geschulter Menschen aus dem Leben am Platze wäre.

Es ist hier von meinem Vorredner gesagt worden, daß jede Partei die Aufgabe habe, ihren Einfluß im Ausland im Interesse unseres Staates zur Geltung zu bringen. Wir anerkennen es, daß von Seiten der Sozialistischen Partei diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen wurde. Sicher hat die Intervention des Herrn Vizekanzlers in England gute Früchte getragen. Wir nehmen aber für uns in Anspruch, daß auch die Reise unseres Außenministers von denselben Intentionen getragen war und daß auch diese Reise bestimmt ihre guten Früchte tragen wird. Ich finde es geradezu kleinlich, wenn man sich im jetzigen Zeitpunkt schon einen schweren Kopf über die Kosten macht, obwohl feststeht, daß solche Auswirkungen erst im Laufe der Zeit sichtbar werden können. Ich glaube daher, daß die Reise unseres Außenministers nach Amerika zweifellos im Interesse des Staates gelegen war und daß der geldliche Aufwand wirklich nur in einem untergeordneten Verhältnis dazu steht.

Wenn wir sagen, daß die Parteien die Aufgabe haben, ihren Einfluß zugunsten Österreichs im Auslande geltend zu machen, dann möchten wir das auch auf die dritte Partei, die Kommunistische Partei, beziehen. Wir möchten auch der Kommunistischen Partei sagen, daß sie die Aufgabe hat, ihren Einfluß im Auslande oder besser gesagt, bei den Auslandsmächten zugunsten Österreichs geltend zu machen. Wenn es schon nicht Reisen sind, dann in jeder anderen Form. Warum? Weil wir der Meinung sind, daß dieser Einfluß, der zweifellos besteht, wesentlich dazu geeignet wäre, die Beziehungen Österreichs zu dem östlichen Machtfaktor zu verbessern und glücklicher zu gestalten. (Starker Beifall.)

Abg. **Scharf:** Hohes Haus! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Seite unserer außenpolitischen Situation lenken, die heute noch nicht besprochen worden ist. Es handelt sich um unsere Beziehungen zu Jugoslawien.

Wir haben vor kurzem aus der Presse erfahren, daß die Beziehungen zu Jugoslawien offiziell aufgenommen worden sind, daß der Herr Gesandte Dr. Hočevar seinen Antrittsbesuch abgestattet hat und daß verschiedene Verhandlungen eingeleitet worden sind, über deren Entwicklung wir nur sehr ungenau informiert sind.

Ich glaube, daß das gesamte österreichische Volk Interesse an dieser Entwicklung hat und daß es sich insbesondere für die Entwicklung der Kärntner Frage interessiert.

Wir wissen alle, daß an den sogenannten slowenisch sprechenden Kärntnern, an den Kärntner Slowenen, während des Naziregimes sehr viel gesündigt wurde. Ich brauche nicht erst lange an die brutale Behandlung zu erinnern, die die Kärntner Slowenen während der Nazizeit erfuhren, auf die Vertreibung von Haus und Hof hinzuweisen und das unerbittliche und brutale Vorgehen im Kampf gegen die Kärntner Partisanen zu erwähnen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Erbitterung, die dadurch unter der slowenisch sprechenden Kärntner Bevölkerung entstand, sich vor allem auch gegen die örtlichen österreichischen Behörden wandte, die sich auf Befehl — natürlich — an der Bekämpfung der slowenischen Bevölkerung beteiligt haben.

Die Kärntner Landesregierung hat durch ihre entgegenkommende Haltung, durch Ein-

richtung der Zweisprachenschule, sehr viel dazu beigetragen, daß eine gewisse Beruhigung innerhalb der slowenischen Bevölkerung Kärntens eintreten konnte. Es wäre meiner Meinung nach auch notwendig, daß von der Staatsregierung Maßnahmen durchgeführt würden, die die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit unserem südlichen Nachbarstaat verbessern. Dies würde nicht nur zur Beruhigung in der Kärntner Frage beitragen, sondern auch unseren eigenen wirtschaftlichen Interessen dienen. Es ist wirklich nicht notwendig, daß wir erst durch das englische Weißbuch darauf aufmerksam gemacht werden, daß wir auch bei unseren östlichen Nachbarstaaten wirtschaftliche Interessen zu verfolgen haben. Wir wissen, daß sich bereits jugoslawische Vertreter verschiedentlich in Österreich aufhalten, um zu untersuchen, auf welchen Gebieten Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden könnten.

Die vom Statistischen Zentralamt herausgegebene Übersicht über die Entwicklung des österreichischen Außenhandels in der Zeit der ersten Republik beginnt mit den Worten: Einer der für Österreich wichtigsten Lieferanten landwirtschaftlicher Erzeugnisse war Jugoslawien, das dafür in sehr bedeutendem Umfange österreichische Industrieprodukte bezog. Wir erhielten aus Jugoslawien vor allem auch Getreide und Schweine, Produkte, in denen heute Jugoslawien bereits den Vorkriegsstand erreichen konnte. Wir lieferten an Jugoslawien Baumwollwaren, Eisen und Metallwaren, Papier, Maschinen und Apparate, Gegenstände, die auch heute wieder in unserer Außenhandelsstatistik aufscheinen, die allerdings in Länder exportiert werden, die uns nicht in entsprechender Weise Kompensationswaren liefern. Ich weise nur beispielsweise darauf hin, daß wir im Monat September einen Ausfuhrüberschuß von 2,500.000 S hatten.

Jugoslawien stand im österreichischen Außenhandel vor dem Jahre 1934 an vierter Stelle. Es hat bei der Beratung des ersten Budgets unserer Republik bereits mein Parteifreund W e d e n i g mit anderen Argumenten auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien verbessert werden müssen. Es wird sehr gerne eingewendet, daß wir nicht in der Lage wären und daß es für uns nicht günstig wäre, mit Staaten, die im allgemeinen besser bewaffnet sind als das gegenwärtige Österreich, in zu enge wirtschaftliche Beziehungen zu kommen. Bei diesem Standpunkt würden wir wahrscheinlich überhaupt zu keinem Außenhandel in Österreich kommen, denn die einzigen Staaten, die sich in bezug auf Bewaffnung mit uns vergleichen ließen, wären Deutschland und Italien, die selbst die größte Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiete nötig haben.

Ich glaube, daß wir uns in der Frage unserer Beziehungen zu Jugoslawien nicht mehr den Luxus einer langen Zeitversäumnis leisten dürfen. Wir haben vor einigen Tagen gehört, daß Jugoslawien darangeht, in einem Fünfjahrplan das Land aus einem Agrar- in einen Industriestaat zu verwandeln. Wir können überzeugt sein, daß wir, wenn wir erst in fünf Jahren darauf kommen sollten, daß es notwendig sei, wirtschaftliche Verhandlungen und einen umfangreichen Außenhandel mit Jugoslawien zu pflegen, dann die Produkte, in denen wir heute noch durch unsere Industrie den Jugoslawen voraus sind, dort nicht mehr anbringen könnten. Wir wünschen daher, daß die Beziehungen verbessert und die Bemühungen intensiviert werden, damit wir hinsichtlich Jugoslawiens endlich zu positiven Ergebnissen kommen können: damit endlich die Kärntner Frage geregelt und unsere wirtschaftlichen Verbindungen zu diesem Nachbarlande ausgebaut werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

*

Damit ist die Aussprache über die G r u p p e III b e e n d e t.

Nun gelangt die **Gruppe IV** zur Verhandlung, die Kapitel 9: Inneres, und Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen, umfaßt.

Spezialberichterstatter Dr. **Häuslmayer**: Meine Damen und Herren! Wir haben uns vor kaum einem halben Jahr mit diesem Kapitel sowie mit dem gesamten Budget beschäftigt. Es ist daher überflüssig, eine lange Rede zu halten. Die Kapitel 9 und 26: Inneres und Übergangsmaßnahmen, wurden am 14. November im Finanzausschuß gründlichst beraten. In dieser Ausschußsitzung wurde, wie das naturgemäß ist, der wahrhaft enorme Aufgabenkreis des Innenministeriums nach allen Seiten beleuchtet. Die auch bereits in normalen Zeiten nicht geringen Kompetenzen dieser Zentralstelle haben sich nach dem Zusammenbruch 1945 geradezu phantastisch vergrößert, wobei zu bedenken ist, daß es sich vielfach um Entscheidungen handelt, die zutiefst in menschliche Schicksale eingreifen, mit denen ja in der Vergangenheit verbrecherisch gespielt worden ist: Staatsbürgerschaftsverleihungen, Naziproblem usw.

Die oberste Aufgabe dieses Ministeriums ist bekanntlich die Sorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Wie auf diesem Gebiet die Zustände sind, ist jedermann bekannt. Folgen des ehemaligen Terrorsystems und der „veredelnden" Wirkun-

gen des sechsjährigen Mordens, vielfache Verwüstung aller Moral- und Rechtsbegriffe, Geringschätzung des Menschenlebens, Raubüberfälle und Morde sind an der Tagesordnung. Überflüssig zu betonen, daß dem verantwortlichen Chef dieser Stelle eine übergroße Bürde aufgelastet ist. Überflüssig zu sagen, daß die Exekutivorgane einen Dienst zu leisten haben, der die größten und schwersten Anforderungen an sie stellt, ja, den sie nicht selten mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen. Allen diesen Organen gebührt daher der Dank der Volksvertretung. Es ist daher klar, daß sich die Ausgaben dieses Kapitels erhöht haben, wobei der Stand der Exekutive noch immer unzulänglich ist. Die Erhöhung beträgt übrigens für die gesamte Exekutive nur 36 Millionen Schilling, also keine überwältigende Ziffer, da ja hierin auch die Teuerungszulagen aufscheinen.

Einen verhältnismäßig hohen Betrag verlangt das Wanderungswesen, jene groteske Erscheinung, die wir ja schon während des Krieges beobachtet haben und die den ganzen Wahnsinn der Vergangenheit enthüllt, autoritär angeordnete Völkerwanderungen im Hinblick auf das „tausendjährige Reich", das zwölf Jahre gedauert hat.

Die Kriegsgräberfürsorge mit 155.000 S ist ein selbstverständlicher Akt der Pietät.

Für die Grenzregulierung, die während der nationalsozialistischen Aera vollständig vernachlässigt wurde — ihnen hätte ja morgen die ganze Welt gehört —, mußte ein Betrag von über 3 Millionen Schilling gewidmet werden. Noch haben wir, von den Grenzen gegen die Schweiz und Ungarn abgesehen, keinen solchen Schutz. Wir sind daher gegen die Einwanderung von unliebsamen ausländischen Gästen bisher machtlos.

Der Aufwand für die dem Ministerium unterstehenden politischen Behörden sieht eine Senkung von 6 Millionen Schilling vor, da gewisse Ausgaben den Ländern übertragen wurden. Es ist notwendig, bei diesem Kapitel auf die eheste Gesetzwerdung der demokratisch zusammengesetzten Bezirksvertretungen hinzuweisen.

Und nun zum Kapitel 26, den sogenannten „Übergangsmaßnahmen", das einen Gesamtaufwand von rund 76 Millionen Schilling aufweist, wohl das traurigste Erbe der Vergangenheit. Es umfaßt die Ausgaben für die Liquidierung der reichsdeutschen Dienststellen, Abfindungsbeträge, Heimkehrerfürsorge und die gesamte, dem österreichischen Staat angeordnete Ausländerbetreuung, Ausgaben, wie die erstgenannten, die volkswirtschaftlich unerlässlich sind, da tatsächlich für die ehemalige deutsche Wehrmacht geleisteten Arbeiten österreichischer Firmen eben bezahlt werden müssen.

Ein paar Worte, meine Damen und Herren, der menschlichen Note des Berichterstatters, der sich ja der strengsten Sachlichkeit zu befleißigen hat, zu Heimkehrerfrage. Es gibt wohl niemand unter uns, der nicht aus ganzem Herzen wünscht, daß dieses Problem in allerkürzester Zeit gelöst werde und daß diese Ärmsten der Armen endlich einmal in die Heimat zurückkehren können. Diese Frage darf nicht zu einem staatspolitischen Problem werden, sie ist einzig und allein, wie Herr Minister H e l m e r im Ausschuß gesagt hat, eine Forderung reinster Menschlichkeit.

Zu wünschen, ja zu fordern ist auch die Entlastung auf dem Gebiet der Ausländerbetreuung, die den Betrag von 38 Millionen Schilling vorsieht. Im Ausschuß ist beantragt worden diese Post zu streichen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Es wäre noch festzustellen, daß die im Budgetvoranschlag 1946 vorgesehene Post Besatzungskosten aus diesem Kapitel gestrichen wurde, da die Kosten anderweitig gedeckt werden sollen. Es ist notwendig, bei dieser Post von dieser Stelle aus mit allem Ernst darauf hinzuweisen, daß ein Aufbau Österreichs bei Weiterbelassung der ungeheuren Summen der Besatzungskosten, wiewohl sie jetzt erniedrigt worden sind, eine Fata morgana ist; mögen die Mächtigen dieser Erde dies einsehen.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Ich stelle den A n t r a g, der Nationalrat wolle diesen beiden Kapiteln mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und die beigedruckte E n t s c h l i e ß u n g annehmen.

*

Die E n t s c h l i e ß u n g lautet:

Die Bunderegierung wird aufgefordert, die notwendigen Schritte beim Alliierten Rat einzuleiten, daß die Bewilligung der Aus- und Einreise und die Ausstellung von Pässen in den Machtbereich der österreichischen Behörden übertragen wird.

Abg. **Hackenberg:** Hohes Haus! Wir haben heute Gelegenheit, die Tätigkeit der Regierung, die Tätigkeit des in Österreich neuerstandenen Parlamentarismus für eine Dauer von 12 Monaten zu beobachten. 12 Monate hindurch hatte der neuerstandene Parlamentarismus Gelegenheit, sich zu bewähren, zu zeigen, daß er imstande ist. die neuerstandene Demokratie zu festigen, auszubauen und für die Zukunft zu sichern. Wenn wir — und das geschieht anläßlich der Budgetdebatte ausführlich — die vergangene Zeit und das, was in der vergangenen Zeit geschehen ist, be-

trachten, kritisieren und uns vornehmen, die Dinge in Zukunft selbst zu gestalten, soweit dies in unserer Macht liegt, dann möchte ich bei Betrachtung des Kapitels Inneres vor allem auf einige Tatsachen hinweisen, die wir nicht vergessen dürfen.

Da ist vor allem eine alle Verwaltungszweige unserer heutigen Regierung berührende Angelegenheit, die uns besonders bewegt, die Frage der Besatzungsmächte. Ich glaube, nicht irrezugehen, wenn ich sage, daß unser Minister für Inneres sich viel mehr mit Vertretern ausländischer Mächte, die sich in Österreich befinden, befassen muß, daß seine Korrespondenz und seine Besprechungen viel mehr in der Richtung ausländischer Mächte und deren Vertreter gehen, als es vielleicht beim Außenministerium der Fall ist. Das ist bezeichnend und stellt schon die Schwierigkeiten dar, gegen die wir auf diesem Gebiete besonders anzukämpfen haben.

In einer der ersten Sitzungen unseres Nationalrates hat mein Parteifreund, der Abgeordnete Karl Seitz, als erster den Ruf nach der Wiederherstellung der Souveränität unseres Staates ausgesprochen. Er hat mit diesem Ruf damals das Haus nicht zur vollen Begeisterung entflammen können. Lediglich auf den Bänken der Sozialistischen Partei wurde diesem Ruf Zustimmung gegeben. Die anderen Parteien haben sich damals einer vornehmen Zurückhaltung befleißigt, ja noch mehr, eine Partei des Hauses hat sich bemüht, die Rede des Abgeordneten Seitz im nachhinein zu kritisieren, ihre Bedeutung herabzuwürdigen und den Ruf nach Souveränität als unzeitgemäß zu erklären.

Die Verhältnisse haben uns Recht gegeben. Ich glaube, es wird keinen Abgeordneten in diesem Hause geben, es wird keinen Österreicher geben, der heute nicht bereit wäre, das, was der Abgeordnete Seitz damals gesagt hat, zu unterstreichen, als Österreicher selbst zu fordern und sogar über die damals diplomatisch formulierten Forderungen des Abgeordneten Seitz hinauszugehen. Wir wollen hoffen, daß dem Wunsch des österreichischen Volkes nach Wiederherstellung seiner Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit bald Folge geleistet wird. Aber gegenwärtig beeinflußt eben das Ausland die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse noch immer so stark, daß wir der Regierung in manchen Dingen ein gewisses Absolutorium, ein gewisses Verzeihen entgegenbringen müssen, wenn in den letzten zwölf Monaten nicht so viel geschehen ist, wie es die österreichische Bevölkerung erhofft und erwartet hat.

Ich möchte hier die Gelegenheit benützen, um auf eine Neuerscheinung in unserem politischen Leben hinzuweisen, auf eine Erscheinung, die in der zweiten Demokratie sich erst in den letzten Wochen entwickelt hat und die, glaube ich, die noch immer im Aufbau begriffene Demokratie aufs schwerste gefährden kann. Wir haben nicht nur in Wien, sondern auch in anderen größeren Städten — ich verweise auf Innsbruck, Klagenfurt und Graz —, aber insbesondere in Wien, anläßlich der Hochschulwahlen wieder Ereignisse festgestellt, mit denen wir uns bei dieser Gelegenheit ein wenig befassen müssen. Es ist zu Straßendemonstrationen gekommen. Selbstverständlich kann ein derartig provokatorisches Verhalten, wie es einzelne dieser Hochschüler in den Wahlreden an den Tag legten, nicht unbeantwortet bleiben. Selbstverständlich werden diese Vorfälle auf die demokratischen Schichten, insbesondere die Arbeiterschaft, die unter dem Nationalsozialismus so viel gelitten hat und die heute noch unter den Folgen dieses von den Nationalsozialisten verschuldeten furchtbaren Krieges zu leiden haben, alarmierend wirken und Gegenäußerungen hervorrufen. Ich halte es aber immerhin für gefährlich, aus diesem oder aus ähnlichem Anlaß bei den heutigen Verhältnissen Massen auf die Straße zu rufen. Ich glaube, daß wir zu diesen Mitteln erst greifen dürfen, wenn alle demokratischen Mittel und alle gesetzlichen Mittel, gegen solche Ruhestörer vorzugehen, erschöpft sind. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Denken Sie nur daran, meine Damen und Herren, daß wir eben immer noch nicht frei sind, daß wir Besatzungsmächte im Lande haben, von denen wir hoffen und wünschen, daß sie uns bald verlassen. Denken Sie daran, daß es schon bei diesen Hochschulkrawallen in den verflossenen Wochen unserer Polizei nicht restlos gelungen ist, trotz der kleinen Massen, die sich an diesen Demonstrationen beteiligt haben, der Sachlage Herr zu werden. Denken Sie daran, daß schließlich und endlich alliiertes Militär einschreiten mußte, um die Ordnung wieder herzustellen. Sollten sich solche Vorkommnisse wiederholen, sollte es häufiger vorkommen, und Anlaß dazu wird es in Anbetracht des schweren Winters, den wir zu erwarten haben, genug geben, daß die Besatzungsmächte in Österreich genötigt sein werden, zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Österreich einzuschreiten, so haben wir recht wenig Aussicht, jemals von dieser drückenden Last und von dieser Fessel befreit zu werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

Ich glaube, die demokratischen Parteien dieses Staates — und es gibt ja nur demokratische Parteien — müßten sich ihrer Ver-

antwortung bewußt sein und wohl überlegen, wann und unter welchen Umständen diese und jene Schritte einzuleiten wären und welche Folgen irgendwelche unüberlegte Handlungen nach sich ziehen können. Es ist ja noch nicht so lange her seit dem 15. Juli 1927. Die spontanen Demonstrationen des 15. Juli 1927 wurden hervorgerufen durch ein Fehlurteil eines Geschworenengerichtes. Auch damals war die Erregung in der Arbeiterschaft groß. Es soll nun jemand kommen und soll beweisen, daß die Demonstrationen des 15. Juli 1927 zur Stärkung und Festigung der Demokratie der ersten Republik beigetragen haben, sondern genau im Gegenteil, es trat das ein, was wir auch heute anläßlich der Hochschulkrawalle sehen. Es taucht der Ruf auf der anderen Seite auf: Wir werden uns dem Terror der Straße nicht beugen! Dieses Argument, diese Feststellung geht schief. Sie ist falsch, denn der Terror der Straße wird ausgeübt von unseren Wählern, die in einem bestimmten Moment und unter gewissen Voraussetzungen in höchste Leidenschaft versetzt wurden. Aber wenn wir durch häufiges Wiederholen solcher Straßendemonstrationen, wenn wir durch Provozieren solcher Straßendemonstrationen reaktionären Kreisen, autoritär eingestellten Menschen die Möglichkeit geben, vom Terror der Straße zu sprechen, der gebrochen werden muß, so wird damit der Demokratie das Grab gegraben. Das aber müssen wir uns überlegen und daß müssen alle Parteien für die Zukunft zu verhindern wissen.

Auf Grund der Erfahrungen, die wir mit der Tätigkeit der Regierung gemacht haben, wird auch der Ruf nach Neuwahlen laut. Unsere Freunde von der Kommunistischen Partei begründen die Forderung nach Neuwahlen mit dem Versagen der Regierung, mit noch nicht erfüllten Versprechen, und behaupten, nun muß eine neue Wahl eine andere Regierung hervorbringen, eine andere Regierung, die größere Erfolge und ein rascheres Tempo im Wiederaufbau sowohl in materieller als auch in ideeller Hinsicht gewährleistet.

Wir Sozialisten fürchten die Neuwahlen nicht, im Gegenteil, wir haben uns nach Beendigung der Wahl vom 25. November 1945 mit dem Problem der Neuwahlen beschäftigt und zielbewußt für die nächsten Neuwahlen vorgearbeitet. Ich bin einer Meinung mit meinen Freunden von der Kommunistischen Partei, daß, wenn es zu einer Wahl kommt, siegreich aus dieser Wahl meine Partei hervorgehen wird.

Ich nehme auch zur Kenntnis, daß der Abgeordnete Ing. R a a b durch einen wohl ironisch gemeinten Zwischenruf uns auch eine gute Zensur ausgestellt hat. Ich nehme zur Kenntnis, daß Abgeordneter Raab festgestellt hat, wir wären die Braven, wir allein, die Sozialistische Partei, die in der Demokratie sich bewährt hätte. Zensuren über politische Parteien und ihre Tätigkeit erteilen gewöhnlich die Wähler, wenn sie zur Entscheidung aufgerufen werden. Ich glaube, daß die Wähler dem ironischen Zuruf des Abgeordneten Raab vollkommen recht geben werden, aber ohne Ironie, mit vollem Ernst. Eine Zensur über die Tätigkeit einer politischen Partei erteilt aber auch die Geschichte. Wenn wir nun die Geschichte der letzten Jahrzehnte betrachten und wenn ich mich an Äußerungen während der Zeit des Faschismus erinnere, die nicht nur von Anhängern unserer Partei, sonder auch von bekannten Anhängern früherer und jetzigen Anhängern unserer gegnerischen Partei gefallen sind, wenn ich an die Leistungen der Sozialdemokratischen Partei vor 1934 denke, so glaube ich, brauchen wir auch die Zensur der Geschichte nicht zu fürchten. (Beifall bei den Sozialisten.) Ich weiß nicht, ob nicht auch der Herr Abgeordnete Raab einigermaßen unter diesem Eindruck gestanden ist, als er diese ironische Bemerkung mit betonter Hervorkehrung jener Ironie gemacht hat.

Auf dem Gebiete des Innenministeriums haben sich einige hervorragende Ereignisse abgespielt, die die Öffentlichkeit sehr beschäftigt haben. Ich muß das feststellen, denn soweit ich mit meinen Wählern zusammengekommen bin, hat eben dies meine Wähler mehr interessiert und aufgewühlt als die Tatsache ihres Hungers, ihrer kalten Wohnungen und ihrer zerrissenen Kleider. Es waren die Ernennungen, die bei der Polizei im Sommer durchgeführt und in diesem Hause auch schon besprochen und kritisiert wurden. Es erfüllt uns Sozialisten mit Genugtuung, wenn wir davon hören, daß einige dieser damals vollzogenen Ernennungen nun einer Revision unterzogen werden sollen. Wir glauben, daß damals Entscheidungen getroffen wurden, die dem Sinne und dem Wesen der Demokratie nicht voll entsprochen haben, und in dieser Hinsicht hat ja auch die Kritik in der Öffentlichkeit von unserer Partei aus gewirkt. Es sind neuerdings bei der Polizei Ernennungen durchgeführt worden, Ernennungen, die die Leidenschaft der Bevölkerung weniger entfacht haben, die sich nach der anderen Richtung hin bewegen. Es wurde auf dem Gebiete des Innenministeriums und insbesondere auf dem Sektor Polizei erstmalig in großem Maßstab der Versuch gemacht, in die Körperschaft des Berufsbeamtentums berufsfremde, mit Hochschulbildung nicht ausgestattete Menschen,

die sich entweder in der Zeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft oder in der Zeit des Aufbaues unserer Demokratie bewährt hatten, in die Verwaltung auf Posten zu stellen, auf die sie unter normalen Verhältnissen nicht gekommen wären. Es war ein Versuch.

Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat bereits vormittags darauf hingewiesen, wie notwendig es sein wird, zur Beamtenfrage in der zweiten Republik eine andere Stellung einzunehmen, als es in Österreich bisher üblich war. Wir wollen hoffen, daß mit diesen bereits erfolgten Ernennungen der neue Zug, der revolutionäre Geist, von dem auch der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung des vorigen Jahres gesprochen hat, Wirklichkeit wird, daß diese Ernennungen nicht die letzten sind, sondern daß sich der revolutionäre Geist auch auf diesem Gebiet weiter zum Wohl der österreichischen Demokratie und der österreichischen Bevölkerung auswirken wird und daß das festgefügte Gebäude des Berufsbeamtentums auf diesem Wege noch weiterhin einigermaßen aufgefrischt und ergänzt wird.

Wenn wir die Erfolge und die Fortschritte auf dem Gebiete des Innenministeriums und insbesondere auf dem Gebiete der Polizei registrieren und betrachten, so dürfen wir auch nicht vergessen, auf etwas hinzuweisen, was noch dringend einer Revision zu unterziehen wäre.

Schon in den Budgetverhandlungen, die im Sommer durchgeführt wurden, wurde darauf hingewiesen, daß es bei der Sicherheitswache und auch bei der Gendarmerie mit dem neuen revolutionären Geist, den der Herr Bundeskanzler für das neue Österreich angekündigt hat, noch irgendwelche Hemmungen gibt, daß die Durchführung noch immer Hemmungen unterliegt. Es sind vielleicht nur Äußerlichkeiten, aber, meine Damen und Herren, Äußerlichkeiten sind oft nur die symptomatischen Zeichen von Vorgängen, die tiefer liegen und die tiefere Ursachen haben. Auf Grund meiner Erfahrungen bin ich der festen Überzeugung, daß Offizierstitel — die es bei der Polizei früher nicht gegeben hat und die zu einem Zeitpunkt eingeführt wurden, als die autoritäre Staatsmacht sich bereits zu festigen begann — symptomatische Zeichen einer Reaktion sind. Es wäre daher allerhöchste Zeit, daß die Offizierstitel bei der Sicherheitswache und der Gendarmerie endlich abgeschafft werden, denn an diesen Offizierstiteln könnten sich leicht wieder reaktionäre Bestrebungen emporranken.

Es ist auch in der Budgetdebatte im Sommer dieses Jahres von mir darauf hingewiesen worden, daß bei der Gendarmerie noch immer die Meldungsform „gehorsamst" verwendet wird. Die Gehorsamsformel ist uns allen bekannt, die den absoluten Unterordnungsgeist des Untergeordneten dem Übergeordneten gegenüber zum Ausdruck bringen soll. Ich stelle mit Freude fest, daß in den letzten Tagen die Anwendung dieser Redewendung innerhalb der Gendarmerie verboten wurde, und ich glaube, so wie dieses Wort „gehorsamst" aus der Rüstkammer des österreichisch-ungarischen Militarismus stammt, daß ähnlich wie dieses Wort in Zukunft die ebenfalls aus dem österreichisch-ungarischen Militarismus stammenden Offizierstitel abgeschafft werden. Wir haben es viel notwendiger, daran zu denken, die Sicherheitswache, die Exekutive des Innenministeriums, sachlich und ideell auszubauen, zu verstärken und sie für die kommenden Aufgaben, die erwartet werden, auszurüsten.

Wir wünschen alle den Abzug der Besatzungsmächte, wir wünschen alle die Wiederherstellung unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität. Es ist aber auch heute schon darauf hingewiesen worden, und es ist ja auch bei der Budgetdebatte noch bei anderen Kapiteln davon gesprochen worden, daß die Kriminalität, das Verbrechertum in Österreich einen noch nie dagewesenen Höhestand erreicht hat. Eine schwach ausgerüstete, eine mangelhaft geschulte Polizei wird wahrscheinlich niemals Herr über dieses Verbrechertum werden. Es ist notwendig, unser größtes Augenmerk darauf zu wenden, daß unsere Polizei für den Augenblick, da die Besatzungsmächte abziehen, richtig und gut bewaffnet ist, daß sie mit allen Mitteln ausgestattet wird, wie es eben notwendig ist, um dem Bandenunwesen und dem Verbrechertum Herr zu werden.

Wir wollen auch hoffen, daß die Ausbildung der Sicherheitswachleute mit der Gründlichkeit erfolgen wird, die notwendig ist. Es ist zu wünschen, daß die Ausbildung der Sicherheitswachleute Beamten und Lehrern übertragen wird, die mehr auf die fachliche Ausbildung ihrer Schüler Wert legen als auf eine Ausbildung, wie sie vor dem Jahre 1934 bei der Polizei üblich war, die nur politische Tendenzen und politische Zielrichtungen hatte.

Überhaupt werden wir uns wieder um die Sorgen der Sicherheitswache- und der Gendarmeriebeamten viel mehr kümmern müssen. Die Opfer, die sie uns zu bringen haben, sind unvergleichlich größer als jemals zuvor. Ihr Dienst ist ungeheuer schwierig, er ist schwierig nicht nur wegen der angestie-

genen Kriminalität, er ist schwierig auch, weil in der gesamten Bevölkerung eine gewisse Reaktion aus dem totalitären Staat der Vergangenheit her ein gewisser Unwille gegenüber behördlichen Organen überhaupt aufscheint. Und das behördliche Organ, das am allermeisten im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, daß ist der auf der Straße stehende Sicherheitswachmann.

Wir müssen die Sicherheitswachleute und insbesondere die in den ersten Jahren ihrer Laufbahn stehenden Wachleute materiell derart ausstatten, daß es für junge Leute reizvoll wird, die Uniform des Sicherheitswachmannes anzuziehen, in den Dienst des Staates, in den Dienst der Ordnungsmacht des Staates einzutreten. Und ich kann mit Genugtuung feststellen, daß diesen Wünschen der jungen Sicherheitswachebeamten auch einigermaßen Rechnung getragen wurde.

Ich möchte den Herrn Innenminister bei dieser Gelegenheit aber bitten, auf diesem Wege nicht zu erlahmen. Wir müssen die Leute, so lange sie Dienst machen, nicht nur sicherstellen, wir müssen ihnen auch die Gewähr geben, daß auch, wenn sie durch Berufsunfälle außer Dienst gestellt werden, für sich und ihre Angehörigen materiell entsprechend gesorgt wird, so daß sie keine Sorgen für die Zukunft zu haben brauchen.

Meine Damen und Herren! Das Innenministerium ist vielleicht jene Stelle der Regierung und jener Zweig der Regierungstätigkeit, der am sichtbarsten und vielleicht auch am intensivsten an der Wiederherstellung und Festigung unserer Demokratie beteiligt ist. Versagen wir auf diesem Gebiete, so hat die Demokratie versagt und sie wird sich auf keinen anderen Verwaltungszweig der Regierung mehr durchsetzen können. Es erfordert wirklich die Konzentration aller Kräfte und den guten Willen aller drei politischen Parteien, hier zu einem günstigen Ergebnis zu kommen. Ich bin überzeugt, daß sich die drei politischen Parteien, wenn wir heute Bilanz machen über das, was im verflossenen Jahr geschehen ist, und wenn wir uns vieles für die Zukunft, die erst gestaltet werden soll, vornehmen, darin einig sind: Wir brauchen eine verläßliche Sicherheitspolizei im Staate! Wir brauchen eine Sicherheitspolizei, die gewillt ist, unter allen Umständen die Demokratie in Österreich zu sichern und zu festigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

*

Während vorstehender Ausführungen hat der **Präsident** den Vorsitz wieder übernommen.

Abgeordneter **Prinke**: Hohes Haus! In den Voranschlagsberatungen nimmt das Kapitel Inneres einen breiten Raum ein. Das Interesse der Bevölkerung wendet sich mit ganz besonderem Interesse diesem Kapitel zu. Es war ja schon gestern in der Generaldebatte und auch heute sehr viel die Rede von den Fragen der Innenpolitik. Es wurde wiederholt — so auch von meinem Herrn Vorredner — darauf hingewiesen, daß nur ein absolut verläßliches Sicherheitsorgan die Garantie dafür bietet, daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit in unserem Staate gewährleistet sind.

Wenn diese Gewährleistung geboten werden soll, dann darf natürlich nicht so, wie es in der letzten Zeit häufig der Fall war — ich habe ja auf diese Dinge schon im Finanzausschuß hingewiesen —, die Exekutive immer wieder zum Angriffsobjekt in der Öffentlichkeit werden. Ganz besonders von einer Seite her, oder von ganz bestimmten Elementen wird immer und immer wieder der Versuch unternommen, Unruhe in das Korps der Exekutive hineinzutragen, um eine wirkliche Wiederaufbauarbeit unmöglich zu machen und um die Exekutive zu einem einseitigen Parteiinstrument zu gestalten. Wir sind uns darüber klar, daß der Kampf darum geht, die politischen Machtverhältnisse im Sicherheitskorps so zu gestalten, daß dieses einseitig parteipolitisch in den Dienst einer Partei gestellt werden kann.

Die Hochschulereignisse haben es ganz eindeutig gezeigt, wohin diese Verhetzung führt. Wenn wir hören mußten, daß die Wiener Sicherheitswache, so wie in den unseligen Tagen der Vergangenheit, dabei wieder als „Arbeitermörder" beschimpft wurde und auf der anderen Seite aber sehen mußten, daß sie sich vollständig passiv verhalten und nicht eingegriffen hat, wenn Studenten, die mit den Demonstranten nichts zu tun hatten, blutig geschlagen wurden, dann wird uns so richtig klar, daß es so nicht gehen kann und daß auf diese Weise ein Exekutivkorps nicht aufgebaut werden kann.

Wenn man versucht, Polizei und Gendarmerie einseitig politisch zu beeinflussen und ihnen nicht die Möglichkeit gibt, so, wie es ihre Aufgabe wäre, wirkliche Diener dieses Staates zu sein und vollkommen unbeeinflußt von jeder Politik ihren Dienst zu erfüllen, dann kann es nicht aufwärts gehen.

Die Wiener Polizei rekrutiert sich aus Beamten, die durch Jahre hindurch ihre Pflicht erfüllt haben, und sie setzt sich auch aus neuen jungen Menschen zusammen, die nun zu diesem Sicherheitskorps gestoßen sind und als berufliche Exekutivorgane herange-

zogen und ausgebildet werden sollen. Die Hauptaufgabe muß daher in einer wirklichen Berufsausbildung, die zu einem tüchtigen Berufsbeamten führt, bestehen. Wie es jedem Menschen, in welcher Stellung er sich auch im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Leben oder sonst befinden mag, unbenommen ist, seiner politischen Auffassung frei Ausdruck zu geben, muß es selbstverständlich auch den Angehörigen der Exekutive vorbehalten bleiben, sich zu einer politischen Partei bekennen zu können. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Exekutive als Organ einer bestimmten Partei betrachtet wird. Es denkt niemand daran, den Polizisten und den Gendarmeriebeamten ihre politischen Rechte zu nehmen, aber wir verwahren uns entschieden dagegen, daß versucht wird, Personen, die immer ihre Pflicht erfüllt haben, als nicht geeignet oder nicht tragbar für die Exekutive zu bezeichnen. Dies tun aber gerade Menschen, die nicht aus dem Berufsbeamtenkorps kommen und die mit der Exekutive gar nichts zu tun haben, vielmehr erst ganz kurze Zeit diesem Korps angehören, ja erst seit kurzer Zeit, seit einigen Monaten, überhaupt die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, sich aber als aufrechte Österreicher ansprechen und die anderen wirklich aufrechten österreichischen Beamten der Exekutive als Faschisten und Reaktionäre bezeichnen. Das sind natürlich Dinge, die im Exekutivkorps eine ständige Beunruhigung hervorrufen. Wir alle wissen, und mein Herr Vorredner hat dies ebenfalls bestätigt, daß die Polizei und Gendarmerie gerade in der heutigen Zeit einen ungeheuer schweren Dienst zu erfüllen hat, da es an Bewaffnung und Bekleidung fehlt, die Sicherheitsverhältnisse derart sind, daß die Beamten sehr oft und viel mehr als früher ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um ihren Dienst voll und ganz zu erfüllen. Gerade in dieser Zeit wäre es notwendig, daß man nicht mit politischen Leidenschaften oder politischer Demagogie versucht, eine Zersplitterung dieses Exekutivkorps herbeizuführen. Wenn auch bei der Polizei der Reinigungsprozeß von kriminellen Elementen bereits größere Fortschritte gemacht hat und von den im Jahre 1945 zur Polizei gestoßenen Leuten schon 184 aus dem Polizeikorps ausgeschieden wurden, weil sie schwere Vorstrafen hatten, müssen wir doch der Meinung Ausdruck geben, daß auch in der Zukunft eine weitere Säuberung notwendig sein wird.

So waren zum Beispiel die Polizeiverhältnisse in St. Pölten erst vor einigen Tagen wieder Objekt einer Zeitungsnotiz. Wenn in der St. Pöltner Polizei heute noch ein Organ tätig ist, das früher der SA angehörte und heute nur deshalb bei der Polizei Dienst machen kann, weil nach Angaben der Kommunistischen Partei der betreffende Mann von der Kommunistischen Partei als Spitzel in die NSDAP geschickt wurde, so sind das Dinge, die einfach unmöglich sind. Wenn zum Beispiel bekannt wird, daß gegen einen neu ernannten Wiener Polizeikommissär erst in den letzten Tagen ein Strafantrag vom Landesgericht Graz gestellt wurde, so müssen wir der Ansicht Ausdruck geben, daß sicherlich noch manches an Reinigung in der Polizei dur hzuführen ist.

Wir müssen uns auch ganz entschieden dagegen verwahren, daß man jenen Organen der Polizei und der Gendarmerie, die im Jahre 1934 ihre Pflicht als treue Diener des Staates erfüllen mußten, daraus, weil sie ihre Pflicht erfüllten, heute einen Vorwurf macht, sie als Reaktionäre, als Faschisten beschimpft und als für die Exekutive untragbar darstellt. Ich darf daran erinnern, daß es darunter viele Sozialisten gegeben hat, die im Jahre 1934 durch die unglücklichen Verhältnisse der Politik nicht nur als Exekutivorgane, sondern auch als Soldaten, als Offiziere ihre Pflicht im Dienste Österreichs ebenso erfüllt haben! (Zwischenrufe links: Wegen Pflichterfüllung ist noch keiner beschimpft worden! — Im Dienste Österreichs? Im Dienst des italienischen Faschismus!) Die Menschen, die damals ihre Pflicht erfüllten, sie waren nicht die Ursache, die zu diesen Ereignissen geführt hat. Die Ursache liegt auf politischem Gebiet und man kann den Berufsbeamten nicht dafür verantwortlich machen, wenn Politiker Fehler gemacht haben! (Beifall bei den Parteigenossen.) Der Beamte hat nichts anderes als seine Pflicht getan; er hat einen Eid auf die Verfassung geleistet (Zwischenruf: Gebrochen!), er hat den Eid auf die Verfassung Österreichs geleistet (Stürmische Zwischenrufe), und da war er verpflichtet, seinen Aufgaben voll und ganz gerecht zu werden. (Neuerliche lebhafte Zwischenrufe.) Darf ich Sie vielleicht daran erinnern, daß das erste Opfer an diesem bedauerlichen 12. Februar 1934 ein sozialistischer Sicherheitswachebeamter gewesen ist. Er ist das Opfer der damaligen politischen Verhältnisse geworden. Ich habe schon im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß der Großteil der Wiener Sicherheitswachebeamten im Jahre 1934 der Freien Gewerkschaft, der sozialdemokratischen Gewerkschaft angehört hat (lebhafte Zwischenrufe) und daß diese ebenso wie die anderen Polizisten ihre Aufgabe und Pflicht voll erfüllten. Es ist daher vollständig unangebracht, wenn heute daraus diesen Menschen irgendwie ein Vorwurf gemacht wird.

Wenn der Herr Kollege vor mir der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die ersten Ernennungen bei der Wiener Polizei in der höheren Beamtenschaft angeblich eine Revision erfahren sollen, dann werden auch wir, wie ich schon sagte, sehr wohl darauf achten, daß auch die Ernennungen, die jetzt erfolgt sind, einer Revision unterzogen werden. Denn wenn Sie von uns verlangen, daß wir zu Menschen Vertrauen haben sollen, die im Jahre 1934 auf der anderen Seite der Barrikade gestanden sind (stürmische Zwischenrufe bei den Sozialisten), die für die Verfassung gekämpft haben, die die Republik verteidigt haben und nicht den Faschismus... (Der Präsident gibt das Glockenzeichen), dann gilt für uns auch das Recht, daß wir auch die anderen, die nichts anderes getan als ihre Pflicht erfüllt haben, voll und ganz in Schutz nehmen! (Neuerliche stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Prinke** (fortsetzend): Darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß man zum Beispiel England das Mutterland der Demokratie nennt. Schauen Sie sich doch dort einmal die Verhältnisse im Berufsbeamtentum an! In England haben sich die politischen Verhältnisse gewandelt und verändert, auch dort hat eine Partei die andere abgelöst. (Zwischenrufe.) Aber wurde dort jemals der Versuch gemacht, den Beamten durch Gewalt zu zwingen, dem neuen politischen System anzugehören? (Ruf bei den Sozialisten: Aber Sie haben es getan! — Lebhafte Zwischenrufe. — Ruf links: Zuchthäusler waren darunter! — Große Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Wir sind im Parlament und in keiner Wählerversammlung.

Abg. **Prinke** (fortsetzend): Es war hier die Rede von Zuchthäuslern. Ich habe eben ausgeführt, daß aus der Wiener Polizei 184 Zuchthäusler ausgeschieden werden mußten. (Ruf bei den Sozialisten: Das geht nicht auf unsere Rechnung!)

Wenn davon gesprochen wird, daß im Wiener Polizei- und Gendarmeriekorps ein neuer demokratischer Geist Einkehr halten muß, so sind wir mit Ihnen einer Meinung. Nur sind wir der Meinung, daß unter demokratisch verstanden wird, daß nicht einseitig versucht wird, nur einer politischen Richtung Ausdruck zu geben, sondern daß wirklich nach den demokratischen Grundsätzen (demonstrativer Beifall bei den Sozialisten) jeder Staatsbürger das gleiche Recht besitzt. (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten. — Ruf: Von 1934 bis 1938 war es anders!)

Wenn Sie wünschen, können wir uns auch über die Zeit von 1938 bis 1945 unterhalten. (Ruf: Ja, gerne!) Wir sind bereit, uns auch über 1934 bis 1938 ganz ohne jede Leidenschaft zu unterhalten, wir wünschen nicht, daß solche dunkle Tage noch einmal über Österreich kommen. (Allgemeiner Beifall.) Und deshalb, weil wir eben aufrechte und aufrichtige Demokraten sind, lehnen wir es ab, daß neuerlich Methoden angewendet werden, die wieder zu einer Katastrophe in Österreich führen. (Lebhafte Rufe und Gegenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat der Abgeordnete Prinke und die anderen Herren mögen zuhören, wie das auch anderen Rednern gegenüber üblich ist!

Abg. **Prinke** (fortsetzend): Wenn hier davon gesprochen wurde, daß man von der alten Tradition des Offizierstitels abkommen möge, daß dies eine Gefährdung der demokratischen Einrichtungen darstellt — bitte, ich will als Person durchaus nicht an diesen Offizierstiteln festhalten und bin überzeugt, daß es nicht auf den Titel ankommt, sondern auf den Geist, der in der Exekutive herrscht. Wir sind der Anschauung, daß gerade dann die Bevölkerung zu der Exekutive Vertrauen haben kann, wenn sie weiß, daß diese vollständig unbeeinflußt von einer politischen Partei wirklich als ein Organ der Ruhe und Sicherheit, als ein Diener der demokratischen Republik ihre Pflicht und ihre Aufgaben voll erfüllen kann. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Aus diesen Gründen werden wir jeden Sicherheitswachebeamten, der seine Pflicht erfüllt und der nur deshalb angeflegelt, angefetzt und in der Presse beschimpft wird, weil er politisch anders als rot denkt, jederzeit in Schutz nehmen, weil wir wissen, daß er als Beamter genau so wie der Lehrer oder ein anderer öffentlicher Angestellter seine Pflicht zu erfüllen hat und als Diener des Staates gewertet werden will. (Neuerlicher Beifall.) Es hat niemand das Recht, den Berufsbeamten in der Exekutive irgendwie die Ehre zu beschneiden.

Und wenn der Herr Abgeordnete Koplenig in seiner besonderen Art die inneren Verhältnisse in Österreich gekennzeichnet hat und der österreichischen Regierung sowie dem österreichischen Parlament Unfähigkeit vorgeworfen hat, wenn er den Ruf nach Neuwahlen erschallen ließ, Töne, die wir ja täglich in der sogenannten „Volksstimme" vernehmen, und wenn er es so dargestellt hat, daß das österreichische Parlament in einem Jahr überhaupt nichts geleistet hat, dann muß

ich sagen, der Herr hat Sie nicht nur mit Blindheit geschlagen, sondern Sie scheinen auch ein Jahr geschlafen zu haben: Denn was in diesem Jahr unter den Verhältnissen, unter denen wir als Österreicher zu leben haben, geleistet wurde, kann sich überall sehen lassen! (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wir sind überzeugt, daß noch nicht alles geschehen ist, daß noch viel zu machen ist, wir sind aber auch davon überzeugt, daß auch in einer demokratischen Staatsform 161 Abgeordnete etwas mehr zu reden haben als vier Abgeordnete, weil die 161 sicherlich größere Volksmassen zu repräsentieren haben als die vier Abgeordneten. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß wir uns auch hier nicht von einer Minderheit terrorisieren oder uns deren Willen aufdrängen lassen, sondern wir vertreten die Ansicht, daß jeder als Demokrat frei und offen seiner Meinung Ausdruck geben kann. Wenn aber diese Meinung nur darin zum Ausdruck kommt, nichts als Verhetzung in das Volk hinauszutragen, dann werden wir energisch gegen diese Verhetzung Stellung nehmen. (Lebhafte Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Denn während hier 161 Abgeordnete ein Jahr lang ehrlich gearbeitet haben, haben vier Abgeordnete mit ihrer Presse das ganze Jahr hindurch nichts als gehetzt und versucht, die Stimmung in der Bevölkerung so zu beeinflussen, daß es zu Auftritten und Demonstrationen kommt. Eines kann festgestellt werden: in unseren innenpolitischen Verhältnissen hat uns die Tätigkeit der Kommunistischen Partei noch nicht einen Schritt weitergebracht. Im Gegenteil, ich darf daran erinnern, daß zum Beispiel auf dem Gebiet des Ernährungssektors durch dauernde Verhetzung versucht wurde, Unruhe in die Betriebe hinauszutragen. Jeder Mensch, das kleinste Kind in der Schule weiß, daß wir in unserer Ernährung auf die Hilfe des Auslandes angewiesen sind; jeder weiß, daß wir Dank der alliierten Mächte bisher nur von den Nahrungsmitteln leben, die sie uns zur Verfügung gestellt haben; jeder weiß, daß wir von der UNRRA versorgt werden und daß nur ein Teil unserer Bedürfnisse aus der eigenen Produktion gedeckt werden kann. Trotzdem aber wird täglich immer wieder gehetzt, der Bauer als Lump hingestellt und versucht, den städtischen Menschen gegen den Bauern aufzuhetzen. Auf der anderen Seite wird der Arbeiter in den Betrieben gegen den anderen, gegen den Handel- und Gewerbetreibenden ausgespielt, werden die Dinge so dargestellt, als wenn die Erzeugnisse, die wir in den eigenen Berieben herstellen, tatsächlich eigenes freies Verfügungsgut unserer Wirtschaft wären. Wir alle wissen, daß wir über unsere Erzeugnisse nicht selbst verfügen können oder wenigstens bis in die letzte Zeit nicht verfügen konnten, daß unsere eigenen Erzeugnisse abgewandert sind. Trotz alledem wird täglich und stündlich gehetzt, und wenn es nicht anders geht, kommt die alte Walze von den Faschisten und Reaktionären. Wir wären sehr dankbar, wenn Sie uns die Reaktionäre und Faschisten in unserer Partei nennen würden. (Lärm und Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Wenn der Abgeordnete Koplenig davon gesprochen und erwähnt hat, daß die Kommunistische Partei die größten Opfer für die Befreiung Österreichs gebracht hat, dann darf ich sagen, daß unter den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei 50 sitzen, die im KZ oder Kerker waren und die für unsere Freiheit Opfer gebracht haben. (Erneute Zwischenrufe und Unruhe im Saal.) Wenn Sie von Blutopfern reden, dann hat die Österreichische Volkspartei die größten Opfer für die Freiheit gebracht! (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wir werden gegen die Verhetzung mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, ankämpfen, und wenn es so dargestellt wird, oder wenn man versuchen sollte zu sagen, die Österreichische Volkspartei fürchtet Neuwahlen, weil sie weiß, daß sie dann nicht mehr als stärkste Partei hier in diesem Hause zu reden hätte, so kann ich nur sagen, die Österreichische Volkspartei wird jederzeit bereit sein, sich der Entscheidung des österreichischen Volkes zu stellen. Sie wird sich ihre Bereitschaft aber nicht von einer verschwindenden Minderheit des Volkes vorschreiben lassen, besonders nicht von einer Partei, die auf Grund eines Mandates, denn die anderen waren ja, wie der parlamentarische Sprachgebrauch sagt, Reststimmenkrüppel, die also mit einem Grundmandat hier in diesem Hause eingezogen ist.

Wir sprechen Ihnen das Recht ab, davon zu sprechen, daß es der Wunsch des österreichischen Volkes ist, Neuwahlen durchzuführen. Wir werden zu Neuwahlen aufrufen, aber erst dann, wie bereits ausgeführt wurde, wenn wir wirklich frei und unabhängig geworden sind. Wenn wir frei sein werden, dann werden wir über alle Dinge, die unser wirtschaftliches und öffentliches Leben bestimmen, frei und ungezwungen sprechen können. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Dann werden wir das österreichische Volk zur Entscheidung aufrufen. Ob aber dann auch die Kommunistische Partei so gut abschneiden wird, wenn sie dem österreichischen Volk Rechenschaft abzu-

legen hat, wie die Österreichische Volkspartei, diese Entscheidung werden wir ruhig dem österreichischen Volk überlassen.

Wenn davon die Rede war, daß kein Wirtschaftsplan vorhanden ist, daß ein Wirtschaftschaos herrscht und daß die Österreichische Volkspartei eine Gegnerin der Verstaatlichung ist, daß die reaktionären Kräfte in der Österreichischen Volkspartei eine Verwirklichung der Verstaatlichung verhindern, die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes als unnötig betrachten, dann darf ich darauf hinweisen, daß die Verstaatlichung von keiner Partei dieses Hauses verhindert wurde, sondern daß gegen das Verstaatlichungsgesetz Einspruch erhoben wurde, und daß von dem ganzen Verstaatlichungsgesetz, wie es jetzt aussieht, nicht viel übriggeblieben ist. Man kann daher also nicht einer Partei oder der Regierung die Schuld dafür geben, daß es nicht dazu gekommen ist.

Trotz aller Gegensätze waren die zwei großen Parteien dieses Hauses unablässig bemüht, gute Arbeit zu leisten, und waren alle unsere Bemühungen in erster Linie darauf gerichtet, unserem Lande die Freiheit zu bringen. Damit wir endlich nicht nur über unsere Produktionsgüter frei verfügen können, sondern damit wir auch die Möglichkeit bekommen, in verstärktem Maße wieder als freies Volk unter den freien Nationen unser Leben fristen zu können, wird auch weiter unser Hauptbestreben darauf gerichtet sein, in erster Linie gerade diesem Freiheitskampf alle unsere besten Kräfte zu widmen. Wir wissen, daß wir erst dann, wenn wir frei sind, alle Schwierigkeiten meistern und dann auch wieder einer besseren Zukunft entgegengehen können.

In diesem Zusammenhang darf vielleicht auch beim Kapitel Inneres auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die die sogenannten versetzten Personen, die displaced persons hier in Österreich verursachen. Es ist wiederholt schon darüber gesprochen worden, und immer wieder wird es von der kommunistischen Seite so dargestellt, als ob es ein Versagen der österreichischen Regierung wäre, daß wir von diesen Personen noch nicht befreit sind. Jeder Mensch weiß, daß sich die Alliierten die Lösung dieser Frage vorbehalten haben. Wir alle wären froh, wenn ganz besonders die fremdsprechenden ausländischen versetzten Personen aus Österreich verschwinden würden; die deutschsprechenden sind ja zum größten Teil bemüht, uns die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Aber man muß uns natürlich eine Möglichkeit geben, diese unerwünschten Elemente aus unserer Heimat abzuschieben.

Wir werden gleichfalls dafür eintreten, daß alle Faschisten, die sich unter diesen DPs hier in Österreich eingenistet haben, ehestens aus Österreich verschwinden. Das können wir nicht allein, dazu brauchen wir in erster Linie die Unterstützung der Alliierten. Das ist den Herren von der Kommunistischen Partei ebenso bekannt, trotzdem wird nach wie vor mit diesem Problem eine ungeheure Hetze getrieben.

Wenn ich zum Schluß ganz kurz auf die Ereignisse an den Hochschulen zurückkomme, dann insbesondere deshalb, weil mein verehrter Herr Vorredner diese Dinge einer eingehenden Beleuchtung unterzogen hat. Ich kann dazu nur folgendes sagen: Wir lehnen es ab, daß das Volk oder einzelne Teile des Volkes in einseitiger Verhetzung auf die Straße hinausgetrieben werden, ohne daß die Demonstranten wissen, für welche Ziele sie zu demonstrieren haben. Ich konnte heute schon einiges auf das Schuldkonto der Kommunistischen Partei buchen. So auch hier. Es ist interessant, sich die Zusammensetzung der Demonstranten bei den Hochschulwahlen anzusehen. Aus welchen Betrieben kamen denn diese Demonstranten? War es wirklich eine Demonstration des arbeitenden Volkes von Wien? Die Antwort wissen Sie selbst. Wir alle haben die Ereignisse, die sich vor den Wahlen auf den Hochschulen abgespielt haben, auf das schärfste verurteilt. Alle wissen, daß die Regierung schärfste Maßnahmen ergriff, um Ordnung zu machen. Weshalb also diese Demonstration? Aber diese Demonstration hat uns eindeutig wieder gezeigt, daß auch diese Angelegenheit zu einer einseitigen Hetze benützt wurde und daß das arbeitende, schaffende Volk in Wirklichkeit nichts damit zu tun haben wollte. Ich wollte diese Dinge heute hier beim Kapitel Inneres aufgezeigt haben, um darauf aufmerksam zu machen, daß wir als wirkliche Demokraten ernstliche Befürchtungen hegen müssen, wenn nicht bald Einkehr gehalten wird. Unsere demokratischen Einrichtungen werden wieder einer großen Gefährdung ausgesetzt, wenn versucht wird, die Exekutivorgane einseitig parteipolitisch zu beeinflussen, wenn versucht wird, die Straße zu mobilisieren, wenn versucht wird, die Volksseele wieder zum Kochen zu bringen. Es kommt dann wieder so, wie wir es in der Vergangenheit haben erleben müssen. Sind wir noch nicht gewitzigt genug? Unser österreichisches Volk hat so viel an Leid, Not und Elend zu er-

tragen gehabt, neben den Jahren vor 1938 den Nationalsozialismus von 1938 bis 1945, dann die furchtbare Zeit der Nachkriegsepoche: all dies mußte Österreich ertragen. Geschändet, verspottet, gemartert; so wandelt das österreichische Volk auch heute noch seinen Weg. Wollen wir als aufrechte Demokraten uns nicht der Pflicht bewußt werden, daß unserem Österreich wirklich nur dann geholfen werden kann, wenn wir nicht versuchen, immer Parteipolitik gegen Parteipolitik auszuspielen, sondern wenn wir in erster Linie versuchen, alle positiven Kräfte, mögen sie wo immer auch stehen, zusammenzuschließen und zusammenzuarbeiten, damit Österreichs Volk wirklich einer besseren Zukunft entgegengehen kann? Vermeiden wir daher alles, was imstande wäre, irgendwie die politischen Verhältnisse bei uns zu trüben! Wir sind in erster Linie Beauftragte des Volkes, die hierher entsendet wurden, die Rechte des österreichischen Volkes zu vertreten. Das österreichische Volk will nichts anderes als Ruhe und Frieden und will in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen können. Unsere Aufgabe ist es, dem österreichischen Volk zu dienen, und dieser Aufgabe soll unsere ganze Arbeit gewidmet sein. Wir wollen daher gegen jede Verhetzung, die versucht, in das politische und öffentliche Leben Mißtöne hineinzutragen, mit aller Kraft zusammenstehen. Werden wir uns dieser Verpflichtung bewußt, dann braucht uns um die Zukunft unseres Vaterlandes nicht bange zu sein. Arbeiten wir zusammen, damit Österreich bald die Freiheit gegeben werde, damit Österreich wieder sein Leben aufbauen und wieder zu Glück und Wohlstand gelangen kann, arbeiten wir, damit Österreich auch wieder seine große geschichtliche Aufgabe im Rat der Nationen, im Rat der Völker erfüllen kann, damit dieses Österreich wieder ein Land wird, in dem wir alle glücklich und zufrieden leben können! (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

*

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird für den 6. Dezember, 10 Uhr vormittags, einberufen. Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppe IV, dann Spezialdebatte über die Gruppe V, eventuell auch noch die Gruppe VI. Die Abstimmung über alle bis dorthin erledigten Gruppen findet um die Mittagsstunde statt.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 35 Minuten.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 7965 46